

## Hochwasser kennt keine Grenzen

Jahrhundertflut in Mitteleuropa: Doch gegen die Klimakatastrophe helfen keine Pushbacks. Derweil werden am Montag an allen deutschen Grenzen die Schlagbäume gesenkt

3, 13



Extrem mit Ansage: Seit Tagen bereiten sich Teile Europas auf die Flut vor. Doch Klimapolitik wird derzeit von Migrationsdebatten verdrängt Foto: Gabriel Kuchta/Getty Images

### VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Land unter in Österreich, Tschechien, Polen und Rumänien. Nachdem vor rund drei Monaten bereits eine Jahrhundertflut ausgerufen wurde, entladen sich derzeit wieder rekordverdächtige Wassermassen über Mitteleuropa. Autos treiben in den Fluten, Straßen sind zu Flüssen geworden, Menschen sollen ein paar Stockwerke höher ziehen und in Wien, das sich neuerdings Wienedig nennt, fährt eine U-Bahn-Linie bis auf Weiteres gar nicht mehr. Kurz: Es ist schlimm. Aber ein Gutes hat die Überschwemmung dann doch. Jetzt können sich zumindest

keine Aktivisten auf die Straßen kleben.

Kommentar von Daniel Bax zu den verschärften Grenzkontrollen, die ab Montag beginnen

### Deutschland auf dem Ego-Trip

Das muss man auch erst mal schaffen: Die Ampel bekommt Applaus von Europas ultrarechtem Rand. Ungarns Autokrat Viktor Orbán gratuliert Olaf Scholz mit den Worten „Welcome to the Club“. Der niederländische Rechtsextremist Geert Wilders will die „gute Idee“ gleich kopieren. Sogar der völkische Aktivist Martin Sellner feiert das „Einlenken der Eliten“.

Ab Montag wird es an allen deutschen Grenzen wieder Polizeikontrollen geben, hat Innenministerin Nancy Faeser verfügt. An der bayerischen Grenze zu Österreich gibt es sie schon seit 2015, an den Übergängen zu Tschechien, Polen und der Schweiz seit Oktober letzten Jahres. Nun werden sie auf den Westen und den Norden ausgeweitet – zunächst für ein halbes Jahr, bei Bedarf länger.

Das hat vor allem symbolische Bedeutung. Faeser will vor den Wahlen in Brandenburg zeigen:

Wir tun etwas. Der Personalaufwand ist enorm, der Nutzen fragwürdig. Expert:innen bezweifeln, dass die Zahl der Asylsuchenden dadurch zurückgehen wird. Sicherer wird Deutschland dadurch auch nicht, denn es besteht kein Zusammenhang zwischen illegaler Einreise und Gewaltverbrechen. Dafür drohen Wartezeiten und Staus, die Pendler:innen und Warenverkehr behindern. Faeser verspricht „smarte Kontrollen“ – eine freundliche Umschreibung für „Racial Profiling“.

Besonders groß ist der Schaden aber für Europa. Die Botschaft aus Deutschland lautet: Jeder ist sich selbst der Nächste. Europäische Solidarität? Fehlangeige. Polens Regierungschef Donald Tusk nannte das deutsche Vorgehen „inakzeptabel“. Der deutsche Ego-Kurs stößt aber auch in Griechenland, Italien und Österreich sauer auf.

Ausgerechnet die Ampel, die einmal als „Fort-schrittskoalition“ antrat, treibt damit den Rechts-

ruck in Europa voran, zumal die Abschottung nach außen mit Repressionen nach innen in verschiedensten Bereichen einhergeht – gegen Klimaaktivisten, kritische Professor:innen oder pro-palästinensische Gruppen, zum Beispiel. Zugleich fallen die Hemmungen, mit den Taliban oder Syriens Diktator Assad zu verhandeln, um Abschiebungen zu ermöglichen. Von einer wertegeleiteten Außenpolitik kann keine Rede mehr sein.

Viele halten diese Politik für alternativlos. Es ist verrückt, dass offenbar niemandem in der Ampel klar ist, wie sehr sie ungewollt Wahlkampfhilfe für die AfD betreibt. Sie adelt deren Paranoia, indem sie deren Forderungen übernimmt und damit die Migration zur „Mutter aller Probleme“ (Seehofer) erklärt. Die AfD kann sich entspannt zurücklehnen und zusehen, wie die anderen ihr Geschäft betreiben. Denn sie kann sicher sein: Die Wähler wissen, wer das Original ist.

Die taz wird ermöglicht durch

## 23.492

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter [geno@taz.de](mailto:geno@taz.de) oder 030 | 25 90 22 13

Aboservice: 030 | 25 90 25 90  
fax 030 | 25 90 26 80  
[abomail@taz.de](mailto:abomail@taz.de)

Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325  
[anzeigen@taz.de](mailto:anzeigen@taz.de)

taz Shop: 030 | 25 90 21 38  
Redaktion: 030 | 259 02-0  
fax 030 | 251 51 30,  
[briefe@taz.de](mailto:briefe@taz.de)  
taz

Postfach 610229, 10923 Berlin  
[twitter.com/tazgezwitscher](https://twitter.com/tazgezwitscher)  
[facebook.com/taz.kommune](https://facebook.com/taz.kommune)

[www.taz.de](http://www.taz.de)

Ausgabe Berlin Nr. 13460  
€ 3,40 Ausland  
€ 2,80 Deutschland  
4 190254 802805  
1 0638



**La donna è Baumeister**  
Melania Mazzucco holt in ihrem Roman die Barock-Architektin Plautilla Bricci aus der Vergessenheit  
**15**

**Raus aus dahoam?**  
Markus Söder will jetzt doch Kanzler werden. Wie stehen die Chancen?  
**7,12**

**Knast für Salvini?**  
In Italien fordert die Staatsanwaltschaft sechs Jahre Haft für den Ex-Innenminister  
**10**

**steile these**  
„Mutbürger“ ist schon ein schöner Konter Steinmeiers gegen das obwaltende Egofieber im Land  
Friedrich Küppersbusch, taz-Rekord-Kolumnis  
**14**



## Der EU-Abgeordnete Dennis Radtke ist das neue soziale Gewissen der CDU

Dennis Radtke gibt sich kämpferisch: „Wenn die CDU Volkspartei bleiben will, wenn für uns Wahlergebnisse von 35 Prozent und mehr drin sein sollen, müssen wir den Arbeitnehmerflügel stärken.“ Am Samstag ist der 45 Jahre alte Europaabgeordnete aus Bochum in Weimar ohne Gegenkandidaten zum Bundesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA) gewählt worden. Den hatte seit 2005 Karl-Josef Laumann geführt. Radtke war seit 2019 dessen Stellvertreter. Um Wirtschaftsliberalen wie CDU-Bundeschef Friedrich Merz und seinem Generalsekretär Carsten Linnemann etwas entgegenzusetzen, kandidierte Laumann im Mai als CDU-Bundesvize – mit Erfolg.

Dass die CDA innerparteilich in der strukturellen Defensive ist, weiß Radtke. „Der Mainstream ist ein anderer“, räumt der Parteilinke ein. Einflusslos ist seine CDA aber nicht: Als Radtke Mitte August einer pauschalen Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre eine Absage erteilte, dauerte es nur vier Tage, bis CDU-Chef Merz auf diese Linie einschwenkte. Trotzdem nervt Radtke – Vater einer sechsjährigen Tochter und eines drei Jahre alten Sohns – in der Union viele: Schließlich macht er sich nicht nur für Mindestloohnerhöhungen und armutsfeste Renten stark. Im Kampf um Armin Laschets Kanzlerkandidatur drohte er dessen CSU-Konkurrenten Markus Söder 2021 sogar mit einem Einmarsch der CDU nach Bayern. Ablesbar ist diese Gereiztheit auch an den Überschriften der wirtschaftsliberalen Presse. Einen „Anti-Merz“, einen „Sozialstaats-Groupie“ nannte ihn die Welt. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung beschrieb ihn als den „Sozialonkel aus Wattenscheid“ – nach dem Bochumer Stadtteil, in dem er 1979 geboren wurde. Hier, neben dem ehemaligen Schacht 4 der Zeche Holland, liegt auch sein Abgeordnetenbüro. Wie sehr ihn das Ruhrgebiet geprägt hat, will der Industriekaufmann, der beim Bochumer Kokerei-Ausstatter „Dr. C. Otto Feuerfest“ in die Lehre ging, in jedem Gespräch klarmachen: Wie vor Jahrzehnten nutzt Radtke, dessen beide Großväter Kohlekumpel waren, den Bergmannsgruß „Glückauf“. Um den angeschlagenen Revier-Stahlgiganten Thyssenkrupp sorgt sich Radtke, der nie studiert und sich stattdessen bei der IGBCE zum Gewerkschaftssekretär fortgebildet hat, deshalb genauso wie um VW. Wie seine Gewerkschaft, für die er zuletzt als Bezirksleiter im lange vom Bergbau geprägten Moers gearbeitet hat, will Radtke die Industrie finanziell entlasten. Er fordert: Energiekosten runter, einen Industriestrompreis einführen. Und von seiner Parteikollegin, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, fordert der Abgeordnete, der seit 2017 im Europaparlament sitzt, „endlich effektiven Bürokratieabbau“ ebenso wie schnellere Förderzusagen.

Die Verunsicherung durch drohende massive Jobverluste zahle im „Endspiel um unsere liberale Demokratie“ auf das Konto populistischer Parteien wie der AfD und das BSW ein. Kürzlich sprach er sich mit 39 weiteren CDU-Mitgliedern für einen Unvereinbarkeitsbeschluss seiner Partei mit dem BSW aus. Dass er teils klingt wie viele traditionelle Sozialdemokraten gerade in NRW, ist kein Zufall. Bis 2002 war er selbst SPD-Mitglied. Er trat aus wegen einer Enttäuschung, die noch heute spürbar ist: „Die SPD verleugnet ihre historischen Wurzeln und versteht sich nicht mehr als Vertretung der Industriearbeiter.“ In der CDU habe er nach dem Parteiwahlwechsel „lange Zeit mit Vorbehalten zu kämpfen gehabt“. „Wer im Ruhrgebiet in die CDU eintritt“, sagt er dazu, „macht das nicht aus Karrieregründen.“

Andreas Wyputta, Bochum

Vor den Verhandlungen die Kultur: Kanzler Olaf Scholz auf dem historischen Registan-Platz in Usbekistan  
Foto: Michael Kappeler/dpa

# Fachkräfte von der Seidenstraße

Ein neues Migrationsabkommen zwischen Deutschland und Usbekistan soll Visa für usbekische Fachkräfte erleichtern. Usbekistan soll dafür Ausreisepflichtige zurücknehmen

Aus Samarkand  
Anna Lehmann

So wird man als Bundeskanzler derzeit selten begrüßt: „Wir freuen uns auf den Besuch seiner Exzellenz Olaf Scholz“, heißt es auf einem riesigen Leinwand, daneben der Kanzler vor wehender deutscher Fahne. In Usbekistan ist Olaf Scholz anders als in der Uckermark ein sehr willkommenen Gast. Zum ersten Mal seit 22 Jahren ist ein deutscher Bundeskanzler auf Staatsbesuch in Usbekistan. Und bringt nicht nur seine Innenministerin und den Bevollmächtigten für Migration mit, sondern auch eine ganze Delegation von Unternehmensvertreter:innen aus dem Bergbau, der Logistik und von der Bahn. Am Sonntag landete er in Samarkand, der Weltkulturerbestadt an der historischen Seidenstraße.

Doch im Zentrum des Kanzlerbesuchs steht nicht der Tourismus, sondern stehen die Themen Rohstoffgewinnung, Handel und Migration. Die Erwartungen auf usbekischer Seite sind hoch. „Vor allem Jobs und Handel“, fasst eine Journalistin des unabhängigen Privatenders UzReport zusammen.

Im vergangenen Jahr war der usbekische Präsident Schawkat Mirsijojew zu Gast in Berlin. Laut UzReport soll Deutschland Usbekistan Arbeitsplätze für 50.000 Usbek:innen versprochen haben. Eine Zahl, die sich im Migrationsabkommen, das Scholz und Mirsijojew am Sonntagabend unterzeichnen wollten, so nicht wiederfindet. Vielmehr heißt es aus dem Kanzleramt und dem Innenministerium: Quoten oder Kontingente seien nicht vorgesehen. Das Migrationsabkommen ist nach dem gleichen Muster gestrickt, wie das bereits am Freitag unterzeichnet Abkommen mit Kenia: Visa für Fachkräfte gegen die Rücknahme von Ausreisepflichtigen. Beide Seiten sollen profitieren. Wie Kenia hat auch Usbekistan eine junge Bevölkerung, die zum Teil gut ausgebildet ist, der es aber im Land an Perspektiven mangelt. Für Usbek:innen mit einem Berufsabschluss, aber auch für Studierende will das alternde Deutschland nun die Einreise in den Arbeitsmarkt erleichtern. Dabei geht es sowohl um zeitlich befristete Aufenthalte, etwa zum Studium oder für Saisonarbeiter:innen, als auch um unbefristete. Sofern sie die notwendigen Voraussetzungen erfüllen, das heißt: in erster Linie wirtschaftlich unabhängig sind, sollen sie dann auch Ehepartner:innen und ihre minderjährigen Kinder nachholen dürfen. Auch die Partner:innen sollen ein Arbeitsvisum erhalten.

Ähnliche Abkommen hat die Ampel-Regierung bereits mit Georgien und Marokko geschlossen, Kirgistan und Ghana sollen ebenfalls Interesse angemeldet haben. Oft läuft die Umsetzung aber schleppend. Sei es, weil Visa nur schleppend ausgestellt werden, sei es, weil Länder ihre Zusagen wieder zurückziehen. Wie im Falle der Republik Moldau, die ihre Menschen selbst im Land braucht und einen Braindrain befürchtet.

Solche Bedenken gebe es im Falle Usbekistans aber nicht, heißt es aus dem deutschen Innenministerium. Vielmehr freue sich das Land, wenn junge Menschen in Deutschland eine Arbeit fänden – und natürlich

auf deren Rücküberweisungen. Usbekistan sei deshalb sogar daran interessiert, das Abkommen auf Deutschlands Bedürfnisse zuzuschneiden, etwa Pflegekräfte gezielt zu qualifizieren. Eine usbekisch-deutsche Hochschule für Gesundheitswissenschaften wurde in diesem Jahr eingeweiht.

Was die Rückführungen angeht, gibt es bislang kaum Probleme in Deutschland, weder mit rückkehrunwilligen Kenianer:innen noch mit Usbek:innen. Nur ein Bruchteil, nämlich rund 800 der 15.000 in Deutschland lebende Usbek:innen sind ausreisepflichtig. Bei Usbek:innen ist es ähnlich, rund 200 von rund 13.700 halten sich un-erlaubt in Deutschland auf.

Scholz und sein usbekischer Kollege unterzeichneten am Sonntag zudem eine gemeinsame Erklärung über die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Man will künftig in Sicherheitsfragen – etwa im Kampf gegen das organisierte Verbrechen und Terrorismus – kooperieren. Auf wirtschaftlicher Ebene geht es unter anderem um Energie.



## Acht Tote im Ärmelkanal

Ein mit Dutzenden Geflüchteten besetztes Boot ist am Samstag aus Seenot gerettet worden

Beim Versuch, von Frankreich aus nach Großbritannien überzusetzen, sind erneut mehrere Menschen ums Leben gekommen. Acht Todesopfer seien bestätigt, teilte die Präfektur des Départements Pas-de-Calais am Sonntag mit. Das mit Dutzenden Menschen besetzte Boot war am Samstag kurz vor Mitternacht nahe der Stadt Ambleteuse aus Seenot gerettet worden. Ein französisches Schiff sei zu Hilfe gekommen und 53 Personen seien am Strand erstversorgt worden. Acht Personen hätten aber nicht mehr gerettet werden können, teilte die Präfektur mit. Bei der Suche nach möglichen Vermissten wurde niemand mehr im Wasser entdeckt.

Sechs Personen seien gleich ins Krankenhaus gebracht worden, sagte der Präfekt von Pas-de-Calais, Jacques Billant. Unter ihnen sei auch ein unterkühltes zehn Monate altes Baby.

Die Überlebenden des Unglücks kamen nach seinen Angaben aus Eritrea, dem Sudan, Syrien, Afghanistan, Ägypten und dem Iran. Sie wurden in eine Sporthalle in Ambleteuse gebracht.

Vor weniger als zwei Wochen waren zwölf Migrantinnen und Migranten ums Leben gekommen, als ihr Boot im Ärmelkanal auseinanderbrach. „Es ist fürchterlich“, sagte der britische Außenminister David Lammy der BBC über die neue Tragödie.

Weitere Rettungsaktionen waren am Sonntag entlang der gesamten Küste von Pas-de-Calais im Gange – bei stürmischen Wetterbedingungen und aufgewühlter See. Am Samstag retteten Schiffe der französischen Küstenwache und der Marine 200 Menschen aus den tückischen Gewässern der Region, wie die Präfektur mitteilte. Die Behörde erklärte darüber hinaus, sie

habe am Samstag 18 Versuche von Migrantinnen und Migranten beobachtet, die mit Booten von Frankreich nach Großbritannien gelangen wollten.

Erst Anfang September waren beim Versuch der Überquerung des Ärmelkanals zwölf Menschen ums Leben gekommen. Es war das schlimmste Unglück mit einem Flüchtlingsboot auf dem Weg nach Großbritannien seit Jahresbeginn.

Bislang sind seit Jahresbeginn nun insgesamt mindestens 45 Menschen bei der Überfahrt über den Ärmelkanal ums Leben gekommen. Insgesamt kamen seit Januar nach Angaben der britischen Behörden mehr als 22.000 Migranten mit Booten über den Ärmelkanal nach England. Die im Juli gewählte Labour-Regierung hat angekündigt, die irreguläre Einwanderung zu verringern. (dpa, afp)

taz **lage**

## Auf eine Currywurst in Berlin

Ob Brüssel, London, Moskau, Kyjiw, Wien, Madrid, Rom, Athen, Sarajevo, Istanbul, Stockholm oder anderswo: Die taz ist, wie ihre Leser:innen wissen, überall auf dem europäischen Kontinent präsent. Der Krieg in der Ukraine, der Rechtsruck in Europa, die Migration, der Klimawandel: Die taz-Europa-Korrespondent:innen hatten auch in diesem Jahr schon über vieles zu berichten. Am Freitag in der Früh trafen sie sich in der taz-Zentrale in Berlin. Man tauschte sich aus und diskutierte neue länderübergreifende Projekte.

Zu Besuch kamen auch Vertreter:innen anderer taz-Ressorts sowie nicht zuletzt die Chefredakteurinnen der taz. Die Leitung der Panter-Stiftung stellte die künftigen Schwerpunkte ihrer Arbeit vor. Eine engetaktete und fruchtbare Klausur, der in der vollbesetzten taz-Kantine der taz-Talk zum Thema Europa folgte.

Am Samstag nahmen die Europa-Korris die Gelegenheit wahr, die diesjährige – durchaus historische – taz-Genoversammlung im Festsaal in Kreuzberg live zu erleben. Auch für die Verpflegung war gesorgt. Und wie! Ein besonderes Lob für die Currywurst der taz-Kantine – wirklich aus echtem Fleisch! Sie sei die beste, die er seit vielen, vielen Jahren verzehrt habe, befand begeistert ein langjähriger taz-Korrespondent über die kulinarische Köstlichkeit. Wer wollte und konnte, der blieb noch in Berlin. Für alle gilt: Gerne auf ein Wiedersehen!

Ferry Batzoglu



Polnischer Abgang: Am deutschen Grenzübergang in Frankfurt (Oder) staut es sich seit Einführung der Kontrollen häufiger  
Foto: Maja Hittj/ getty images

# Deutsche Grenzerfahrungen

Ab Montag soll es an allen deutschen Grenzen Kontrollen geben. Am Übergang zwischen Frankfurt (Oder) und der polnischen Stadt Słubice gibt es diese Kontrollen bereits seit fast einem Jahr. Wie kommt das in der Bevölkerung an? Ein Rundgang

Aus Frankfurt (Oder) und Słubice  
Marie Sophie Hübner

in gelber Kastenwagen fährt über das Kopfsteinpflaster und hält vor einer alten Sporthalle. Auf der Fahrertür prangt ein großes, blaues Wappen mit der Aufschrift „SLUBFURT“. Michael Kurzweily steigt aus. Er hat die Fantasiestadt Stubfurt erfunden, die das deutsche Frankfurt (Oder) und die polnische Nachbarstadt Słubice umfasst. „Nationen, Staaten, Grenzen, das sind Wirklichkeitskonstruktionen. Sie funktionieren nur, weil genügend Menschen daran glauben“, sagt er. Der 61-Jährige trägt einen Anorak, eine schwarze Brille mit dunklen Gläsern und eine auffällige blau-grüne Kopfbedeckung, eine Mütze aus Usbekistan.

„Herzlich willkommen beim Brückenplatz. Wir nennen das hier auch Café Blabla“, sagt Kurzweily. „Das versteht jeder.“ Es ist der Donnerstag vergangene Woche. Neben dem Parkplatz steht ein Schild: „Dies ist ein offener Ort. Alle dürfen sich hier zu Hause fühlen und ihre Ideen einbringen“, steht dort in acht Sprachen. Kurzweily geht am Schild vorbei und in die ehemalige Sporthalle hinein. In jeder Ecke der Turnhalle steht etwas, Kurzweily zeigt auf einen großen runden Tisch, um den etwa 20 Stühle stehen. „Hier treffen wir uns jeden Mittwoch.“ In einer anderen Ecke stehen Fahrräder, Werkzeug liegt herum. „Das ist unser Reparaturcafé“, sagt Kurzweily. „2014 hat Stubfurt viele neue Bürger bekommen“, erzählt er. „Ein Kollege und ich sind zur Flüchtlingsunterkunft gegangen und haben gefragt, ob jemand singen möchte, wenig später haben wir gemeinsam Lieder aus Eritrea, Deutschland, Kamerun, Polen, Syrien und Afghanistan gesungen.“ Seitdem engagiere sich Kurzweily für Geflüchtete.

An Pressspanplatten lehnen Pappschilder: „Stop pushbacks“ und „Bürgerrechte für alle“. In den vergangenen Monaten haben sie Demonstrationen organisiert. Grenzkontrollen gibt es hier genauso wie an den Übergängen zu Tschechien und der Schweiz be-

reits seit vergangenem Oktober. Bundesinnenministerin Nancy Faeser hatte sie damals angeordnet, um gegen Schleuseraktivitäten vorzugehen. An der Grenze zu Österreich kontrolliert Deutschland schon seit dem Herbst 2015, als Zehntausende Geflüchtete über die Grenzen kamen. Nun sollen die Kontrollen im Zuge des Anschlags in Solingen auf ganz Deutschland ausgeweitet werden. Kurzweily befürchtet, dass Deutschland und die anderen europäischen Länder sich weiter gegenseitig abschotten und die EU zerfällt.

Die alte Turnhalle liegt ein paar hundert Meter vom Ufer der Oder entfernt und damit von der Grenze. Kurzweily spaziert in Richtung der Stadtbrücke, die Deutschland mit Polen verbindet. Er ist Aktionskünstler, hat in Bonn studiert und ist 1990 nach Polen gezogen, 1998 nach Frankfurt: „Wenn ich in den ersten Jahren in Frankfurt im Supermarkt an der Kasse stand und angerufen wurde, ein polnischer Freund dran war und ich Polnisch geredet habe, dann habe ich die Blicke gespürt.“ Es habe viele Vorurteile gegenüber Polen gegeben, das sei heute anders: „Frankfurt hat sich zu einer offenen Stadt gemausert, aber das droht jetzt wieder zu kippen.“ Kurzweily sagt, dass die Grenzkontrollen die deutsch-polnischen Beziehungen belasten.

Die 252 Meter lange Stadtbrücke führt über die Oder. Sie verbindet Frankfurt und das polnische Słubice. Ein riesiges weißes Zelt steht zwischen den zwei Spuren – der Spur nach Polen und der nach Deutschland. „Anfangs hat die Polizei die Autos einfach auf der Straße angehalten“, erzählt Kurzweily. Wenig später wurde der Grünstreifen zwischen den Spuren asphaltiert, das weiße Zelt aufgebaut, das wie ein Tunnel aussieht. Hier kontrolliert die Bundespolizei, so wie auch an den Autobahnen. An vielen anderen Stellen, zum Beispiel bei Küstrin und an der „grünen Grenze“, gibt es dagegen keine Kontrollen.

Eigentlich soll es laut dem Schengen-Abkommen innerhalb der Europäischen Union keine Grenzkontrollen geben. Nur „im Falle einer schwerwiegenden Bedrohung ihrer öffentlichen

Ordnung oder inneren Sicherheit“ können sie eingeführt werden. Die Mitgliedstaaten müssen die EU-Kommission über die Kontrollen informieren. Im Februar und Mai verlängerte Faeser die Kontrollen mit der offiziellen Begründung, die illegale Migration und Schleuserkriminalität weiter zu bekämpfen.

An der Straße einige Meter vor dem Zelt stehen drei Polizisten. Einer hält eine Polizeikelle in der Hand. Hinter ihnen stehen vier blaue Container. „Wir ziehen dann jemanden raus, wenn uns etwas verdächtig vorkommt“, erklärt der Beamte. „Ein Auto, ein Kennzeichen, die Personen im Wagen“, sagt er. Wann und wo kontrolliert wird, dazu dürfe er nichts sagen. Ein paar Meter weiter, unter dem weißen Zelt, steht ein Auto. Ein paar Beamte schauen in

## „Dann werden wir immer kontrolliert“

Mohammed Ibrahim aus Sudan über das Verhalten der Polizei an der deutsch-polnischen Grenze

den Kofferraum. Heute fließt der Verkehr, doch das sei nicht immer so, sagt Kurzweily.

Er spaziert die Brücke weiter entlang Richtung Polen. Bis zur Hälfte, der Grenze, hängen Wahlplakate wegen der Landtagswahlen am nächsten Sonntag in Brandenburg, die meisten sind von der AfD. Am polnischen Ufer angekommen, grüßt Kurzweily einen Bekannten. Sie wechseln ein paar Sätze. Kurzweily ist hier in Słubice genauso gut vernetzt wie in Frankfurt.

„Im April 2024 hat mich eine Bekannte angerufen. Sie hat von zwei Flüchtlingen erzählt, die hier in einem Park im Gebüsch saßen“, sagt Kurzweily. „Ich habe meinen Rucksack voll mit Essen gepackt und bin rüber. Die beiden Jemeniten, die ich dort getroffen habe, waren total unterkühlt.“ Sie hätten der deutschen Polizei gesagt, dass sie Asyl beantragen wollten, aber die habe sie abgewiesen. Belegen lässt sich das nicht, aber immer wieder gibt es Be-

richte über Pushbacks an der deutsch-polnischen Grenze. „Ich bin mit den beiden zur Grenze, wollte das vermutete Missverständnis aufklären, aber auch bei diesem Mal wurden die beiden abgewiesen“, sagt Kurzweily.

An einer Bushaltestelle sitzt ein junger Mann und schaut auf sein Handy. Er erzählt, er studiere an der Viadrina, der Uni in Frankfurt. „Manchmal komme ich aber zum Mittagessen rüber.“ In Polen sei das günstiger. Ein Kumpel aus der Uni komme aus Mittelamerika und habe ihm gesagt, er wolle nicht mit nach Polen kommen: „Er meinte, dass er fast immer kontrolliert wird. Nachdem Kurzweily Geld gewechselt hat, geht er zurück über die Brücke, vorbei an der Polizei, und verabschiedet sich. Weder er noch andere Fußgänger\*innen werden angehalten.“

Auf dem Frankfurter Rathausplatz ist an diesem Donnerstagvormittag Markttag. An einem Wagen, der Kaffee verkauft, unterhalten sich drei Händler an einem Stehtisch. „Gut, dass kontrolliert wird“, sagt einer von ihnen. 40 Prozent derer, die hier rüberkämen, begingen Straftaten, behauptet er. Belege dafür gibt es auch dafür nicht. Einem der anderen Händler ist das sichtlich unangenehm. Er versucht, seinen Kollegen zu unterbrechen. Was „die Faeser da macht“, sei ein Tropfen auf den heißen Stein: „Messerstechereien hat es doch früher auch gegeben“, sagt er. „Und Messerverbote auf Festen und in der Bahn bringen gar nichts.“

Am Bahnhof stehen mehrere Busse. In der 981, die über die Grenze fährt, wartet ein Fahrer. Der Bus ist noch leer, gerade versucht er, ein Einmachglas mit gekochtem Gemüse zu öffnen. „Ich bin die Strecke heute drei Mal gefahren. Jedes Mal fahre ich langsam. Die Polizisten schauen dann von außen in den Bus.“ Bei der ersten Tour habe ihn ein Polizist gefragt, ob ihm etwas aufgefallen sei. „Nur die Üblichen, habe ich gesagt, der Polizist hat gelacht und mich durchgewunken.“ Zuvor sei er auf der Strecke länger nicht im Einsatz gewesen. Das letzte Mal, im Juni oder Juli, sei mehr kontrolliert worden: „Da sind die Polizisten häufiger in den Bus gekommen und haben Pässe kontrolliert.“

Ein Ploppen. Das Weckglas ist nach größerer Kraftanstrengung endlich offen. Was er von den Kontrollen halte? „Als Pendler finde ich es nervig. Aber als deutscher Steuerzahler finde ich es wichtig, dass es Kontrollen gibt, dass die Ausländer nicht alle reinkommen“, sagt er und lächelt.

Ein paar Straßen hinter dem Bahnhof steht neben einem Imbissladen ein weißer Flachdachbau. Das Haus sieht nach einem kleinen, verlassenen Lagerraum aus. „Alrahman Moschee Kulturzentrum“ steht auf einem Schild an der Hauswand. Mohammed Ibrahim öffnet die unscheinbare, weiße Tür. Seine schwarzen und grauen Locken sind kurz und kraus. Er winkt einen herein und bittet, die Schuhe ausziehen und im Regal zu den anderen Paaren zu stellen.

Auf dem gesamten Boden liegen Teppiche. Zwei Vorhänge bilden einen abgetrennten Bereich. Dahinter stehen ein paar Stühle um einen weißen Campingtisch. Ibrahim setzt sich. Er erzählt, dass er sich im Verein „Muslime an der Oder e. V.“ engagiere. Er stammt aus dem Sudan und lebt seit 2017 in Deutschland. „Ich wohne in Frankfurt, aber zum Einkaufen und Tanken fahre ich nach Polen. Mindestens zweimal die Woche.“ Alleine am Steuer werde er etwa jedes fünfte Mal kontrolliert, schätzt Ibrahim. „Wenn ich mit einer anderen Person fahre, die auch schwarz ist, dann werden wir immer kontrolliert.“ Solange die Kontrollen verfassungsmäßig seien, habe er nichts dagegen, sagt Ibrahim: „Ein sicheres Land ist gut für uns alle.“

Die anstehenden Landtagswahlen am Sonntag machen ihn Sorgen: „Heute habe ich in der Stadt ein AfD-Plakat gesehen. ‚Es ist Zeit, die Asyl-Industrie stillzulegen‘ stand da“, sagt Ibrahim. „Ich war total schockiert, was ist das denn? Es gibt keine Asylindustrie. Menschen fliehen vor Krieg: Ganz egal, ob in der Ukraine, in Sudan, meiner Heimat, oder Gaza.“ Ibrahim gestikuliert mit seinen Händen und ringt nach Worten. „Bei der Europawahl ist die AfD in Brandenburg stärkste Kraft geworden. Ich hoffe, es wird dieses Mal anders.“

# 04 genoversammlung

## Auch die anderen im Blick haben

Der formale Teil der taz-Genossenschaftsversammlung: eine neue Aufsichtsrätin und ein Stimmungsbild zum Fliegen

Die taz hat eine neue Aufsichtsrätin. Nach vier Wahlgängen der Genossenschaftsversammlung setzte sich Astrid Deilman gegen Franziska Heine und Lena Marbacher durch, nachdem die drei Kandidatinnen im ersten Wahlgang fast gleichauf gelegen hatten. Deilman ist geschäftsführende Vorständin bei Compact und folgt auf Nina Schoenian, die wegen anderer Aufgaben nach drei Jahren nicht wieder kandidierte. Im kommenden Jahr wird erneut gewählt, weil der langjährige Aufsichtsrat Hermann-Josef Tenhagen dann ausscheidet.

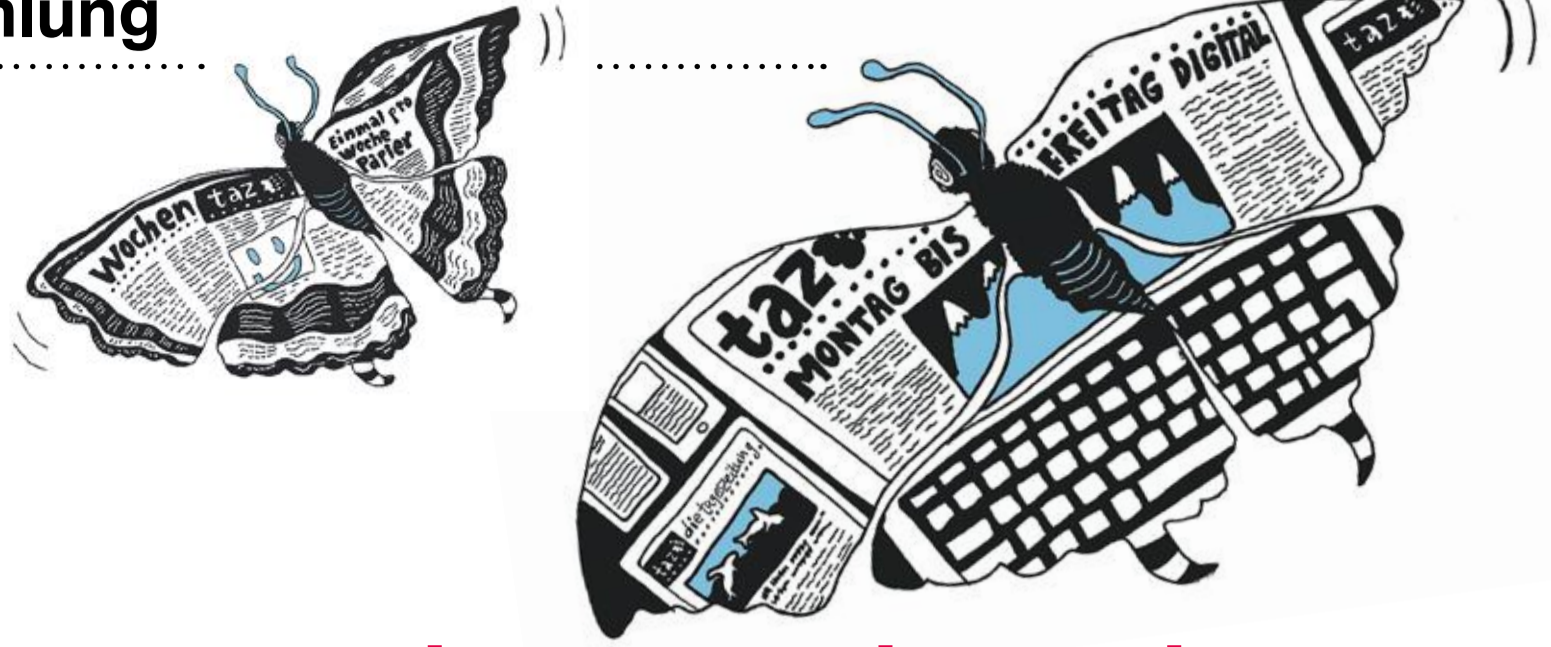
Außerdem wurde Bascha Mika als Kuratoriumsmitglied auf Lebenszeit für die taz Panterstiftung gewählt.

Diskussionen gab es derweil um die Forderung des Genossen Stefan Müller, bei den taz-Reisen keine Flüge mehr anzubieten. Humboldt-Universitäts-Professor Müller argumentierte, von der taz beworbene Flugreisen unterminierten die Berichterstattung, in der es um die unbedingt nötige Reduktion von CO<sub>2</sub> geht. „Als würde die Drogenhilfe ihre Arbeit mit dem Verkauf von Kokain finanzieren“, sagte Müller. Und: Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß müsse eh auf null reduziert werden – dann kann auch nicht mehr geflogen werden. Thomas Hartmann, Leiter von taz Reisen, verteidigte die Flüge: Gerade Länder des Globalen Südens und die Lebensumstände dort müssten erfahrbar gemacht werden. „Wir sollten stolz sein, ein solches Angebot entwickelt zu haben“, so Hartmann. „Das sollte weitergemacht werden.“ Die Mitglieder waren im anschließenden Stimmungsbild gespalten: 54 Prozent sind für die Forderung, von der taz organisierte Flugreisen abzuschaffen, 37 Prozent dagegen. Das Ergebnis soll in künftige Überlegungen zum Thema einfließen. Eine interessante Idee wurde im Chat genannt, obgleich als Frage formuliert: Bietet die taz eigentlich auch umgekehrt Reisen für Menschen aus dem Globalen Süden an?

Harter Themenwechsel: Finanziell steht die taz gut da. 11,5 Millionen Euro liegen auf dem Konto, fast 2 Millionen mehr als im Vorjahr. Aber: Es bestehen weiterhin Darlehen von Genoss\*innen, ein Bankkredit und die Sanierung des alten taz-Gebäudes in der Rudolfschke-Straße werden 6 Millionen Euro kosten. Und 2023 sind es wieder 2.000 Printabos weniger geworden, während Druck- und Vertriebskosten weiter steigen und zum Beispiel die Speditionskosten für die Auslieferung unabhängig von der Auflage mit 1,2 Millionen Euro gleich bleiben. In Summe gehen die Erträge aus dem Printgeschäft zurück, jene aus Zukunftsprodukten (E-Paper, taz zahl ich (tzi), wochentaz) nehmen aber zu, erläuterte Geschäftsführer Andreas Marggraf. Die Zahl der tzi-Unterstützer\*innen ist im vergangenen Jahr um mehr als 7 Prozent gewachsen, und die Auflage der wochentaz hat sich über Plan entwickelt. Andere Gelder werden künftig fehlen. Ein Vertrag mit dem Facebook-Mutterkonzern Meta wurde gekündigt, und die Wirtschaftsförderung für den taz Neubau ist ausgelaufen. Die Zahlen sprechen also für das Aus der täglichen gedruckten Zeitung. Aber auch bei diesem emotionalen Thema haben die Genoss\*innen andere im Blick: Was denn dann aus den Knastabos werde, wurde gefragt. „Die wochentaz wird weiter an die Gefängnisse geschickt, und wir hoffen auf digitale Lesegeräte für die Häftlinge“, sagte Marggraf dazu.

Der Genossenschaftsanteil ist weiterhin mit 500 Euro so viel wert wie die Einlage. Das ist erst zum zweiten Mal der Fall.

Jann-Luca Künfberg



## Ein Blatt wendet sich

Ein Verlagshaus und seine Genossenschaft feiern die „Seitenwende“: Die letzte auf Papier gedruckte werktägliche Ausgabe der taz soll am 17. Oktober 2025 erscheinen

Die Geschäftsführung und die Chefredaktion der taz bei der Verkündung des konkreten Datums für die „Seitenwende“: 17. Oktober 2025  
Foto: Piero Chiussi



Von Konstantin Nowotny

Es gehört zum Gründungsmythos der taz, dass sie sich von Anfang an den Regeln des Mediengeschäfts, vielleicht sogar des Markts insgesamt, zumindest ein wenig entzogen hat. Eine linke Zeitung, geboren aus revolutionärem Geist, getragen von einer Genossenschaft – das gab es in Deutschland noch nie. Und wer zwischendurch dachte, dass sich dies seit 1978 ein wenig überholt haben könnte, wurde vergangene Woche eines besseren belehrt: Die letzte auf Papier gedruckte werktägliche Ausgabe der taz werde am 17. Oktober 2025 erscheinen, verkündete die Geschäftsführung der Zeitung am vergangenen Samstag bei der diesjährigen Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft in Berlin-Kreuzberg. Ein Verlagshaus und seine Genossenschaft feiern die „Seitenwende“, wie der Wandel unterdessen heißt – auch das gab es in Deutschland noch nie.

Sechs Jahre ist es her, dass der ehemalige taz-Geschäftsführer Kalle Ruch seine Belegschaft ganz schön überraschte, als er 2018 das Ende der werktäglichen gedruckten Zeitung ankündigte. Der Journalismus der taz lebe, „im Netz“ weiter, meinte Ruch. Seine Vision – unter der Woche digital, am Wochenende nach wie vor gedruckt – wurde nicht von jedem mit Begeisterung aufgenommen.

Das hat sich nun geändert: Rund 77 Prozent der Genoss\*innen stimmten am Samstag dem Satz zu, der da lautete:

„Ich glaube, dass der Weg, die tägliche Zeitung ab 17. Oktober 2025 digital erscheinen zu lassen und nur noch die wochentaz zu drucken, der richtige Weg ist, um das Fortbestehen der taz zu sichern.“ Dass es einmal so kommen würde, hätte vielleicht nicht einmal Kalle Ruch gedacht.

Zuvor warben beide Lager – pro und contra „Seitenwende“ – um Stimmen auf der Bühne. Vizechefredakteurin Katrin Gottschalk und Geschäftsführerin Aline Lüllmann betonten, dass die Entscheidung, unter der Woche nicht mehr zu drucken, nicht aus einer Krise heraus getroffen werde, sondern vielmehr aus einer „Posi-

Zu bewahren, wofür die taz steht, ist wichtiger, als das Papier, auf dem sie gedruckt wird

tion der Stärke“. Man habe sich den Schritt keineswegs leicht gemacht, habe die entsprechenden Vorbereitungen getroffen. Dazu zählt die wochentaz, die 2022 die bis dahin erhältliche „taz am wochenende“ als echte Wochenzeitung mit Kioskhaltbarkeit von Samstag bis Samstag ablöste. Dazu zählen auch ein für Mitte Oktober geplanter Relaunch der Website taz.de, eine neue App und die Steigerung der Digitalabos sowie der Erlöse aus dem freiwilligen Bezahmodell „taz zahl ich“. „Wir sind glücklich und erleichtert, dass

alle Zukunftsprodukte der taz jetzt so weit entwickelt und auch so erfolgreich sind, dass wir diesen wichtigen Schritt in die publizistische Zukunft der taz gehen können“, erklärte Lüllmann im Vorfeld. Insgesamt ließe sich der werktägliche Druck und die Logistik dahinter bei sinkenden Abozahlen aber nicht mehr ewig kostendeckend gestalten.

Die Gegenrede zur „Seitenwende“ kam aus der Genossenschaft: taz-Genosse Jobst Jungehülsing brachte in einem längeren Wortbeitrag seine Bedenken vor und übte gleichsam selbst Druck auf Geschäftsführung und Chefredaktion aus: Es sei ein „Treppenwitz“, dass ausge-rechnet die progressive taz angesichts des sich verändernden Medienmarkts mit Merkel'scher „Alternativlosigkeit“ argumentiere. Lieber hätte man eine Strategie entwickeln sollen, die sowohl die tägliche Printausgabe als auch eine Digitalstrategie miteinbezieht.

Die restlichen Genoss\*innen sahen das überwiegend anders. Zwar drückten auch weitere ihr Bedauern gegenüber der „Seitenwende“ aus, betrachteten den Schritt aber mehrheitlich als richtig. Es gehe schließlich darum, zu bewahren, „wofür die taz steht“, sagte eine Genossin – und das sei wichtiger als das Papier, auf dem sie gedruckt wird. Zudem, so die Genossin, wäre die Alternative, „in Schönheit zu sterben“.

Nun ist es also amtlich: Nach sechs Jahren Diskussion und Strategie steht die Genoss\*innenschaft zu großen Teilen hinter dem Projekt „Seitenwende“, das von Anfang an nicht nur

Freund\*innen hatte. Nach über 40 Jahren taz auf Papier wird es werktäglich nun eine digitale, abgeschlossene Ausgabe geben – und am Wochenende das Papierprodukt zum Anfassen.

Ideeller Rückenwind genügte der Chefetage aber nicht: Damit die taz zuversichtlich in die digitale Zukunft blicken kann, bräuchte es mehr als „Lippenbekenntnisse“, sagte Katrin Gottschalk. Als Nächstes wollte sie wissen, wer die taz auch für die kommenden zwei Jahre als Abonnent\*in zu unterstützen gedankt. Die Antwort kam prompt und deutlich: 69 Prozent bleiben bei der taz – trotz oder wegen der „Seitenwende“.

Für die Belegschaft der taz nähert sich nun das Ende eines langen Transformationsprozesses, der, wie die Geschäftsführung betonte, einen „Kraftakt“ darstellt. Systeme müssen umgestellt werden, Arbeitsprozesse verändern sich – gut geölte Strukturen eines jahrzehntelangen minutengenau operierenden Medienhauses werden umfangreich infrage gestellt. Aber das Wesentliche bleibt. Das unterstrichen auch die Chefredakteurinnen Barbara Junge und Ulrike Winkelmann: „Unsere Analysen, Kommentare und Recherchen, unsere Haltung und Ironie bleiben auf mindestens bekanntem Niveau.“

Davon mussten die Genoss\*innen kaum überzeugt werden, denn mehr als einmal fiel auf der Generalversammlung die fast schon beiläufige Bemerkung, dass die taz inhaltlich so stark sei wie noch nie. Das liegt vor allem daran, dass sie die taz geblieben ist – und bleibt.

### Hybrid und dokumentiert

#### Zahlen

Am formalen Teil der ordentlichen Generalversammlung der taz-Genossenschaft nahmen zwischenzeitlich 972 Genoss\*innen teil. 454 vor Ort, 518 an ihren Rechnern.

#### Digital und dokumentiert

Der öffentliche Teil der Generalversammlung der taz Genossenschaft zum nachschauen: taz.de/genoversammlung



Über die wochentaz der Zukunft: Matthias Kalle und Luise Strothmann  
Foto: Piero Chiussi

Die neu gewählte Aufsichtsrätin der taz: Dr. Astrid Deilmann  
Foto: Piero Chiussi



Die taz gehört über 23.500 Genoss\*innen und sichert damit seit über 32 Jahren den unabhängigen Journalismus der tageszeitung. Jetzt Mitglied werden und einer starken Gemeinschaft beitreten! Alle Informationen zur taz Genossenschaft finden Sie unter [taz.de/genossenschaft](https://taz.de/genossenschaft)



Aufsichtsrat Hermann-Josef Tenhagen und die Genoss\*innen  
Foto: Piero Chiussi

## Für mehr Nachwuchs und weniger Rechtsruck

Großen Themen am Nachmittag: Die Krise der Demokratie – und kann die Jugend auch politisch und links?

Von Ruth Fuentes

Es war zuallererst die sogenannte Seitenwende der taz, die den Festsaal Kreuzberg bei der Genoversammlung füllte und die teils emotionalen Gespräche auf der blumenbeschnittenen Bühne dominierte. Doch es gab auch weitere Themen. Vor allem zwei Dinge treiben die Genom: mehr Vernetzung und mehr „Frische“. Die Leiterin der taz Genossenschaft, Lana Wittig präsentierte verschiedene Projekte für die Verjüngung der Community, aber auch Orte, die sie mit ihrem Team zum Gedenken an verstorbene tazler schafft.

Die Genoss\*innen im Saal schmunzeln, als Geschäftsführer Andreas Marggraf im Gespräch über das alte taz-Haus in der Rudi-Dutschke-Straße erwähnt, er sei froh, dass sich das „betahaus“ auch nach der Sanierung dort wieder einmieten will. „Da sitzen viele Start-

ups und junge Leute. Das, was man sich von den Genoss\*innen wünscht.“ Die sicheren Mieteinnahmen, 1 Million Euro pro Jahr, spielten eine wichtige Rolle bei der Finanzierung des unabhängigen Journalismus der taz. Aber: „Das Haus ist auch ein Teil der taz-Geschichte.“ Eine Sanierung war unausweichlich. Der Meinung ist auch der zuständige Architekt Georg Bosch. Gestützt durch Beweisfotos, führt er die verschiedensten Makel des Gebäudes aus, gibt Updates zur Sanierung und einen Ausblick. Im Frühjahr wird etwa der fünfstöckige „Pimmel über Berlin“ neu lackiert. Die Genoss\*innen wissen ihr altes taz-Haus bei Architekt Bosch in guten Händen: „Euer Architekt ist ja der Hit“, heißt es aus dem Chat.

In den zwei abschließenden politischen Podien geht es um zwei große Themen. Zunächst sind es Chefredakteurin Ulrike Winkelmann, Stellvertreterin Katrin Gottschalk, Politologin

Paula Diehl und Historiker und Leiter der Gedenkstätte Buchenwald Jens-Christian Wagner, die moderiert von Ebru Taşdemir über Rechtspopulismus, Fake News, Rechtsruck und die Rolle der Medien diskutieren. Die Normalisierung von rechtspopulistischen Narrativen sei eine große Gefahr, sehen Diehl und Wagner. „Die Stimmung ist schlecht, aber nicht hoffnungslos“, betont Letzterer. Winkelmann und Gottschalk wissen um die Verantwortung linker Medien aufzuklären. Doch „wir müssen nicht jeden Dreck aus dem Internet aufnehmen und uns damit beschäftigen. Unsere Leser\*innen sind intelligent“, meint Winkelmann.

Dass der Osten und sein Problem mit Rechtsextremismus nicht nur alle fünf Jahre zu den Landtagswahlen bemerkt wird, das wünschen sich vor allem die Aktivist\*innen Dennis Chionda und Theresa Ertel, beide Autor\*innen der taz-Sonder-

beilage Ost-Jugend. Sie diskutieren mit Katerfrühstück-Podcasterin Ann-Toma Toader zum Thema „Die Jugend kann auch politisch und links“, wobei die Frage offen bleibt, was mit links genau gemeint ist. Die Moderation übernimmt Gemma Terés Arilla, die ihre Premiere als neue taz-Panther-Stiftungsleiterin auf der Bühne hat. Am Ende bleibt vor allem eines hängen: Es gibt nicht nur die eine Jugend, die auf dem Land rückt stark nach rechts, und dafür ist auch die Präsenz der Rechten auf TikTok verantwortlich – aber nicht ausschließlich.

Nach so viel hartem Tobak lasse die taz Genoss\*innen den Abend entspannt ausklingen. Der Wein fließt, und Agnana-Duo, unterstützt durch einen auffallend jungen Schlagzeuger, spielt live entspannten Hintergrundjazz. Für die Tanzwütigen gibt es dann noch die besten Hits aus den 80ern bis heute mit DJ Silke Super. Super!



genossenschaft taz

Mika Fugmann  
taz zahl ich, Online-Bezahlmodell taz.de

## AUCH DEIN GELD KANN HALTUNG DEMONSTRIEREN

Runter von der Bank, rein ins Geschehen!

In der taz Genossenschaft bewegt dein Geld etwas – gegen Rechtsruck und für eine stabile Demokratie. Keine 2,5% Zinsen, dafür 100% Einsatz für unabhängigen Journalismus und eine offene Gesellschaft.

Bereits ab 500 Euro gehört dir so ein Teil der taz und du wirst Miteigentümer\*in.  
Alle Infos auf [taz.de/genossenschaft](https://taz.de/genossenschaft)

## aufarbeitungswetter

In Osnabrück eröffnete am Sonntag ein neues Haus für NS-Erinnerungskultur: „Die Villa“. Im Mittelpunkt der Dauerausstellung steht das Leben des umstrittenen Osnabrücker Juristen Hans Georg Calmeyer (1903–1972). Der Rechtsanwalt habe während des Nationalsozialismus mehr als 3.000 Juden gerettet, sich aber auch am NS-Terror beteiligt. Er war von 1941 bis 1945 leitender Mitarbeiter der deutschen Besatzungsbehörde im niederländischen Den Haag. Das Wetter in Osnabrück: bedeckt.



## Bloß nicht in die Klinik?

Tag der Patientensicherheit: Umfrage zeigt steigende Ängste

Der Anteil der Menschen, die Angst vor einem Krankenhausaufenthalt haben, ist gestiegen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Forsa-Umfrage im Auftrag der Kaufmännische Krankenkasse (KKH) in Hannover. Demnach hätte rund ein Drittel (34 Prozent) der Bürger\*innen im Alter von 18 bis 70 Jahren Sorgen oder Ängste in Bezug auf die Behandlung, wenn bei ihnen ein Klinikaufenthalt bevorstünde. Das sei der höchste Wert seit Beginn der jährlichen Umfragen im Jahr 2019.

Im vergangenen Jahr lag der Wert noch bei 27 Prozent, im Jahr 2020 bei 17 Prozent. Die Mehrheit (63 Prozent) hätte der aktuellen Befragung zufolge aber keine Angst, wenn eine Behandlung im Krankenhaus bevorstünde. Derweil hatte fast jeder zweite Befragte (45 Prozent) schon einmal das Gefühl, dass ein\*e Mediziner\*in nicht direkt die richtige Diagnose stellte.

„Die Zunahme der Verunsicherung hat viele Gründe“, sagte Eugen Brysch, Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz. „Der immer undurchsichtiger werdende Klinikdschungel verstärkt bei den Kranken das Gefühl, fremdgesteuert und ausgeliefert zu sein.“ Permanent wechselndes Personal steigere das, sagte Brysch. Der Patientenvertreter forderte Fallmanager\*innen an der Seite von Patient\*innen und Angehörigen, die auch die unterschiedlichen medizinischen Angebote organisieren und für die Betroffenen ansprechbar seien. Bis heute stehe dazu nichts in der Krankenhausreform des Bundesgesundheitsministers.

Das Meinungsforschungsinstitut Forsa befragte im Auftrag der KKH vom 26. bis 30. August 2024 bundesweit 1.002 Personen im Alter von 18 bis 70 Jahren. Anlass der jährlichen Umfrage ist der Tag der Patientensicherheit am 17. September. (dpa)

## brief des tages

## Erstarken rechter Parteien durch Neoliberalismus

„Wir haben zu wenig Mitgefühl“, taz vom 1. 9. 24

Nach meiner Auffassung hat der Neoliberalismus europaweit erheblich zum Erstarken rechter Parteien beigetragen. Weltweit geht es vielen Menschen sozioökonomisch schlechter, während die Reichen immer reicher werden. In Deutschland wurde die Infrastruktur zum Sparen vernachlässigt. Kommunen wurden ärmer und versuchten über Gebühren und Schließungen öffentlicher Einrichtungen, das notwendige Kapital einzuholen, ohne dass Verbesserungen spürbar wurden – im Gegenteil es verschlimmerte sich, und der Osten musste doppelt leiden.

Die Wirtschaft der DDR wurde verramscht, Arbeitslosigkeit trat ein, geringere Löhne und weniger Rente als im Westen sorgten für Ungerechtigkeit. Die etablierten Parteien zeigten keinen Veränderungswillen, und so schlugen sich für einen vermeintlichen Denkmittel zu viele auf die Seite der Schmuddelpolitiker. Eine Veränderung ist nur möglich, wenn das Kapital gerechter verteilt wird und nicht jenen weggenommen wird, die sowieso weniger haben. Jürgen Korell, Wiesbaden



## Kollaboration mit der AfD: weniger als vermutet

Welche Partei arbeitet wie oft mit der AfD zusammen? Eine aktuelle Studie liefert überraschende Ergebnisse zur Brandmauer in ostdeutschen Kommunen

Von Stefan Reinecke

In den Landtagen, wo Gesetze gemacht werden, funktioniert die Ausgrenzung der AfD, die sogenannte Brandmauer – von einigen unrühmlichen Ausnahmen abgesehen. Aber gilt das auch für die ostdeutschen Kommunen? „Die berühmte Brandmauer gibt es im Osten einfach nicht so wie im Westen“, vermutet der Soziologe Steffen Mau. Wo die Rechten in die Alltagskultur diffundieren, sei keine scharfe Abgrenzung mehr möglich. Doch eine aktuelle Studie zeigt: In den Kreistagen ist die Brandmauer stabiler als vermutet.

In der Studie des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) werden 2.452 Sitzungen in kommunalen Parlamenten von Mitte 2019 bis Mitte 2024 analysiert. In 484 Fällen, das sind rund 20 Prozent der von der AfD gestellten Anträge, gab es Kooperationen anderer Parteien oder Wählergruppen. Be-

merkenswert ist auch die Art der Zusammenarbeit. Die gibt es „nicht bei kontroversen, bundespolitischen Themen wie Asyl oder Sicherheit, sondern vielmehr bei infrastrukturbezogenen Aufgaben“, so die Autoren Wolfgang Schroeder, Daniel Ziblatt und Florian Bochart. „Ins-

„Die Brandmauer ist stabiler, als vielfach vermutet wird“

Studie des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB)

gesamt zeigt unsere Studie, dass die umstrittene Brandmauer, der vielfach nachgesagt wird, dass sie auf kommunaler Ebene längst nicht mehr bestehe, in den letzten fünf Jahren zwar durchaus Risse bekommen hat, aber insgesamt weitaus stabiler ist, als vielfach vermutet wird.“

Untersucht wurde die kommunalen Parlamente aller

75 Landkreise und kreisfreien Städte in Ostdeutschland, ausgenommen ein paar, bei denen keine Dokumentationen der Sitzungen verfügbar waren. Die Zusammenarbeit mit der AfD bestand überwiegend in Zustimmung zu Anträgen der Rechtsextremen – in den bereits erwähnten 484 Fällen. Elfmal stellten AfD und eine andere Partei einen gemeinsamen Antrag. 36-mal gab es eine personelle Kooperation: Die AfD und eine andere Fraktion versuchten eine gemeinsamen Kandidaten durchzusetzen, was in keinem Fall gelang. Am stärksten ausgeprägt ist die Zusammenarbeit mit der AfD in Sachsen-Anhalt: Dort stimmten etablierte Parteien 27 Prozent der AfD-Anträge zu. Gar keine Kooperation mit der AfD gab es nur in 8 von den 69 untersuchten Kreisen.

Die Frage, welche Parteien mit der AfD stimmen, ist nur eingeschränkt zu beantworten. Das Datenmaterial ist lü-

ckenhaft, weil auf kommunaler Ebene meist per Handzeichen abgestimmt wird. Wo das Abstimmungsverhalten dokumentiert ist, zeigt sich ein interessantes Bild: Wenig überraschend stimmten CDU-Abgeordnete am häufigsten mit den Rechten. SPD, Grüne und Linke arbeiten seltener mit der AfD zusammen. Aber: „Keine der etablierten Parteien schafft es, die Brandmauer in allen ostdeutschen Kreisen, ohne Wenn und Aber“ aufrechtzuerhalten.“ Kooperationen mit der AfD gebe es vor allem bei drei Themen: der Geschäftsordnung des Kreistags oder Stadtrats sowie Sport und Verkehr – etwa der Installation von Ampeln und Zebrastreifen.

Die AfD ist in Ostdeutschland eine Art Volkspartei geworden. Die Wahlergebnisse von 30 Prozent in Sachsen und Thüringen zeigen dies. Wird die noch bestehende Mauer mit dem Aufstieg der AfD zur Volkspartei automatisch weggespült? Die Autoren der Studie sehen vor allem zwei mögliche Szenarien. Nummer eins: Man macht so weiter wie bisher, kooperiert fallweise mit den Rechtsextremen, trotz parteilichem Verbots der Zusammenarbeit. Das berge „das Risiko, dass der Prozess der alltagsweltlichen Normalisierung der AfD durch die praktischen Themen im Bereich der kommunalen Infrastruktur weiter vorangetrieben wird.“ Möglichkeit zwei: eine Flexibilisierung der Brandmauer. Bei basalen Themen wie „der Errichtung von Ampeln oder Zebrastreifen“ sei dann die Kooperation mit der AfD erlaubt, dafür müsse die Brandmauer bei „kontroversen Themen wie Asyl und Migration vermehrt eingehalten“ werden.

Allerdings berge diese Flexibilisierung auch Gefahren: Die „Kooperation in einem Bereich könnte zu Kooperation in politisch sensibleren Bereichen wie Asyl und Migration führen.“ Einen Königsweg gibt es nicht.



## Verbrenner für Wagenknecht

Die neugegründeten BSW-Landesverbände in Bremen und in Niedersachsen winken heftig Richtung CDU

Aus Bremen  
Benno Schirrmeyer

In Bremen und in Niedersachsen sind am Wochenende der achte und der neunte Landesverband der Partei „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) gegründet worden. In Bremen waren nur 24 und in Niedersachsen nicht einmal 70 Aufnahmeanträge durch den Bundesvorstand bewilligt worden. Die Gründungsversammlungen fanden unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Als „unglaublichen Affront für die Freiheit der Medien“ bezeichnete dies der Deutsche Journalisten Verband im Vorfeld.

Der frischgewählte Bremer Landesvorsitzende Christopher Schulze, der in Berlin als Büroleiter der Sahra-Wagenknecht-Parteichefin Amira Mohamed Ali arbeitet, wies diese Kritik bei der Pressekonferenz im Anschluss der Versammlung zurück. „Insgesamt verstehe ich

die Aufregung darüber nicht“, so der 36jährige Sozialwissenschaftler. Viele der Mitglieder würden sich erstmals überhaupt politisch betätigen. „Wir wollten allen eine geschützte Atmosphäre bieten.“

Landes- und kommunalpolitisch sind von den BSWlern in Bremen bislang nur der Parteigeschäftsführer Manfred Steglich und vor allem Cornelia Barth aufgefallen. Insgesamt war Barth elf Jahre Sprecherin des Landesvorstands der Bremer Linkspartei, so lange wie niemand vor ihr. In ihrer letzten Amtszeit hatte sie 2019 den ersten rot-grün-roten Koalitionsvertrag mitausgehandelt. Bis 2022 half sie der Regierung, der das BSW am Samstag nun den Kampf angesagt hat, mit durch die Corona-Legislatur. In der neuen Partei hat Barth keine Funktion übernommen.

Recht neu im politischen Betrieb ist hingegen Alper Iseri. Der Gründer eines Unternehmens für digitale Dienstleistungen hatte eine Zeitlang ein SPD-

Parteibuch. Jetzt bildet Iseri, von 18 Mitgliedern gewählt, zusammen mit Schulze die männliche Doppelspitze des Bremer BSW-Vorstands.

„Wir haben hier heute Landesverbandbergfest gefeiert“ hatte die Bundesvorsitzende Amira Mohamed Ali das Resultat der Bremer Versammlung zusammengefasst, bevor sie nach Oldenburg weiterreiste. Dort hat die in Hamburg geborene Bundestagsabgeordnete, im zivilen Leben Firmenanwältin eines Automobilzulieferers, ihren Lebensmittelpunkt. Und dort eröffnete sie denn auch am Sonntag die niedersächsische BSW-Gründungsversammlung mit Attacken auf das „blindwütige Verbrennerverbot“ und das „Heizdiktat“ der Grünen. Nach einer halben Stunde Sitzung war entschieden: Den Landesvorsitz übernimmt nach dem Willen der 50 anwesenden niedersächsischen BSW-Mitglieder Mohamed Alis Lebensgefährtin Holger Onken zusammen mit dem

Viszeralchirurgen Thorsten Renken aus dem Ammerland.

Der Politikwissenschaftler Onken ist in Oldenburg Vorsitzender der vierköpfigen BSW-Fraktion im Stadtrat. Sie hatten sich bereits am 4. Januar unter das Wagenknecht-Banner begeben – vier Tage, bevor die BSW-Gründung bekannt gegeben wurde. In ihren Reihen sitzt mit Hans Henning Adler ein Veteran der bisher einzigen niedersächsischen Linksfaktion von 2008.

Onken spricht davon, dass man in Oldenburg auch zuvor „einen pragmatischen Kurs“ gepflegt habe. Was das konkret bedeutet? „Bei der Frage, hält man es eher mit denen, die sich auf die Straße kleben, oder mit denen, die deshalb warten müssen, sind wir bei denen, die im Stau stehen“, so seine Ansage.

Dementsprechend verortet der neue Landesvorsitzende Niedersachsens die BSW-Interessanten vom Sozialprofil her „näher an den Unterstützern der CDU als an denen der Linken“.

# Bitte, bitte, bittet mich!

29 bis 41 Prozent der Deutschen glauben, dass Markus Söder ein guter Kanzler wäre, am meisten er selbst. Aber könnte er das?

Aus München **Dominik Baur**

Es ist der 2. Mai 2023, da sitzt dieser glatt-rasierte Mittfünfziger bei Markus Lanz und spricht über den nächsten Kanzlerkandidaten der Union. Eines scheint für ihn klar zu sein: Wer auch immer es werden mag – er wird es auf keinen Fall sein. Markus Söder heißt der Mann und behauptet: „Für mich ist die Sache erledigt.“ Er habe einmal ein Angebot gemacht, dann hätten sich aber Mehrheiten anders ergeben, was er zu respektieren habe. Und: „Meine Lebensaufgabe ist Bayern.“

Moderator Lanz hakt nach: Wenn aber nun noch ein Angebot käme, würde Söder es ablehnen? „Mal abgesehen davon, dass es nicht kommt“, lautet die Antwort, „ich steh da ned zur Verfügung.“ Lanz ist baff, das sei ein klares Wort. Söder sagt noch, dass es in der CDU genügend hervorragende mögliche Kandidaten gebe. „Allen voran Friedrich Merz.“

Die Zweifel, wie ernst Söders Absage zu nehmen sei, waren schon damals groß. Schließlich waren auch seiner ersten Bewerbung um die Kandidatur 2021 Monate vorausgegangen, in denen er penetrant darauf hinwies, dass sein Platz in Bayern sei. So wunderte sich diesmal kaum jemand, als die Äußerungen ein Jahr später in einer Schublade mit der Aufschrift „Was geht mich mein Geschwätz von gestern an“ verschwanden. Inzwischen verheimlicht der CSU-Chef nicht mehr, wie sehr es ihn ins Kanzleramt zieht. Aus Andeutungen wurde zuletzt eine massive Werbetour in eigener Sache. Beim Politischen Gilla-moos in Abensberg, sagte er Anfang September: „Für mich ist Ministerpräsident das schönste Amt. Aber ich würde mich nicht drücken, Verantwortung für unser Land zu übernehmen.“ In Interviews setzt er in den darauf folgenden Tagen nach, im „Heute-Journal“, im *Spiegel*. Merz und er würden gemeinsam entscheiden, wer Kandidat werde. „Das könnte auch ich sein“, sagt er. Aber es sei jetzt „kein Platz für Eitelkeiten oder für Egos“. Selbstverständlich weiß Söder, wie amüsant sich ein solcher Satz aus seinem Munde anhört.

Klar, es wollten auch schon andere Kanzler werden in Deutschland. Doch niemand brachte sich so penetrant selbst ins Spiel wie Markus Söder. Selbst seine eigenen Leute scheinen von Söders Vehemenz überrollt worden zu sein. Keiner, der sich bis jetzt eindeutig positioniert hätte. Es sei unbestritten, dass Söder Kanzler könne, sagte CSU-Fraktionschef Klaus Holetschek im August einmal. Und CSU-Wissenschaftsminister Markus Blume, ehemals Generalsekretär, sagte der *Süddeutschen Zeitung*, für ihn sei die K-Frage noch offen.

Einen CSU-Kandidaten könne es nur geben, sagt Markus Söder, wenn die CDU ihn bitte. Sein Appell an die Schwesterpartei lautet also: Seid vernünftig und bittet mich! Ein Appell, dem aber niemand so recht folgen will. Stattdessen sprach etwa Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer jüngst vom künftigen Bundeskanzler Merz. Bis jetzt fühlte sich in der CDU noch niemand bemüßigt, „Bitte“ zu sagen. Wieso auch sollte sie die Spitzenkandidatur an die kleine Schwester abgeben?



Von sich überzeugt: Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Markus Söder beim Gilla-moos-Volksfest in Abensberg am 2. September 2024  
Foto: Leonhard Simon/reuters

Dafür dürfte nicht nur der recht kanzlerwillige CDU-Chef Merz keinen Anlass sehen. Auch Christdemokraten mit weniger eigennütigen Motiven dürften Söders Ansinnen skeptisch begegnen. Dass CDU-Granden zu Söder überliefen, dafür bräuchte es einen triftigen Grund – etwa erhebliche politische Diskrepanzen mit dem eigenen Parteichef.

Ein anderer Grund, aus dem CDU-Chef Merz Söder den Vortritt lassen könnte, wäre eine Konstellation, in der er sich aktuell wenig Siegeschancen ausrechnet und auf eine bessere Chance nach einer weiteren Legislatur setzt. Doch die Chancen der Union, den nächsten Kanzler zu stellen, stehen gut.

Bleibe noch ein drittes Motiv, auf die eigene Kandidatur zu verzichten: die Existenzfrage. Wäre zu vermuten, dass die Wahl mit Söder zu gewinnen wäre, mit Merz aber verloren ginge, bräuchte das sicherlich so manche in der CDU ins Grübeln. Auch davon kann keine Rede sein. Was Söder als Pfund mit in die Diskussion bringt, sind lediglich seine Umfragewerte. Die sprechen zwar eine starke Sprache – laut ARD-„Deutschlandtrend“ halten 41 Prozent der Deutschen Söder für einen guten Kanzlerkandidaten, Merz nur 23; im ZDF-„Politbarometer“ liegt

## Es sei „kein Platz für Eitelkeiten oder für Egos“, meint Söder

Söder immerhin noch sechs Prozentpunkte vor dem CDU-Chef – dürften aus CDU-Sicht aber wohl kaum einen Schwenk zu Söder rechtfertigen. Für die Christdemokraten dürfte die entscheidendere Frage sein, mit welchem Kanzler man am Ende leben müsste.

All dessen dürfte sich ein gewiefter Politiker wie Söder bewusst sein. Warum riskiert er dennoch, sich später vorhalten lassen zu müssen, er habe Merz im Wahlkampf Knüppel zwischen die Beine geworfen wie einst seinem Rivalen Laschet? Rechnet er sich wirklich Chancen aus? Hofft er auf einen freiwilligen Verzicht von Merz oder will er sich für den Fall, dass dieser unerwartet als Kandidat ausfallen sollte, rechtzeitig ins Spiel gebracht haben? Oder will Söder eigentlich andere Zugeständnisse von der CDU und sorgt nur dafür, dass der eigene Rückzug als Verhandlungsmasse in der Waagschale besonders schwer wiegt? Fragen über Fragen.

Was bei den Gedankenspielen oft untergeht: Was wäre eigentlich, wenn Söder am Ende tatsächlich Kanzler würde? Könnte er in der neuen Funktion reüssieren? Trotz magerer Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen, ist der 57-Jährige als Ministerpräsident vergleichsweise

erfolgsverwöhnt. Seine Partei folgt ihm geschlossen, der Koalitionspartner ist lästig, aber pflegeleicht. Doch funktioniert das System Söder auch in Berlin?

Das Amt brächte viele Gefahren für den Franken mit sich. So fremdelt Söder stark mit der Bundeshauptstadt, die stets zur

Schau getragene Abneigung gegen Berlin ist echt. Und anders als in Bayern, hat der CSU-Chef in Berlin keinerlei Machtbasis.

Mit der Unionsfraktion hätte er im Bundestag eine wesentlich streitbarere Truppe hinter sich als mit der braven CSU-Fraktion im bayerischen Landtag. Im Kabinett würde Söders eigene Partei wohl nur ein, zwei Minister stellen. Zudem müsste er sich dort mit einem, vielleicht auch zwei Koalitionspartnern herumschlagen, die politisch um einiges weiter von der CSU-Linie entfernt wären als die Freien Wähler. Die Zeit des Durchregierens wäre vorbei, stattdessen bestünde das Tagesgeschäft aus Kompromissuche und energieverzehrenden Koalitionsrunden. Das internationale Parkett wäre ihm ebenfalls fremd – auch wenn Söder seit seiner letzten Wiederwahl immer mal wieder auf Auslandsreise geht.

Auch in München könnte so manche Karte neu gemischt werden. Dass die Nachfolgerin – oder eventuell auch der Nachfolger – in der Staatskanzlei sich

auf eine reine Statthalterfunktion reduzieren ließe, ist nicht gesagt. Gewiss würde Parteichef Söder auch aus Berlin versuchen, die Zügel möglichst straff zu halten. Franz Josef Strauß gelang dies während seiner Bonner Zeit recht gut. Theo Waigel, um das andere Beispiel aus der CSU-Geschichte anzuführen, war nicht ganz so erfolgreich.

Den Beweis, ob in ihm nun mehr Strauß oder mehr Waigel steckt, wird Söder vielleicht nicht antreten dürfen. Selbst in der CSU-Führung glaubt man dem Vernehmen nach bei der K-Frage nicht an eine reelle Chance des eigenen Chefs. Manche in der Partei, wie Martin Neumeier, dürfte das auch freuen. Nach Söders Rede beim Gilla-moos trat der örtliche Landrat kurz ans Rednerpult: „Wir meng di scho in Bayern ham“, sagte er zu Söder. „War scho sche, wennsd dableim dodsd.“ Was übersetzt so viel heißt wie: „Bleib lieber da!“ Söder tat kurz irritiert und fragte dann: „Hast jetzt des mi’m Merz abgsprochen oder was?“

**meinung + diskussion 12**

Anzeige

DER SPIEGEL

## Radikal normal

Lesen Sie diese Woche im SPIEGEL, warum immer mehr junge Menschen auf Extremisten hören und nach rechts außen abdriften.

Mit dem Kauf dieser Ausgabe können Sie sieben Tage lang alle digitalen Inhalte des SPIEGEL gratis nutzen: aktuelle Meldungen, Hintergründe und Analysen, Podcasts und vieles mehr.

In dieser Ausgabe inklusive:

**SPIEGEL** +

7 Tage alle digitalen Inhalte gratis nutzen



LE MONDE *diplomatique*

# Alles digital? *diplomatique!*

4,50  
Euro  
für 3 Monate



Lesen Sie die **digitale Ausgabe** von Le Monde diplomatique in der App, im Browser oder als ePaper. Und hören Sie alle Texte aus der großen Monatszeitung für internationale Politik als MP3.

**MEHR ERFAHREN**



## Bayern fordert ein Ticket für 64 Euro

Neuer Streit über die 49-Euro-Fahrkarte. 30 Prozent teurer? Grüne sind empört

Von Beginn an war schon der Name eine Positionsmarkierung. „49-Euro-Ticket“ sagen die einen und betonen damit den Preis. „Deutschlandticket“, heißt es bei den anderen, die die Priorität auf die Leistung – bundesweit gültige Fahrkarte – legen und die Finanzierung lieber offenhalten wollen. Nun ist eine neue Zahl im Raum: 64 Euro im Monat solle das Ticket, mit dem der öffentliche Nah- und Regionalverkehr in ganz Deutschland genutzt werden kann, künftig kosten, schlägt das CSU-geführte bayerische Verkehrsministerium in einem Papier an den Koordinierungsrat vor, wie *Bild* berichtet. Ein Aufschlag von 30 Prozent. Hintergrund sei eine Finanzierungslücke von „mindestens 750 Millionen Euro“ im kommenden Jahr.

Die Grünen reagierten entsetzt. „Die CSU wollte das Deutschlandticket noch nie. Jetzt kommt sie mit der Forderung nach einer überzogenen Preiserhöhung“, schrieb Verkehrspolitiker Matthias Gastel bei Twitter-X. Bei einem so drastischen Aufschlag gebe es statt Mehreinnahmen Einnahmeausfälle durch den Verlust von Abos und Fahrgästen.

Die Finanzierung der Flatrate-Fahrkarte ist nur bis Ende des Jahres gesichert. Bund und Länder hatten sich ursprünglich verständigt, die Mehrkosten für die Verkehrsbetriebe je zur Hälfte auszugleichen. Dafür erhöhte der Bund die Regionalisierungsmittel. In diesem Herbst soll auf der Verkehrsministerkonferenz mal wieder besprochen werden, wie es weitergeht.

Über einen moderateren Preisaufschlag ab Jahreswechsel wird schon länger diskutiert. Kürzlich war eine Studie öffentlich geworden, die Bund und Länder bei Verkehrsexpert:innen in Auftrag gegeben hatten. Sie hatten untersucht, welche Wirkungen welche Preiserhöhungen hätten. Dazu verglichen sie Marktstudien unter Kund:innen mit 49-Euro-Ticket. Demnach würden bei einem Preis von 69 Euro bis zu 42 Prozent der Befragten das Ticket nicht mehr kaufen. Und auch bei kleineren Preiserhöhungen wollen offenbar zahlreiche der bisherigen Kund:innen abspringen. Bei 5 Euro mehr etwa gingen demzufolge 6,7 bis 7,1 Prozent verloren. 10 Euro mehr würden bedeuten, dass 10,3 bis 21,1 Prozent das Abo kündigen.

Unions-Fraktionsvize Ulrich Lange forderte Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) auf, für Klarheit zu sorgen. „Die Preis-Posse um das 49-Euro-Ticket muss endlich ein Ende haben“, erklärte er. Die Länder, aber auch die Fahrgäste bräuchten „Klarheit und Konstanz bei Kosten und Preis.“ Wenn das Ticket teurer als 49 Euro werden müsse, „dann soll Wissing auch den Mumm haben, das zu sagen. Alles andere ist arglistige Täuschung.“ (*afp, dpa, taz*)

meinung + diskussion 12

## Zahl des Tages

# 88.000

## Waldbrände

Die Situation ist alarmierend: Mehr als 88.000 Waldbrände zählten die Satellitenüberwacher in diesem Jahr bereits im brasilianischen Amazonasgebiet. 53 Prozent der Feuer im August wüteten im Primärwald – Zünder wollen Platz für Plantagen. Die Folgen sind die verheerendsten Waldbrände seit 20 Jahren. Aber eine Zahl ist noch mal krasser: **20 Prozent des ursprünglichsten Regenwalds in dieser Region sind schon vernichtet.** Wissenschaftler:innen warnen, dass bei 25 Prozent der Kippunkt erreicht ist. Ab dann werden Veränderungen unumkehrbar. Und das nicht nur für das Amazonasgebiet, sondern auch für das Weltklima. Globaler Aufschrei? Fehlanzeige.

Die Landesregierung Niedersachsen sieht keine Handhabe, das Atommüllendlager zu stoppen: ehemaliger Förderturm Schacht Konrad  
Foto: Norbert Neetz/imag

## Polizei muss selbst zahlen

Berliner Ordnungshüter verlangen, dass Aktivist\*innen der Letzten Generation ihre Einsätze bezahlen. So einfach geht das nicht, sagen Richter\*innen

Von **Susanne Schwarz**

Wer klebt, der zahlt? Nicht unbedingt: Ein Aktivist der Klimaschutzgruppe Letzte Generation hat dagegen geklagt, dass die Polizei Berlin ihm eine Rechnung stellte, nachdem sie seine festgeklebte Hand bei einer Sitzblockade auf einer Straße ablösen musste. Und er hatte Erfolg.

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gab ihm Recht. Das teilte der Verein Rückendeckung für eine aktive Zivilgesellschaft, der die Letzte Generation rechtlich berät, am Freitag mit. Das Gericht bestätigte die Entscheidung auf Anfrage der taz.

Das Land Berlin muss den Gebührenbescheid über 241 Euro nun zurückziehen. Bei den Mitgliedern der Letzten Generation sorgt das für Jubel und frohe Er-

wartung. Denn: 1.300 solcher Gebührenbescheide gebe es insgesamt, hieß es. Die Aktivist\*innen sehen sich darin bestätigt, dass die Polizei die Versammlungsfreiheit beschränke, wenn sie ihre Einsatzkosten weiterreiche. Sie hoffen, dass es nicht nur bei der einen Rückzahlung bleibt.

„Das Gericht befasste sich mit einem Präzedenzfall, der jedoch auf alle weiteren Straßenblockaden der Letzten Generation in Berlin übertragbar ist“, heißt es in einer Mitteilung von Rückendeckung für eine aktive Zivilgesellschaft. Sie ist mit „Berlin muss 300.000 Euro an Letzte Generation zurückzahlen“ betitelt.

Aber: Tatsächlich sind längst nicht alle Aktivist\*innen formal gegen den Gebührenbescheid vorgegangen. „Die vorangegan-

gene Beschwerde ist jedoch die Voraussetzung dafür, nun das Geld rückerstattet zu bekommen“, räumt der Verein ein.

Beim Gericht heißt es sogar, die Entscheidung gelte nur für den Einzelfall. „Andere Bescheide können ja auf einer ganz anderen Rechtsgrundlage aufbauen“, sagte eine Sprecherin zur taz. Dass wirklich 300.000 Euro an die Letzte Generation oder ihre Mitglieder zurückfließen, ist demnach unwahrscheinlich.

Der Streit vor Gericht zieht sich schon über mehr als ein Jahr hin. Schon im vergangenen September entschied das Verwaltungsgericht Berlin, dass die Polizei die Gebühren zu Unrecht erhoben habe. Die legte dagegen Beschwerde ein, aber kassierte nun die finale Absage vom Oberverwaltungsgericht.



## Endlager bleibt genehmigt

Ist schwach- und mittelradioaktiver Abfall in Schacht Konrad für immer gut aufgehoben? Ein Antrag auf Baustopp scheitert

Von **Reimar Paul**

Im Widerstand gegen das geplante Atommüllendlager Schacht Konrad in Salzgitter müssen Umweltverbände einen Rückschlag hinnehmen. Das niedersächsische Umweltministerium lehnte am Freitag einen Antrag des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und des Naturschutzbundes (Nabu) ab. Diese hatten erwirken wollen, dass das Ministerium den Planfeststellungsbeschluss für den Bau des Depots für schwach- und mittelradioaktive Abfälle zurücknimmt. Die Entscheidung sei „nach intensiver juristischer und inhaltlicher Prüfung“ gefallen, hieß es jetzt jedoch. Schacht Konrad kann damit zunächst weitergebaut werden.

Schacht Konrad ist ein ehemaliges Eisenbergwerk bei Salzgitter. Es war nur 12 Jahre in Betrieb und wurde 1976 geschlossen, der Erzabbau lohnte nicht mehr. Danach ließ die Bundesregierung untersuchen, ob sich die Schachtanlage als Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle eignet.

Schwach- und mittelradioaktiver Abfälle machen den aller-

größten Anteil – rund 95 Prozent – am Gesamtvolumen des Atommülls in Deutschland aus. Aktuell befinden sich rund 120.000 Kubikmeter solcher Abfälle in hiesigen Zwischenlagern. Sie stammen aus der Medizin, der Forschung, der Industrie, aber auch aus dem Betrieb und der Stilllegung von Atomkraftwerken – dazu gehören kontaminierte Anlagenteile, Schutzkleidung oder Geräte. Die abgebrannten Brennelemente aus den AKWs sind dagegen hochradioaktiv und werden getrennt gelagert. Die Suche nach einem geeigneten Endlager für diese besonders stark strahlenden Abfälle dürfte nach Informationen des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung noch 50 Jahre dauern.

Für Schacht Konrad startete das Genehmigungsverfahren als Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Müll 1982. Mehr als 70 Behörden und Naturschutzverbände wurden um Stellungnahmen gebeten, rund 290.000 Bürger erhoben Einwendungen. Im Mai 2002 erteilte das Land Niedersachsen die Baugenehmigung, Klagen von Kommunen, Kirchen und Privatpersonen scheiter-

ten. Im Mai 2021 beantragten BUND und Nabu, unterstützt von einem Protestbündnis, beim Land Niedersachsen, erneut, den Planfeststellungsbeschluss – also die Bau- und Betriebserlaubnis – zurückzunehmen beziehungsweise zu widerrufen und den Bau zu stoppen. Sie verwiesen darauf, dass Schacht Konrad auf veralteten Planungen beruhe, die nicht mehr dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen. In einem vorläufigen Bescheid lehnte Landesumweltmi-

„Unverantwortlich gegenüber künftigen Generationen“

Tonja Mannstedt, BUND

nister Christian Meyer (Grüne) die Anträge im Dezember 2023 ab. Gegen diesen Bescheid gingen die Umweltverbände mit einer neuerlichen ausführlichen Stellungnahme vor.

An seiner kritischen Haltung und derjenigen der rot-grünen Landesregierung, sich ohne einen bundesweiten Standortver-

gleich auf ein Endlager Schacht Konrad festzulegen, änderte seine Entscheidung nichts, betonte Meyer am Freitag. Der Antrag der Umweltverbände sei aber nicht politisch, sondern rechtlich zu prüfen gewesen. Es habe beurteilt werden müssen, „ob es 22 Jahre später ausreichende Gründe gibt, die damalige Genehmigung zu widerrufen oder zurückzunehmen“.

Die von den Verbänden vorgebrachten Punkte hätten aber zu keinem anderen Ergebnis geführt als im vergangenen Dezember, sagte Meyer. Die Anträge würden als unzulässig beziehungsweise unbegründet bewertet. Gegen den Bescheid können die Umweltverbände nun aber erneut Rechtsmittel einlegen.

Ob sie dies tun werden, sei noch offen, sagte BUND-Landesgeschäftsführerin Tonja Mannstedt auf Anfrage. Aus ihrer Sicht seien die rechtlichen Voraussetzungen sehr wohl gegeben, den Planfeststellungsbeschluss widerrufen zu können. Schacht Konrad sei als Lager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll ungeeignet, eine Langzeitsicherheit nicht gegeben. „Radioaktive Abfälle in eine alte Eisenerzgrube zu bringen, ohne Rückholbarkeit oder Reversibilität zu gewährleisten und ohne genaue Kenntnis der geologischen Verhältnisse, ist unverantwortlich gegenüber künftigen Generationen“, betonte Mannstedt. Die Entscheidung des Ministeriums sei daher nicht nachzuvollziehen.

Das Endlager Schacht Konrad soll bis zu 303.000 Kubikmeter Atommüll aufnehmen. Das ist allerdings zu wenig. Für die Abfälle aus dem havarierten Atommülllager Asse und die Rückstände aus der Urananreicherung wäre in der Grube kein Platz.

Kürzlich war zudem bekannt geworden, dass das Endlager noch einmal teurer und später fertig wird als geplant. Statt wie zuletzt mit rund 4,4 Milliarden rechnet die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) als Bauherr und künftiger Betreiber jetzt mit Kosten in Höhe von 5,47 Milliarden Euro. Im vergangenen Jahr hatte die BGE auch weitere Verzögerungen beim Bau eingeräumt. Nicht 2027, sondern wohl frühestens 2029 kann das Endlager demnach fertiggestellt sein. Seit Jahrzehnten wehrt sich eine breite Allianz gegen das Endlager, die von Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel (CDU) über das Landvolk bis zur IG Metall reicht.

taz panterstiftung

„2017 schrieb ich den ersten Text über die nach Paragraf 219a angeklagte Ärztin Kristina Hänel – als Volontärin. Dass der Paragraf nun Geschichte ist, daran hat auch die taz Panter Stiftung ihren Anteil.“

Dinah Riese, ehemalige Pantervolontärin, leitet heute das Inlands-Ressort der taz



Zwei taz Panter Volos ab November gesucht. Ausschreibung ab September auf [taz.de/stiftung](https://taz.de/stiftung)

Ihre Spende unterstützt das Projekt: [taz.de/spenden](https://taz.de/spenden)





**Auf dieser Seite  
finden Sie jeden Montag  
Geschichten rund  
um die Klimakrise**

Neben  
Gallionsfigur  
Luisa Neubauer  
klagen über  
50.000  
Bürger:innen  
Foto: Kay  
Nietfeld/dpa



Ingwar Perowanowitsch  
Radsam zur COP

*Mit Kissen – aber  
ohne Kocher*

Ohne Fliegen geht es nicht? Der Autor Ingwar Perowanowitsch will im November an der COP29 teilnehmen, der diesjährigen Weltklimakonferenz in der aserbajdschianischen Hauptstadt Baku. Die rund 5.000 Kilometer fährt er klimafreundlich mit dem Rad. In seiner Kolumne „Radsam zur COP“ nimmt er die taz auf die Reise mit.

Schmühe mich durch die Ebenen Bulgariens. Auf der Karte ist Istanbul nah, doch nach Sofia, der Hauptstadt, sind es immer noch über 600 Kilometer. Das ärmste Land der EU ist groß und dünn besiedelt. Zwei Tage radel ich durch trockenes Busch- und Ödland auf schnurgeraden, ereignislosen Straßen. Ein guter Zeitpunkt also, um sich in dieser Kolumne den drei Fragen zu widmen, die ich während der Reise am häufigsten höre. Fragen zum Thema Ausrüstung, Navigation und alles rund um Visa. Ich vertraue auf meine altbewährte Camping-Ausrüstung. Ein 2-Personen Tunnelzelt (2,3 kg), ein Schlafsack aus Kunstdaunen (1,2 kg) und eine selbst aufblasbare Isomatte (640 g). Dieses Trio ist für mich unverzichtbar. Zwar wäre es möglich, jede Nacht in Hotels oder Hostels zu schlafen, doch dabei gehen Flexibilität, Unabhängigkeit und vor allem unvergessliche Erlebnisse verloren.

Sich abends, wenn die Sonne untergeht, auf die Suche nach einem schönen Zeltplatz zu machen, gehört zu den besonderen Momenten dieser Tour, genauso wie im Dunkeln vor dem Zelt zu sitzen und in den Himmel zu schauen und später in den Schlafsack zu kriechen – all das können Hotels einfach nicht bieten, ganz egal wie verlockend eine tägliche Dusche und ein Bett auch sein mögen. Freiheit schlägt Komfort, auch wenn ich neuerdings auf einen Luxus nicht mehr verzichten möchte: ein kleines Kopfkissen, eine Investition, die sich auf dieser Reise besonders ausgezahlt hat.

Nur ein Kocher hat es aus Platzgründen nicht mehr ins Reisegepäck geschafft. Essen gehen ist im Balkan und in der Türkei preiswert und gut, und Brot, Aufstrich, Obst und Gemüse lassen sich auch gut kalt verzehren.

Beim Navigieren setzte ich auf eine Mischung aus Google Maps, der App Komoot und physischen Landkarten des Reise-Know-How-Verlags. Zusammen sind sie ein gutes Team um verkehrsarme, zielführende und möglichst asphaltierte Straßen zu finden. Doch jedes Medium hat seine Stärken und Schwächen, und unter Radreisenden herrscht der Konsens: Die perfekte Reiseapp für Radfahrer muss noch erfunden werden.

Bezüglich Visa muss ich mir auf dieser Reise zum Glück kaum Gedanken machen. Der deutsche Pass gehört zu den stärksten der Welt und so ist die Einreise in alle Länder entlang des Weges visafrei möglich.

Was Aserbaidschan betrifft, hat sich ein Problem vor Kurzem auf wundersame Weise gelöst. Offiziell hat Aserbaidschan aus „Coronagründen“ seine Landesgrenzen weiterhin für den Personenverkehr gesperrt. Die Einreise ist nur auf dem Luftweg möglich. Doch einen Tag nachdem mein erster Beitrag dieser Reisekolumne veröffentlicht wurde, bekam ich eine Mail vom Auslandsbüro des Landes mit dem Angebot, mir eine Ausnahmegenehmigung zu erteilen, um mir eine flugzeugfreie Reise zur Weltklimakonferenz zu ermöglichen. Das war eine große Freude, denn so kurz vor dem Ziel doch ins Flugzeug steigen zu müssen, hätte dieser Reise nicht gut gestanden.

Die Reise steht bislang also unter einem guten Stern. Vor wenigen Tagen habe ich es in die Türkei geschafft und die ersten Kilometer zeigen mir schnell: Dieses Land ist anders. Im negativen Sinne, weil ich postwendend von einem Militärkonvoi mit angelegten Maschinengewehren angehalten und kontrolliert werde, aber vor allem im positiven Sinne, weil die Menschen mir hier mit einer unglaublichen Offenheit und Herzlichkeit begegnen. Die Ankunft in Baku würde sich signifikant verspäten, würde ich all die Einladungen zum türkischen Çay und Kaffee annehmen.

Mittlerweile habe ich endlich Istanbul erreicht. Hier feiere ich die nächsten Tage Halbzeit und organisiere den zweiten Teil dieser bislang so schönen Reise.

# Klimaklagen-Trio will Handeln erzwingen

Gemeinsam mit rund 50.000 Bürger:innen reicht nun auch Greenpeace eine Klimaklage beim Bundesverfassungsgericht ein. Nun warten alle gespannt auf Karlsruhe

Von Christian Rath

An diesem Montag wird auch Greenpeace eine Verfassungsbeschwerde gegen die Klimapolitik der Ampel-Regierung einlegen. Nach der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und dem BUND ist Greenpeace der dritte Verband, der zu diesem Mittel greift. Gemeinsam hatten die drei Organisationen bereits 2021 beim Bundesverfassungsgericht Erfolg.

Anlass der neuen Klimaklagen ist die Verwässerung des Klimaschutzgesetzes (KSG), die der Bundestag im April 2024 beschloss. Bisher musste die Bundesregierung sofort Gegenmaßnahmen einleiten, wenn die Klimaziele in einzelnen Sektoren, zum Beispiel im Verkehr, verfehlt wurden. Künftig ist das erst erforderlich, wenn die CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele in der Summe aller Sektoren gerissen werden – und zwar zwei Jahre hintereinander.

Bereits Ende Juni kündigten DUH, BUND und Greenpeace gemeinsam den Gang nach Karlsruhe an. Damals prüfte allerdings noch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, ob er die Novelle des Klimaschutzgesetzes überhaupt unterschreibt. Erst Mitte Juli fertigte er das Gesetz dann aus.

Die Deutsche Umwelthilfe mit ihrem Anwalt Remo Klingner hatte ihre Verfassungsbeschwerde als erster Verband fertig und klagte bereits wenige Tage nach Steinmeiers Unterschrift. Vergangene Woche folgte der BUND. Er wird von dem Leipziger Dozenten Felix Ekardt und der Würzburger Anwältin Franziska Heß vertreten. Nun ist auch Greenpeace gemeinsam mit Germanwatch bereit. Ihre Anwältin ist Roda Verheyen.

Greenpeace hat aus dem Gang nach Karlsruhe ein kleines Happening gemacht. Statt von einer Verfassungsbeschwerde spricht Greenpeace von einer „Zukunftsklage“.

Neben Gallionsfigur Luisa Neubauer klagen über 50.000 Bürger:innen. Juristisch ist die Zahl der Mitunterzeichner:innen irrelevant, sie soll

eher die gesellschaftliche Relevanz unterstreichen. Allerdings sind 50.000 Menschen für eine Massenklage zum Megathema Klimaschutz auch nicht besonders beeindruckend. Die bisher größte Verfassungsbeschwerde mit rund 125.000 Unterstützer:innen richtete sich 2016 gegen das EU-Handelsabkommen Ceta mit Kanada.

Die Zukunftsklage von Greenpeace beanstandet vor allem die Novelle des Klimaschutzgesetzes. Die Abschaffung der verbindlichen Sektorziele beseitigt den Transformationsdruck in den Problembereichen Verkehr und Gebäude. Dass deren Defizite künftig mit Sektoren verrechnet werden können, die

## Greenpeace sieht einen verfassungswidrigen „ökologischen Rückschritt“

ihre Ziele übererfüllen, wie das etwa im Energiebereich der Fall ist, ermögliche ein klimaschädliges „Weiter so“, obwohl doch entschlossenes Handeln erforderlich wäre. Greenpeace sieht in der Novelle einen nicht zu rechtfertigenden und damit verfassungswidrigen „ökologischen Rückschritt“.

Außerdem nutzt die Zukunftsklage die KSG-Novelle, um die deutschen Klimaziele generell als nicht mehr ambitioniert genug anzugreifen. Durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse über den Fortgang des Klimawandels seien die Klimaziele inzwischen verfassungswidrig geworden, argumentiert Anwältin Verheyen. Das sei spätestens seit einem Bericht des Sachverständigenrats für Umweltfragen aus dem März 2024 evident.

Parallel zu dieser Zukunftsklage will Greenpeace noch eine zweite Verfassungsbeschwerde einreichen, die sich auf den Verkehrssektor konzentriert. Dass die Bundesregierung und insbesondere Verkehrsminister

Volker Wissing (FDP) hier nicht entschlossen genug umsteuern, habe auch eine soziale Dimension, so Greenpeace. Denn künftige Beschränkungen für Verbrennerautos und Erhöhungen des Benzinpreises müssten wegen der heutigen Untätigkeit umso radikaler ausfallen. Wer sich kein teureres Elektroauto leisten kann und mit dem öffentlichen Nahverkehr nicht zur Arbeit kommt, dem drohe „Mobilitätsarmut“. Bei dieser zweiten Greenpeace-Beschwerde klagen fünf Menschen mit geringem Einkommen, die auf ihr Auto angewiesen sind; vier wohnen auf dem Land, die fünfte Klägerin ist körperbehindert.

Wann und wie das Bundesverfassungsgericht entscheidet, wird bei den Verbänden mit Spannung erwartet. Sie hatten ja auch schon 2021 mit jeweils eigenen Klagen den spektakulären Karlsruher Klima-Beschluss erwirkt. Anders als vielfach wahrgenommen, hatte Karlsruhe damals aber noch keine radikalen Vorgaben gemacht, sondern nur eine Fortschreibung der CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele über das Jahr 2030 hinaus verlangt – was der Bundestag schon nach wenigen Wochen erledigt hatte.

Damals, 2021, hatte sich Karlsruhe vor allem für künftige Auseinandersetzungen in Stellung gebracht. Das Bundesverfassungsgericht hatte zum einen Klimaklagen ohne Nachweis einer gegenwärtigen Belastung ermöglichen; Kläger:innen können auf künftige Freiheitsverluste durch verspätete Klimaschutzmaßnahmen abstellen. Außer-

dem hat Karlsruhe 2021 den Klimaschutz zum Staatsziel erklärt und das von der Wissenschaft berechnete nationale CO<sub>2</sub>-Budget zum verfassungsrechtlichen Maßstab gemacht.

Dann aber nahmen sich die Richter:innen erstmal zurück, um die Politik in Ruhe arbeiten zu lassen. Eine Klimaklage gegen die Bundesländer wurde als unzulässig abgelehnt, ebenso eine Klage auf Verschärfung der Klimaziele. Auch betonten die Richter:innen den Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers und lehnten eine Klage auf sofortige Einführung eines Tempolimits ab.

Doch nun ist es wohl mit der Zurückhaltung vorbei. Das signalisierte das Gericht, indem es Anfang des Jahres eine DUH-Klage gegen das vermeintlich unzureichende Klimaschutzprogramm der Bundesregierung auf die Jahresvorschau für 2024 setzte. Das sollte aber nur ein Platzhalter sein für die erwarteten Klagen gegen die KSG-Novelle, wie in Karlsruhe zu hören war. Über diese Klagen, die erst jetzt alle vorliegen, wird sicher nicht mehr in diesem Jahr entschieden, aber vielleicht schon 2025.

Dann dürfte es wohl eine mündliche Verhandlung geben, obwohl das bei Verfassungsbeschwerden nicht obligatorisch ist. Das wäre auch ein nachträglicher Ausgleich dafür, dass der Klima-Beschluss von 2021 wegen der Corona-Pandemie ohne öffentliche Verhandlung erging – und daher umso überraschender wirkte.

### Klimaklage gewonnen

**Maßnahmen sofort:** Ein Umweltverband hat die gerichtliche Verurteilung der Bundesregierung zu sofortigen Klimaschutzmaßnahmen erreicht. Ein Urteil des OVG Berlin-Brandenburg von Mai sei nun rechtskräftig, teilte die Deutsche Umwelthilfe mit. Die Regierung müsse nun umfassende Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion im Landnutzungssektor ergreifen. Der Verband fordert etwa die Wiedervernässung von mindestens 50.000 Hektar Moor pro Jahr und das Ende der Holzverbrennung in Kraftwerken.

**Keine Revision:** Das Urteil ist rechtskräftig, weil das Bundesumweltministerium unter Steffi Lemke (Grüne) keine Revision eingelegt hat. Das Ministerium erklärte, es habe „die Begründung des Urteils sorgfältig geprüft und keine Ansatzpunkte für eine Revision“ gefunden. Was Maßnahmen angeht, verweist es auf das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz, das 69 Vorhaben etwa bei Mooren und Küsten vorsieht. (taz)

## Russland priorisiert Grenzschrützer

Gleich zweimal fand ein Austausch von Kriegsgefangenen zwischen der Ukraine und Russland statt

Von **Bernhard Clasen**

Bereits zum zweiten Mal in nur zwei Tagen haben Russland und die Ukraine Gefangene ausgetauscht. Am Samstag wurden 103 ukrainische Kriegsgefangene gegen 103 russische Kriegsgefangene ausgetauscht. Weitere 103 Soldaten sind aus russischer Gefangenschaft in die Ukraine zurückgekehrt. 82 Gefreite und Unteroffiziere, 21 Offiziere.

Die Verteidiger der Regionen Kyjiw, Donezk, Mariupol und Asowstal, Luhansk, Saporischja und Charkiw. Soldaten der Streitkräfte der Ukraine, der ukrainischen Nationalgarde, des Grenzschrützes und der Polizei. „Ich bin unserem Team, das für den Austausch verantwortlich ist, dankbar für diese guten Nachrichten für die Ukraine“, gab Präsident Wolodymyr Selenskyj auf seiner Facebook-Seite bekannt. „Heute sind 103 unserer Jungs nach einem Austausch in ihr Heimatland zurückgekehrt“, schreibt gleichzeitig die russische Menschenrechtsbeauftragte Tatjana Moskalkowa auf Telegram. Gleichzeitig gratulierte sie den Angehörigen der Freigelassenen „zu diesem wichtigen freudigen Ereignis“.

Am Freitag hatten Russland und die Ukraine Gefangene ausgetauscht. 49 ukrainische Frauen und Männer konnten ukrainischen Boden betreten. Im Gegenzug waren 44 Russen freigelassen worden. Unter den 23 Frauen, die in die Ukraine zurückkehren konnten, befand sich auch die auf der Krim geborene Lenia Umerova, die 2022 verhaftet wurde, als sie von Georgien aus nach Russland einreisen wollte, um ihren kranken Vater zu besuchen.

## Mehr als 3.600 Menschen konnten seit Kriegsbeginn zurückgeholt werden

Die russischen Behörden beschuldigten die damals 25-jährige der Spionage. Bei einer Verurteilung hätte ihr eine Haftstrafe von bis zu 20 Jahren gedroht. Seit Mai 2023 saß Umerova im berühmten Lefortowo-Gefängnis in Moskau. Insgesamt – so der ukrainische Menschenrechtsbeauftragte Dmitry Lubinets – konnten seit Beginn der russischen Invasion über 3.600 Menschen zurückgeholt werden. Zuletzt hatten jeweils 115 Russen und Ukrainer im Rahmen eines Austausches in ihre Heimat zurückkehren können. Beide Austauschaktionen waren von den Vereinigten Arabischen Emiraten eingefädelt worden. Innerhalb von zwei Tagen wurde ein Video über den Gefangenen-austausch auf Youtube über 250.000-mal aufgerufen.

Das Video zeigt die russischen Männer, die am Freitag in einem Bus Richtung Grenze fahren und die ukrainischen Frauen und Männer, die die Grenze überschreiten und dann in einem Bus weiterfahren. Die am Freitag und Samstag freigelassenen russischen Männer sind in der Mehrzahl Grenzschrützer aus dem Gebiet Kursk, die bei der ukrainischen Besetzung dieses Gebietes in Gefangenschaft geraten waren. Demgegenüber sind die meisten der am Freitag und Samstag freigelassenen Ukrainer seit Kriegsbeginn in Gefangenschaft, zitiert das Portal *Kyiv24.news* den ukrainischen Menschenrechtsbeauftragten Dmitro Ljubinets. Drei Tage sei sie in einem Bus unterwegs gewesen, berichtet eine ukrainische Ex-Gefangene in dem Video, ohne zu wissen, wohin die Reise gehen werde. Und die Frage, ob sie auch Besuch vom Roten Kreuz erhalten hätten, beantworteten sie und ihre Nachbarin mit einem Nein.

Alle Ex-Gefangenen erhielten beim Aussteigen aus dem Bus von einem Soldaten eine ukrainische Fahne, die sie sich über die Schultern legten. Anschließend stellten sie sich auf, sangen gemeinsam die ukrainische Nationalhymne. Auf dem X-Account der Organisation „Ich will leben“, die ebenfalls an dem Gefangenen-austausch mitgewirkt hatte, fragt man sich, warum auf russischer Seite nur Grenzschrützer und Soldaten freigelassen worden seien, die erst kürzlich in Gefangenschaft geraten seien. In der Ukraine seien Russen seit über zwei Jahren in Kriegsgefangenschaft. Aber offensichtlich seien dem Kreml die in der Ukraine in Kriegsgefangenschaft geratenen Menschen weniger wichtig.

Doch auch bei diesen beiden Gefangenen-austauschaktionen fehlte der Journalist und Menschenrechtler Maxim Butkewitsch.

# Wegen Anlegeverbot: Salvini soll in den Knast

Wochenlang blockierte der Ex-Innenminister Rettungsschiffe von Hilfsorganisationen. Die Staatsanwaltschaft Palermo fordert sechs Jahre Haft für Salvinis Vorgehen

Von **Michael Braun**

Sechs Jahre Haft für dutzende-fache Freiheitsberaubung. Dies ist die Strafe, die die Staatsanwaltschaft Palermo am Samstag im Prozess gegen Matteo Salvini, den Chef der rechtspopulistisch-fremdenfeindlichen Lega und früheren Innenminister Italiens, forderte. Salvini ist angeklagt, weil er im August 2019 als Chef des Innenressorts dem Schiff der Nichtregierungsorganisation Open Arms, auf dem sich 147 Geflüchtete befanden, die Einfahrt in den Hafen von Lampedusa verweigerte und sie so zu tagelangem Ausharren an Bord zwang. Für den Lega-Chef war dieser Akt pure Routine. Seine Partei hatte im Juni 2018 mit der Fünf-Sterne-Bewegung eine Regierung unter Ministerpräsident Giuseppe Conte gebildet, nachdem die Fünf Sterne

mit knapp 33 Prozent und die Lega mit 17 Prozent die vorherigen Parlamentswahlen gewonnen hatten.

Salvini wiederum hatte sich dort das Innenressort gesichert, das er als ideale Position sah, um seine rabiante Abweisungspolitik gegen Migrant\*innen vor-

## Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni stellt sich schützend vor Matteo Salvini

ranzutreiben. Vom ersten Tag an setzte er seinen schon im Wahlkampf verkündeten Kurs der „geschlossenen Häfen“ in die Tat um, verweigerte immer wieder Schiffen mit Hunderten Geflüchteten an Bord sogar wo-

chenlang die Einfahrt in italienische Häfen.

Für den Innenminister zahlte sich die als „Verteidigung der Sicherheit Italiens“ verkaufte Politik aus. Bei den Europawahlen im Mai 2019 schnellte die Lega auf 34 Prozent hoch, während ihr Koalitionspartner, die Fünf-Sterne-Bewegung, auf 17 Prozent abrutschte. Aus dieser Umkehrung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Regierungsparteien zog Salvini den Schluss, er müsse das Bündnis platzen lassen, um dann nach von ihm erhofften zügigen Neuwahlen zum starken Mann Italiens aufzusteigen und – so seine eigenen Worte – mit „pieni poteri“, mit der „vollen Macht“, durchregieren zu können.

Schon im August 2019 schritt er zur Tat und ließ die Regierung platzen, doch bis zuletzt machte er weiter mit den „geschlosse-

nen Häfen“. Deshalb traf es am 14. August die „Open Arms“, auch wenn Italien nach internationalem Recht verpflichtet gewesen wäre, dem Schiff einen sicheren Hafen zuzuweisen. Doch daran dachte Salvini gar nicht. Erst die italienische Justiz erzwang mit einer Entscheidung vom 20. August 2019 das Einlaufen der „Open Arms“ in den Hafen von Lampedusa. Völlig rechtswidrig sei sein Vorgehen gewesen, musste sich der Lega-Chef am Samstag im Plädoyer der Ankläger vorrechnen lassen. Es stehe gar nicht zur Diskussion, führte einer der Staatsanwälte aus, dass „zwischen den Menschenrechten und dem Schutz der staatlichen Souveränität die Menschenrechte in unserer Gott sei dank demokratischen Rechtsordnung den Vorrang haben müssen“. Ja mehr noch, auf hoher See gebe es ein generelles Rettungsgebot, das sogar für Schleuser oder Terroristen in Seenot gelte. Salvini habe schlicht „Politik auf dem Rücken leidender Menschen“ gemacht.

Ganz anders sieht das der Angeklagte selbst, aber auch Ministerpräsidentin Giorgia Meloni. Sie findet es „unglaublich“, dass „ein Minister sechs Jahre Haft riskiert, weil er mit der Verteidigung der Grenzen der Nation seine Arbeit getan hat“, schrieb sie auf X. Diese Sicht dürfte am 18. Oktober auch Salvinis Verteidigerin ausbreiten, wenn sie ihr Plädoyer hält. Wenige Wochen später soll das Urteil fallen. Doch einen Strafantritt muss der Lega-Chef nicht befürchten. Bei einer Verurteilung wird er in Berufung gehen und dann in dritter Instanz vor das Kassationsgericht ziehen. Wie in Italien üblich ist mit einem definitiven Urteil erst in Jahren zu rechnen. Bis dahin wird Salvini sich als Märtyrer der „politisierten Justiz“ in Szene setzen.

Rettungsschiff „Open Arms“ im August 2019: Geflüchtete warten darauf, dass sie auf das italienische Festland können  
Foto: Francisco gencico/ap/dpa/picture alliance



## Tempo bei „strengster Asylpolitik“

Das Programm der neuen Regierung der Niederlande setzt auf scharfe Zuwanderungsbeschränkung. Mit Notstandsmaßnahmen verspricht man einen schnellen Effekt – am Parlament vorbei

Von **Tobias Müller**

Die im Juli vereidigte Rechtskoalition der Niederlande hat am Freitag ihr Regierungsprogramm vorgestellt. Kurz vor der Eröffnung des parlamentarischen Jahres präsentierten die rechtspopulistische Partij voor de Vrijheid (PVV), die liberal-rechte Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD), der konservative Nieuw Sociaal Contract (NSC) sowie die agrar-orientierte BoerBurgerBeweging (BBB) das mit Spannung erwartete Dokument.

Der parteilose Premierminister Dick Schoof will damit „Vertrauen zurückgewinnen“. Auf X kommentierte er am Nachmittag, man werde „dafür sorgen, dass die Menschen sich gehört fühlen und ihre Probleme tatkräftig angegangen werden“. Seit den monatelangen Koalitionsgesprächen ist unbestritten, dass die Themen Zuwanderung und Asyl im Mittelpunkt der Regierungsagenda stehen, die stark vom Programm der PVV und ihrem Parteichef Geert Wilders geprägt ist. Sie waren zu-

dem der Hauptgrund für den unerwartet deutlichen Wahlsieg der Rechtspopulist\*innen im November 2023. Im Mai kündigte man die „strengste Asylpolitik Europas“ an. Ihr Kern ist die Ausrufung einer „Asylkrise“, um die Zahl eingereicherter Asylanträge stark zu senken.

In den nun präsentierten Plänen ist die starke Beschränkung des Familiennachzugs zentral. Anspruch darauf hat nur noch eine möglichst eng definierte „Kernfamilie“, zu der etwa volljährige Kinder nicht mehr gehören. Zudem ist ein Nachzug an die Kriterien einer festen Wohnung, ausreichenden Einkommens und einer seit mindestens zwei Jahren geltenden Aufenthaltsgenehmigung gekoppelt. Letztere soll künftig nach fünf Jahren nicht länger in ein permanentes Bleiberecht übergehen. Der Fokus liegt damit auf einer Rückkehr ins Herkunftsland, sobald dieses als sicher erachtet wird.

Die Maßnahme schließt sich an die bereits Anfang September angekündigte Streichung von Minimumleistungen für

abgelehnte Asylbewerber\*innen an. Marjolein Faber, die PVV-Ministerin für Asyl und Migration, sorgte international für Schlagzeilen. Im aufgebrauchten Post-Solingen-Diskurs Deutschlands stieß sie auf wohlwollendes Interesse. Das kommt der Ministerin auch für ein anderes Vorhaben entgegen: Sie will sich in Europa mit anderen Regierungen zusammentun, um auch in Brüssel für eine weitere Verschärfung der Migrationspolitik einzutreten. Druck auf die EU will die niederländische Regierung von zwei Seiten ausüben. Faber wird schnellstmöglich bei der EU-Kommission eine „opt-

out“ genannte Ausnahmeregelung beantragen, um aus der gemeinsamen Asylpolitik auszuscheren. Das ist keinesfalls so leicht zu bewerkstelligen, wie es die PVV ihren Wähler\*innen in Aussicht stellt. Im aktuellen Diskurs zahlreicher Mitgliedsstaaten kann es freilich eine Dynamik in Richtung weiterer Verschärfung in Gang setzen.

Ministerin Faber kommentierte die Pläne so: „Die Wähler\*innen haben einen deutlichen Auftrag erteilt. Das Ruder muss umgelegt werden und der Zustrom direkt gesenkt. Wir ergreifen Maßnahmen, um die Niederlande für Asylbewerber\*innen so unattraktiv zu machen wie möglich.“ Vorläufig findet dieser Prozess ohne die Abgeordneten von Parlament und Senat statt: Indem die Regierung die „Asylkrise“ ausruft, will sie einen Teil des bisherigen Ausländer\*innengesetz außer Kraft setzen. Die Maßnahmen brauchen dann keine Zustimmung der Volksvertreter\*innen. Aus dem Parlament gab es zuletzt starke Kritik an diesem Vorhaben.

### taz blogs

Wie tickt die taz? Das Blog aus und über die taz mit Innensichten, Kontroversen und aktuellen Entwicklungen. Die taz ist kein abgeriegeltes Komplex – die taz gehört ihren Leserinnen und Lesern, sie versteht sich als Zeitung, die Debatten führt und auch den eigenen Standpunkt reflektiert. [taz.de/blogs/hausblog](https://taz.de/blogs/hausblog)

Von **Dominic Johnson**

37 Todesurteile unter anderem wegen „Putschversuch“, „Terrorismus“ und „krimineller Verschwörung“ – das ist das Ergebnis eines der spektakulärsten Gerichtsprozesse der Demokratischen Republik Kongo, der am Freitagabend zu Ende ging. Mehr als die Hälfte der 51 Angeklagten wurden somit zur Höchststrafe verurteilt. Sechs von ihnen sind Ausländer – drei US-Amerikaner sind darunter, einer davon kongolesischstämmig, und auch ein Belgier, ein Brite und ein Kanadier, sämtlich eingebürgerte Kongolesen.

Beim Prozess vor einem Militärgericht in Kongos Hauptstadt Kinshasa ging es um einen mysteriösen Umsturzversuch in der Nacht zum Pfingstsonntag, dem 19. Mai. Bewaffnete hatten damals zunächst die Residenz des späteren Parlamentspräsidenten Vital Kamerhe angegriffen und sich Feuergefechte mit dem Wachpersonal geliefert. Ebenso attackierten sie die Villen der gerade neu ernannten Premierministerin Judith Suminwa und des scheidenden Verteidigungsministers Jean-Pierre Bemba. Dann besetzten sie den Palast der Nation, das Amtsgelände von Präsident Félix Tshisekedi, und filmten sich dabei, wie sie mit Sturmgewehren in der Eingangshalle posierten.

Die uniformierten Angreifer riefen die Wiedergründung von „Zaire“ aus, wie sich die Demokratische Republik Kongo bis zum Sturz der Mobutu-Diktatur 1997 nannte. Nach wenigen Stunden war der Spuk aber schon wieder vorbei. Putschistenführer Christian Malanga, ein im US-Exil lebender Kongoleser, wurde erschossen, ebenso einige Mitstreiter. Andere wurden beim Fluchtversuch am Ufer des Kongo-Flusses verhaftet, darunter mehrere Weiße.

Vor Gericht kam nun Malangas Sohn Marcel Malanga, ein US-Staatsbürger, zusammen mit mehreren seiner Freunde. Dazu zahlreiche kongolesische Mittäter und mutmaßliche Mitverschwörer, bis hin zum bekannten kongolesischen Exilanten Jean-Jacques Wondo, der in Belgien lebt, die belgische Staatsbürgerschaft besitzt und als Militärexperte mit einer respektierten Webseite zu Kongos Sicherheitsapparat international gefragt ist.

Wondo befindet sich nun unter den von dem Militärgericht unter Leitung von Major Freddy Ehume zum Tode Verurteilten, wie auch die anderen fünf Angeklagten mit ausländischer Staatsbürgerschaft. 13 Angeklagte wurden freigesprochen



Kurz vor Verkündung der Urteile: Marcel Malanga und andere der Angeklagten im Putschprozess in Kinshasa  
Foto: Chris Milosiepa

## 37 Todesurteile unter fragwürdigen Umständen

Im Prozess um einen Putschversuch verurteilt ein Militärgericht in der Demokratischen Republik Kongo 37 der 51 Angeklagten zum Tode. Viele Fragen bleiben aber offen

– Besitzer und Personal des Hotels Chez Momo, wo die Angreifer vor ihrer Aktion gewohnt hatten, und die Fahrer der Putschisten. Gegen einen hatte die Staatsanwaltschaft schon zuvor auf Freispruch wegen geistiger Unzulänglichkeit plädiert, ansonsten aber 50 Todesurteile verlangt.

Die Militärrichter blieben also hinter dem Plädoyer des Militärstaatsanwalts zurück; dennoch ist dies das härteste Urteil in einem kongolesischen Gerichtsverfahren seit vielen Jahren. Zuletzt hatte am 8. August ein Militärtribunal in Kinshasa die Anführer der im Os-

**Die Todesstrafe wurde in der DR Kongo seit Jahrzehnten nicht mehr vollstreckt**

ten der DR Kongo kämpfenden Rebellenbewegung M23 (Bewegung des 23. März) alle 26 Angeklagten zum Tode verurteilt. Das war aber ein symbolischer Prozess in Abwesenheit, es waren nur fünf Nebenangeklagte überhaupt anwesend.

Der Putschprozess hingegen war ein öffentliches Mammutverfahren in einem Zelt auf dem Gelände des Militärgerichts von Ndolo im Zentrum von Kin-

shasa, das große mediale Aufmerksamkeit genoss. Vor Prozessauftakt am 7. Juni hatte Jean-Claude Katende, Vorsitzender der kongolesischen Menschenrechtsorganisation Asadho (Afrikanischer Verband der Menschenrechte), scharfe Kritik geübt: „Das Verfahren ist komplett intransparent geführt worden. Die Angeklagten wurden ohne anwaltlichen Beistand vernommen. Es ist, als ob alles getan wird, um sie schuldig zu befinden. Wir werden den Prozess beobachten, um zu sehen, ob er die Grundsätze eines modernen und gerechten Verfahrens einhält.“

Daran bestehen Zweifel. Es gab nur wenige Verhandlungstage, und nach Auffassung von Beobachtern haben weder die Anklage noch die Aussagen der Beschuldigten dazu beigetragen, die Hintergründe des kuriosen „Putschversuchs“ aufzuklären. Immer noch bleibt unklar, ob es sich wirklich um einen Umsturzversuch oder um eine Inszenierung handelte. Die zehn Sturmgewehre, die zairische Flagge und die Uniformteile, die vor Gericht als Beweismittel vorgelegt wurden, überzeugten jedenfalls kaum als Beweis für ein ernsthaftes Vorhaben, ebenso wenig der getötete Anführer Christian Malanga, ein ehemaliger kongolesischer Armeehauptmann, der aus dem US-Exil in dubiose Ge-

schaften in verschiedenen afrikanischen Ländern verstrickt war.

Besonders fragwürdig erscheint das Todesurteil gegen Jean-Jacques Wondo, von dem nicht klar ist, was er mit der ganzen Sache überhaupt zu tun gehabt haben soll. Die Anklage warf ihm vor, ein Auto zur Verfügung gestellt zu haben, um den Angriff auf die Residenz von Vital Kamerhe zu ermöglichen. Ein zum Beweis dafür geladener Zeuge sagte allerdings vor Gericht, er habe Wondo nie gesehen und das fragliche Auto auch nicht. Wichtigste Beweismittel gegen den Kongo-Belgier im Prozess waren ansonsten Fotos in seinen Büchern, die ihn in Uniform zeigen – kein Wunder, er war einmal selbst Armeeingehöriger und hat Bücher über Kongos Militär geschrieben.

Sogar der zivile Vertreter des kongolesischen Staates als Nebenkläger kam vor Gericht, anders als der Militärstaatsanwalt, zum Schluss, es gebe keinen Beweis für eine Beteiligung Wondos am Putschversuch und man vertraue nun auf die „Weisheit des Gerichts“.

Wondos nach Kinshasa gereiste Ehefrau prangerte vor Gericht an, er habe in der Untersuchungshaft im Militärgewächnis von Ndolo 15 Kilo Körpergewicht verloren und medizinische Versorgung werde ihm vorenthalten. Wondos Verteidiger machten geltend, er sei zum

Zeitpunkt des Putschversuchs auf Einladung von Kongos Präsident Félix Tshisekedi – beide kennen sich gut aus gemeinsamen Zeiten im Brüsseler Exil – in Kinshasa gewesen, um als Experte bei geplanten Reformen des Geheimdienstes zu helfen.

Zwei Tage nach dem Putschversuch wurde er vom Geheimdienst verhaftet und in Gewahrsam genommen.

Von dieser Feststellung ist es nur ein Schritt zur vielfach in der DR Kongo hinter vorgehaltener Hand geäußerten Mutmaßung, der ganze Putschversuch sei von Tshisekedi-Gegnern in Militär und Geheimdienst selbst inszeniert worden – als Warnschuss, um den Präsidenten von weitergehenden Reformen des korrupten Sicherheitsapparats abzuhalten. Für diese These gibt es allerdings auch keine Beweise.

Was nun mit den Todesurteilen geschieht, ist unklar. Die Todesstrafe wird in der DR Kongo seit Jahrzehnten nicht mehr vollstreckt, aber vor einem halben Jahr hatte die Regierung angekündigt, dieses Moratorium aufzuheben. Seitdem ist noch keine Hinrichtung erfolgt, aber es könnte nun ein Exempel statuiert werden. Die Verteidiger haben fünf Tage Zeit, um Revision einzulegen, und theoretisch können die Verurteilten vom Präsidenten begnadigt werden.

### 6 Ausländer in Venezuela festgenommen

Die venezolanischen Behörden haben sechs Ausländer aus den USA und Europa wegen angeblicher Pläne zur „Destabilisierung“ des Landes festgenommen und der US-Regierung eine Beteiligung an Umsturzplänen vorgeworfen. Wie die Regierung in Caracas am Samstag mitteilte, wurden drei US-Bürger, zwei Spanier und ein Tscheche festgenommen. Die Verdächtigen hätten „Gewaltakte“ gegen Präsident Nicolás Maduro und dessen Regierung geplant, sagte Innenminister Diosdado Cabello bei einer Pressekonferenz. Die US-Regierung und Spanien wiesen die Vorwürfe zurück.

Laut Diosdado wurden mehr als 400 Gewehre aus US-Produktion sichergestellt. „Wir wissen, dass die US-Regierung etwas mit dieser Aktion zu tun hat“, sagte der Minister. Es gebe Verbindungen zu den Geheimdiensten der USA und Spaniens sowie zur venezolanischen Oppositionsführerin María Corina Machado. „Sie haben französische Söldner kontaktiert, sie haben Söldner aus Osteuropa kontaktiert und sie befinden sich in einem Einsatz, um unser Land anzugreifen“, sagte Cabello. Die sechs Festgenommenen seien dabei, Geständnisse abzulegen.

„Jegliche Behauptungen, die USA seien in einen Plan zum Sturz Maduros beteiligt, sind vollkommen falsch“, sagte ein Sprecher des US-Außenministeriums. Der Sprecher bestätigte die Festnahme eines US-Militärangehörigen in Venezuela, zudem gebe es „unbestätigte Berichte“ über die Festnahme von zwei weiteren in Venezuela festgehaltenen US-Bürgern.

Aus dem Außenministerium in Madrid verlautete am Sonntag, Spanien „dementiert jede Unterstellung, dass es an einer politischen Operation zur Destabilisierung in Venezuela beteiligt ist“ und weise sie „kategorisch zurück“. Die Regierung habe „bestätigt“, dass die beiden in Venezuela festgenommenen Spanier weder dem spanischen Geheimdienst CNI noch „irgendeiner anderen öffentlichen Stelle angehören“, hieß es weiter. Spanien stehe für eine „demokratische und friedliche Lösung in Venezuela“ ein. (afp)

## WARUM IST AFD WÄHLEN SO POPULÄR?

Der Rechtspopulismus wird global und in Ostdeutschland immer stärker. Um dagegen anzukommen, muss man die Gründe, die Strategien und die Treiber der Entwicklung verstehen.

Mit: Maja Göpel, Jagoda Marinic, Ines Geipel, Mariam Lau, Danyal Bayaz, Markus Beckedahl, Yevgenia Belorusets, Aladin El-Mafaalani, Thomas Krüger, Carla Reemtsma und Harald Welzer.

taz **FUTURZWEI**  
Magazin für **Zukunft und Politik**



### » taz FUTURZWEI-Abo-Prämie

Gutschein über 10 Euro für Einkäufe im taz Shop



**debatte**

## Sondervermögen Demokratie

Weil die große Politik versagt, wird bürgerschaftliches Engagement vor Ort wichtiger. Aber das muss finanziert werden – von der großen Politik

Wie wäre es mit 100 Milliarden Euro, um unsere verletzte Demokratie fit für die Zukunft zu machen? Demokratietragende Ideen haben drastisch an Überzeugungskraft verloren. So überzeugt die sozialdemokratische Vision von Gerechtigkeit spätestens seit Hartz IV niemanden mehr. Der Liberalismus, die Vision eines freihetlichen Miteinanders, hat sich dem staats-skeptischen Neoliberalismus an den Hals geworfen. Der Konservatismus irrt zwischen Gendern, Patchwork-Familien und Zuwanderung hin und her. Unklar bleibt, wie wir mit Krieg und Frieden umgehen, das Leben auf dem Planeten erhalten und unseren Alltag für eine enkeltaugliche Zukunft einrichten. Aber vor allem sind die institutionellen Grundpfeiler eines demokratischen Austauschs erodiert.

### 100 Milliarden Euro könnten langfristig wieder Leben in die Bude Bürgergesellschaft bringen

Bei den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise konkurrieren in zwei Dritteln der Gemeinden lose politisch verknüpfte Dorflisten um Plätze in den Gemeinderäten. Dorf-Liste 1 gegen Dorf-Liste 2 gegen 3, manchmal Windkraftgegner, manchmal die Freiwillige Feuerwehr, mitunter die Landfrauen und ganz selten mal jemand von den Parteien, die im Bundestag vertreten sind. Das zeugt vom Mitgestaltungswillen vieler Menschen vor Ort, die sich zusammenfinden und dann zum Teil aufwändigen Wahlkampf betreiben. Dabei geht es um ganz praktische Fragen: Wann soll das Heimatfest stattfinden? Wie gehen wir mit dem Müll in der Landschaft um? Wo muss Rasen gemäht und wo die Straße ausgebessert werden? Zu entscheiden ist über den Haushalt, der zu kleine Spielräume für zusätzliche Leistungen hat. Die umstrittensten Themen drehen sich um Windeignungsgebiete oder Freiflächen für Photovoltaik.

Eine gesamtgesellschaftliche politische Meinungsbildung findet durch diese Vereinzelnung politischen Engagement indes nicht statt. Mit der Folge, dass mehr und mehr ein „die da oben“ und „die da unten“ entsteht. Doch Gesellschaft wird nicht nur in den Parlamenten gemacht, sondern zu großen Teilen in einem politischen Vorfeld. Wie wir zusammenleben wollen, wie wir über die Vergangenheit denken und was wir uns für die Zukunft wünschen, verhandeln wir tagtäglich an öffentlichen Orten und durch unzählige Vereine, Bürgerinitiativen, zufällige Begegnungen. Doch durch Umstrukturierungsprozesse in Wirtschaft und Verwaltung wurden Gelegenheiten des Zusammentreffens, des Austauschs geschliffen. Kein Dorfladen, keine Kneipe und die Verwaltung wenigstens eine Stunde Autofahrt entfernt. In vielen Gegenden gibt es keinen ÖPNV, keine Jobs und keine Parteiversammlungen. Und nur die Freiwillige Feuerwehr, ein paar Kaninchenzüchter, Hei-

matmuseen und unzählige temporäre Initiativen für und gegen dies und jenes.

Ohne Menschen, die im Grunde ständig im Gespräch miteinander sind, gibt es keine demokratische Gesellschaft. Nur zu wählen reicht nicht nur nicht, sondern hinterlässt gigantische soziale Krater, in die Internet, Schwurbler und Faschisten ihren gesamten Mist kippen. Das Demokratiefördergesetz, das genau hier dauerhaft Unterstützung leisten sollte, wurde vom Bundeskabinett beschlossen und wird seitdem von der FDP blockiert. Dabei geht es der Obfrau der FDP im Innenausschuss, Linda Teuteberg, um das Begriffspaar „Vielfalt gestalten“. Das sei nur das Einfallstor für bestimmte NGOs – wie beispielsweise die Amadeu-Antonio-Stiftung – „ihre eigene politische Agenda zu betreiben“. Es sei, so Teuteberg, nicht ihre Aufgabe, Gesellschaft zu gestalten, sondern Würde und Rechte zu schützen. Demnach darf die Zivilgesellschaft nicht den Anspruch haben, mit Steuergeld gefördert zu werden. Wer, wenn nicht die Zivilgesellschaft, darf Anspruch auf das Geld erheben, dass sie zu großen Teilen selbst erwirtschaftet? Genau das verspricht die FDP in ihrem Grundsatzprogramm: Vielfalt als Chance für individuelle Selbstentfaltung sowie die Selbstorganisation freier Bürger zu schützen und zu fördern.

Einen Punkt haben die Gegner großer staatlicher Förderprogramme: Die sind wahnsinnig bürokratisch. Im Grunde senden sie vor allem das Misstrauen gegenüber jenen, die Ideen haben, sich vor Ort zu engagieren. Da müssen Zielgruppen benannt werden, die für viele gar nicht erkennbar sind. Da werden Förderthemen kreiert, die von der Realität vor Ort weit entfernt sind und später vom Bundesrechnungshof überprüft und am Ende mit der Feststellung bewertet werden, dass die zugesagte Wirkung ausgeblieben ist. Die Fragen aber, die den Menschen vor Ort unter den Nägeln brennen, bleiben liegen. Hier könnte der Liberalismus mal seine Überzeugungen und Stärken zeigen: Nehmt die Hürden weg und lasst die Bürger frei entscheiden! Die Sozialdemokratie könnte die Empathie für jene einbringen, die sich gegen diesen autoritären Wahnsinn mit aller Kraft stemmen. Und der Konservatismus könnte für Dauerhaftigkeit sorgen, um aus der grassierenden Projektitis aussteigen zu können.

Das kann so organisiert werden, wie die Freiwilligen Feuerwehren organisiert sind: Es gibt sie in jeder Gemeinde und diese muss die Mittel dafür bereitstellen. Solch eine Art Katastrophenschutz gegen Verwahrlosung und für Zusammenhalt brauchen wir jetzt. Jedes Dorf, jeder Stadtteil muss eine Art Budget haben. Wenn sich dann einige Leute zusammentun, dann erhalten sie die nötige Unterstützung für ihre Ideen, wie die Feuerwehren Helme, Schläuche, Fahrzeuge. Und ja, diese Leute gibt es, in beinahe jeder Stadt, jedem Dorf. Vermutlich werden 100 Milliarden Euro nicht reichen, um das zu finanzieren, aber es sollte reichen, um langfristig wieder Leben in die Bude Bürgergesellschaft zu bringen. Erfahrungen zeigen, dass sich die Leute ins Zeug legen, wenn sie Sinn und Anerkennung erhalten für das, was sie tun. Die Hebelwirkung ist entscheidend: Der Staat gibt den Bürgern Geld und Freiraum – und die Leute zahlen es mit Demokratie zurück.



**Andreas Willisich** ist Soziologe und leitet das Thünen-Institut in Mecklenburg-Vorpommern. Er wurde 1963 in Karl-Marx-Stadt, heute Chemnitz, geboren und gehört zur Initiative „Wir sind der Osten“.

Wolfgang Mulke zu den Kosten des Deutschlandtickets

## Vernichtende Preiserhöhung

Das Deutschlandticket könnte sich bald als Superflop erweisen. Das wäre der Fall, wenn der Preis auf jene 64 Euro angehoben würde, die das bayerische Verkehrsministerium als kostendeckend errechnet hat. Damit wäre ein großer Teil der Vorteile des bundesweit geltenden Fahrscheins für den Nahverkehr verloren.

Viele der neu dazugewonnenen Kunden, die das Ticket nur gelegentlich nutzen, würden es kündigen und bestenfalls bei konkretem Bedarf erneut abonnieren. Die verbleibenden Kunden finanzieren bei begrenztem Nutzen für sich selbst die dann immer noch günstigen Konditionen für Fernpendler mit, die für ihre Netzkarten vor dem Deutschlandticket erheblich tiefer in die Tasche greifen mussten.

Dass die vernichtende Rechnung aus Bayern kommt, verwundert wenig. Aufgrund des dort oft schlechten Nahverkehrsangebots ist das Interesse am Deutschlandticket geringer als anderswo. Richtig ist indes, dass die Verkehrsunternehmen mit dem aktuellen Preis nicht vernünftig wirtschaften

können. Für den gewünschten Ausbau des Nahverkehrsangebots fehlt den meisten Anbietern das Geld. Bei Defiziten droht in manchen Regionen sogar eine Ausdünnung des Angebots. Das war nicht gerade das Ziel bei der Einführung des Deutschlandtickets.

Von Bund und Ländern kann man erwarten, dass sie sich im Herbst endlich einmal auf eine langfristige Finanzierung und Perspektive des Deutschlandtickets verständigen. Finanzielle Möglichkeiten und politische Wünsche lassen sich jedoch nur schwer miteinander vereinbaren. Die Politik will mehr öffentlichen Verkehr, die Anbieter stehen unter Druck, ihre Kosten wieder hereinzuholen. Da müssen sich beide Seiten erheblich bewegen.

Es ist nun die Aufgabe von Bund und Ländern, die Finanzierung eines attraktiven Angebots zu übernehmen. Für die Verkehrsunternehmen ist es höchste Zeit, die vielfach vorhandenen Effizienzdefizite in Angriff zu nehmen. Ein Verlust des Deutschlandtickets wäre sonst kaum zu vermeiden.

**wirtschaft + umwelt 8**

Silke Mertins zu Merz, Söder und der K-Frage in der Union

## Alt und unerfahren

Das Gottes Geschenk an die Menschheit, Bayerns Ministerpräsident Markus Söder, seinen Hut wieder einmal in den Ring geworfen hat, ließ am Sonntag nun auch CDU-Chef Friedrich Merz durchsickern: Er wolle selbstverständlich selbst Kanzlerkandidat werden. Gut, das überrascht nun niemanden, davon durfte man schon ausgehen, noch bevor der Sauerländer in die zu großen Fußstapfen von Angela Merkel getreten ist. Doch es sind nicht allein seine schlechten Umfragewerte und die Tatsache, dass er sich gern selbst im Weg steht, die ihn zu einem schlechten Kanzlerkandidaten machen.

Für Merz gilt, was vor drei Jahren auch für die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock ein Stolperstein war: Er hat keine Regierungserfahrung. Doch während Baerbock als junges, frisches Gesicht ihr Manko wenigstens noch mit dem Etikett „Ich stehe für den Neuanfang“ überkleben konnte – wenn auch vergebens –, sieht es für Merz anders aus. Er ist einfach nur alt und unerfahren. Wüsste man

sich bei der Bundestagswahl in einem Jahr einen Wahlsieg der Union, könnte man ihr nur raten, bloß nicht mit dem miesepetrigsten und oft unbeherrschtest wirkenden Merz anzutreten. Aus diesem Blickwinkel ist es gar nicht mehr so abwegig, dass Söder sich schon mal als Ersatzmann anbietet, sollte Merz allzu viele Eigentore schießen.

Hofft man dagegen darauf, dass die Union nicht einmal annähernd so stark von der schlechten Regierungsführung der Ampel profitiert, wie sie könnte, dann gibt es nur einen echten Traumkandidaten: Merz. Er ist die einzige Chance für die Parteien links der Union, nach der Ampelkoalition in der Wähler\*innengunst nicht dramatisch abzusacken. Gleichzeitig birgt eine Merz-Kandidatur allerdings auch die Gefahr, dass die Stimmen der Wechselwähler\*innen weiter nach rechts abwandern.

Schon jetzt lässt sich also voraussagen: War die Regierungsbildung schon nach der letzten Bundestagswahl nicht einfach, wird es 2025 mit Sicherheit noch komplizierter.

**inland 7**

### die dritte meinung

## Wir müssen jetzt mit allen demokratischen Mitteln gegen die AfD handeln, sagt Michaela Dudley

Solange Nazis zur demokratischen Wahl zugelassen werden, werden Nazis auch demokratisch gewählt. Karl Poppers Toleranzparadoxon macht deutlich, dass die uneingeschränkte Toleranz in die Intoleranz mündet. Nach den jüngsten Landtagswahlen verfügt die AfD im Thüringer Landtag nunmehr über die Sperrminorität. Allerdings verfügt die Bundesrepublik über ein grundgesetzliches Gegengift: Art. 21, Abs. 2 GG. Ein Verbot hätte zur Folge, dass die AfD ihre bestehenden Strukturen aufgeben müsste und somit ihre organisatorische Basis einbüßen würde. Aber die demokratischen Parteien reagieren zögerlich. Warum?

Die Antwort: German Angst. Denn der Gang nach Karlsruhe könnte nach hinten losgehen. Und ohnehin würde ein Verbot nur dazu führen, die AfD in ihrer Märtyrerrolle umso mehr zu legitimieren. Letzteres ist wiederum längst geschehen.

Weil ein Verbot sich aber, selbst wenn es käme, in die Länge ziehen würde, müssen mittelfristige Ziele im Kampf gegen den Rechtsextremis-

mus verfolgt werden. Also wieder auf die Barrikaden gehen?

Jein. Demos gegen rechts verkümmern oft zu Events und überbieten sich eher im Wettstreit über Teilnehmerzahlen als um inhaltliche Ansätze. Auch die Betroffenheitsvideos, die von BiPoC-Influencer:innen gepostet werden, sind wenig hilfreich. Sogleich fordern sie die weiße Dominanzgesellschaft dazu auf, über den „biodeutschen“ Rassismus zu reflektieren. Sorry, aber so reichen sie die heiße „Kartoffel“ einfach nur weiter. Die Antipathien, die es innerhalb migrantischer Gemeinschaften gibt, wie Antisemitismus, Misogynie und Queerfeindlichkeit, müssen endlich wahrgenommen und bekämpft werden.

Wir müssen handeln, nicht hadern. Im Alltag brauchen wir mehr Dialog. Gerne hitzig, aber historisch fundiert und nicht hysterisch. Das Ziel ist nicht die vollständige Übereinstimmung, sondern die gemeinsamer Wahrnehmung dringender Probleme. Die Suche nach deren Lösung darf nicht den Extremist:innen überlassen werden.

**Michaela Dudley** geboren 1961, ist eine Berliner Queerfeministin mit afroamerikanischen Wurzeln, Kabarettistin, Publizistin, Diversity-Rednerin und gelernte Juristin (Juris Dr., US).



Wenn die Amalfiküste zur Drohkulisse wird  
Fotos: Bernd März/imagó

talkshow

# Luft voller Wasser

Die derzeitigen Regenmengen in Mitteleuropa mit ihren katastrophalen Auswirkungen lassen sich auf eine sogenannte Fünf-B-Wetterlage zurückführen. Die haben statistisch rasant zugenommen. Der genaue Zusammenhang mit dem Klimawandel ist aber noch nicht geklärt

Von Nick Reimer

Ursache des Starkregens war wieder eine Fünf-B-Wetterlage“, sagt Marco Manitta, Meteorologe beim Deutschen Wetterdienst DWD. Fünf-B heißt in der Fachsprache „Vb“, die Bezeichnung steht für die Zugbahn eines Tiefdruckgebiets: Über dem Mittelmeer saugt sich die Luft voller Wasser, die dann über Slowenien Richtung Ost-Mitteleuropa gelangt und viel Regen mit sich bringt.

Mit bis zu 170 Millimeter Niederschlag pro Quadratmeter fiel mancherorts binnen 24 Stunden in Tschechien so viel Regen wie sonst in drei Monaten. Ein Millimeter im Messbecher entspricht einem Liter Wasser pro Quadratmeter. In Moldauwasser pro Sekunde – und was dort fließt, kommt wenig später in Dresden an.

Auch an der Donau steigen die Pegel, an der Kamp, einem niederösterreichischen Zufluss der Donau, befürchten die Behörden ein 100-jähr-

liches Hochwasser. Niederösterreich wurde zum Katastrophengebiet erklärt, in Tulln an der Donau kam ein Feuerwehrmann im Einsatz ums Leben. Landeshauptfrau (Ministerpräsidentin) Johanna Mikl-Leitner sprach von den „schwersten Stunden ihres Lebens“ für viele Menschen in dem Bundesland.

„Wieder eine Fünf-B-Wetterlage“, sagt Wetterexperte Manitta, weil vorherige Vbs schwere Überschwemmungen zur Folge hatten: das Oderhochwasser 1997 war genauso ein Vb wie das Elbehochwasser 2002, die Fluten an Elbe und Oder im Jahr 2013 genauso wie die Überschwemmung in Slowenien und Kärnten 2023 und einige kleinere Katastrophen zwischendurch, wie das Alpenhochwasser 2005 oder die Flut in der Sächsischen Schweiz 2010.

Fragt sich: Was ist die Ursache für diese ungewöhnliche Wetterlage? „Die Wassertemperatur im Mittelmeer bewegte sich Anfang September auf Rekordkurs“, sagt Marco Manitta. Je wärmer die Oberflächentemperatur ist, umso mehr Wasser verdunstet. Dazu kommt, dass dieses Tiefdruckgebiet zwischen zwei Hochs im Westen und Osten „eingeklemmt ist“, wie es der

”

**Pro Grad zusätzlich speichert Luft sieben Prozent mehr Wasserdampf. Seit 1881 ist es in Deutschland bereits rund 1,6 Grad Celsius wärmer geworden, weshalb Regenwolken heute mehr Wasser aufnehmen können. Und mehr Wasser bedeutet dann eben auch mehr Energie und mehr Zerstörung**

Meteorologe nennt: „Die Folge ist eine angespannte Dauerregen-Wetterlage.“ Entwarnung könne auch am Wochenanfang nicht gegeben werden.

Führt der Klimawandel zu einer Häufung solcher Wetterereignisse? „Dafür sprechen die Indizien“, sagt Uwe Kirsche, Sprecher des DWD. Wärmere Luft könne mehr Wasser aufnehmen, was die Wissenschaft mit der Gleichung von Clausius-Clapeyron beschreibt: Pro Grad zusätzlich speichert Luft demzufolge sieben Prozent mehr Wasserdampf. Seit 1881 ist es in Deutschland bereits rund 1,6 Grad Celsius wärmer geworden, weshalb Regenwolken heute mehr Wasser aufnehmen können. „Mehr Wasser bedeutet auch mehr Energie“, erklärt Kirsche, weshalb Vb-Wetterlagen auch mehr Zerstörung mit sich bringen.

„Allerdings gibt es noch keine wissenschaftliche Evidenz, dass die Klimaerwärmung mehr Vb-Wetter nach Mitteleuropa bringt“, sagt Kirsche. Um fundierte Aussagen treffen zu können, betrachtet die Klimaforschung mindestens 30-Jahres-Zeiträume, der Deutsche Wetterdienst stellte seine Regenmessmethode vor 23 um. Bis dahin waren

einfache Messröhrchen an mehr als 2.000 Messpunkten im Einsatz, an denen die Regenhöhe in Millimetern abgelesen wurde. Seit 2001 werden dafür nun jene 17 Radarstationen genutzt, die während des Kalten Kriegs feindliche Kampfflotten aufspüren sollten. „Dank der Radaranlagen können wir Starkregenereignisse wesentlich zuverlässiger erfassen“, sagt Andreas Becker, Niederlage-Experte beim DWD. Und jedem Internetnutzer ermöglichen, per Wetter-Apps übers Land ziehende Regenfronten zu verfolgen.

Statistisch jedenfalls haben die Vb-Wetterlagen rasant zugenommen: Gab es sie früher einmal in einhundert Jahren, so ist dieses Vb-Tief bereits das dritte dieses Jahr. In Deutschland waren die Überschwemmungen in Rheinland-Pfalz und in Süddeutschland im Frühjahr Folgen von Vb. „Diesmal wird Deutschland vergleichsweise glimpflich davonkommen“, sagt Meteorologe Marco Manitta.

Er nennt es einen „Streifschuss“: Die Regenmassen ergießen sich weiter östlich, in Polen kam bislang ein Mensch ums Leben, in Rumänien ertranken vier Menschen.



Foto: privat

wie geht es uns, herr küppersbusch?

## Weiter drucken, Güterzüge gucken und bitte niemals vergessen: Hauptsache, für Thüringen kommt nichts dabei rum!

taz: Herr Küppersbusch, was war schlecht vergangene Woche?

**Friedrich Küppersbusch:** Die taz will aufhören, eine Zeitung zu sein.

Und was wird besser in dieser?

**Küppersbusch:** Damit haben viele längst aufgehört, drucken aber weiter.

taz: Aktion Mensch diagnostiziert, dass die Behindertenfeindlichkeit in Deutschland vor allem im Netz zunimmt, insbesondere unter jungen Leuten. Ist Deutschland inklusivfeindlicher geworden?

**Küppersbusch:** In meiner Generation saß in gefühlt jeder Grundschulklasse ein „Contergan“-Opfer. Ich meine, wir haben eher gestaunt, als – Kindermund tut Mockridge kund – nach Herzenslust verletzt. Sichtbarkeit und Umgang heilen und helfen; „Ablesimus“ klingt so abstrakt, wie er auch ist: Arschlochbenehmen für Leute, die nicht den Mut haben, es einem Betroffenen ins Gesicht zu sagen. Sozial behindert halt.

taz: Die Deutsche Bahn verkauft ihr Logistikunternehmen Schenker an das dänische Unternehmen DSV. Was könnte der DB-Strategie „Starke Schiene“ jetzt noch im Weg stehen?

**Küppersbusch:** Die Bahn. Die ursprüngliche Idee: Am Güterbahnhof wartet ein Schenker-Brummi, der die Fracht über die letzte Meile karrt, und – ätsch! – selbst dadran verdient die Bahn noch mit. Davon ist kaum was über, weil die Güter Autobahnen verstopfen, just in time, und die Bahn jedes

Jahr fettes Geld von Schenker kassierte, um ihre eigene Beerdigung aufzuhübschen. Nun kann sie gut 14 Mrd. Erlös in ihre 33 Mrd. Schulden stecken und sieht sich dafür einem neuen, gigantischen Wettbewerber gegenüber: Schenker fusioniert mit dem Käufer DSV, auch ein Logistiker. Das Geld sollte also eher in einen wettbewerbsbrutalen Ausbau der Güterbahn gehen. Sollte. Das klingt so

### Godfather of Fahrerflucht Bundespräsident Steinmeier setzt auf Gemeinwohl und schwallt von „irregulärer Einwanderung“

vernünftig, dass man's dem aktuellen Management nicht unterstellen will.

taz: Robert Habeck und Steffi Lemke haben ihre Unterstützung für den Wiederaufbau der Dresdner Carolabrücke zugesagt: „Das Land darf nicht zerbröseln.“ Klappt das alles so gut wie bei der Wärmepumpe?

**Küppersbusch:** Na ja, hätten die grünen MinisterInnen es bei einem herzlichen „Geschicht euch recht, Ihr Klimaspacken“ belassen, wäre deutlich mehr



Foto: Christophe Gesteau/Alpa

Stimmung in der Bude. Kanzler Scholz hatte vorgeschlagen, für Klimaschäden noch ein „Sondervermögen“ herbeizutricksen, das ging nicht durch. Dass in Deutschland rund 4.000 Brücken ähnlich marode sind, hat die Ampel geerbt. Und das Klimaproblem. Und nicht genug Geld für wenigstens eins von beidem. Gerade die Grünen stehen im Verdacht, für spinnerten Ökokram die Zukunft die Gegenwart abrauchen zu lassen. Da mussten sie jetzt mal was sagen.

taz: Frank-Walter Steinmeier würdigt das Ehrenamt. Das seien Menschen, die „nicht meckern, sondern anpacken“. Kommt das vom Richtigen?

**Küppersbusch:** „Mutbürger“ ist schon ein schöner Konter Steinmeiers gegen das obwaltende Egofieber im Land. Die Auszeichnung von Ehrenamtlern ist präsidiales Grundrauschen, Bundespräsidenten wollen doch immer nur das eine. Schwer, da Akzente zu setzen. Steinmeier droht eher, als Godfather of Fahrerflucht in die Geschichte einzugehen; setzt auf Gemeinwohl und schwallt von „irregulärer Einwanderung“; sagt sich von seiner Ausgleichspolitik los und disst die „Kalibrexperthen“ aus der Siegfrieds-Fraktion, war bei Corona auf Linie und streut nun gern Nebensätze voller Verständnis für Abweichler. So eine krisensatte Amtszeit hatte allerdings kaum ein BuPrä vor ihm; ist halt kein Ehrenamt.

taz: In Thüringen überlegt die CDU, mit dem BSW zusammenzugehen.

Was haben wir zu erwarten?

**Küppersbusch:** Großes Mikado – und ein glattes Geständnis von der Linken. Wenn CDU, BSW und SPD sich zusammenraufen – und nach zusammenraufen klingt diese Dreierkiste eh schon –, fehlt ihnen noch eine Stimme zur Wahl eines Ministerpräsidenten. Im dritten Wahlgang – vorher holt sich Höcke zweimal ein Patt ab – muss also ein Linker bekennen. Sonst könnte die fehlende Stimme auch von der AfD gekommen sein und die Wahl damit für einen CDU-Kandidaten nicht annehmbar. Natürlich sollte die Linke versuchen, dafür offiziell Koalitionspartner zu werden und die Brandmauer zu schreddern, natürlich wird die CDU das ablehnen. Während Wahlsieger AfD gern die weltweite Migrationskrise verbieten würde, möchte BSW die CDU überreden, den Ukrainekrieg zu beenden. Hauptsache, für Thüringen kommt nichts dabei rum. Doch: Die Wagenknechte leben – wie auch die AfD – üppig davon, auf der Reservebank die spielende Elf niederzudissen. Das BSW als Designerpartei – geboren, um Ärger zu machen – steht vor einem Risiko.

taz: Und was macht der RWE?

**Küppersbusch:** 307 Minuten kein Tor, das dritte Heimspiel hintereinander nicht gewonnen. Ich habe euch nie einen Rosengarten versprochen.

Fragen: Chantalle El Helou

Friedrich Küppersbusch ist Journalist, Produzent und Printautor. Noch.

### specht der woche

## Erinnerung ans Autokino

Christian Specht, Jahrgang 1969, ist politisch engagiert und setzt sich für mehr Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Beeinträchtigung in den Medien ein. Seit 2017 ist er der erste Mensch mit Beeinträchtigung im Vorstand der Lebenshilfe Berlin. Wenn er möchte, zeichnet er uns den „Specht der Woche“

Früher am Ku'damm gab es ein Autokino. Ich weiß nicht, wo es heute in Deutschland noch ein Autokino gibt. Als noch Corona war, gab es auf einem Platz in

Brandenburg ein Autokino. Das habe ich in den Nachrichten gesehen. Und weil ich selbst nicht da war, weiß ich auch nicht, welcher Film da gerade gelaufen ist. Aber der Beitrag war spannend, und das Autokino war eine gute Idee. Weil alle anderen Kinos zu hatten wegen Corona.

Wie auf dem Bild, stehen da Autos vor der Leinwand und es gibt Lautsprecher. Die Leinwand ist aufblasbar. Ich frage mich, was sie mit der Leinwand und den Lautsprechern machen, wenn es regnet. Die dürfen ja nicht nass werden.

Manche Leute sitzen gern im Auto. Manche gehen nicht gern ins Kino. Im Kino stört es, wenn Leute Popcorn essen. Das knuspert so laut. Im Autokino kann man essen und knuspert und andere Leute stört das nicht.

Das Kino ist anders als früher. Der Film ist digital und nicht mehr auf Band. Früher gingen die Bänder oft kaputt. Das war ein Problem. Es gibt weniger Werbung im Kino. Früher gab es Werbung für Eiskonfekt und Zigaretten. Das gab es im Autokino nicht.

Protokoll: Chantalle El Helou



Zeichnung: Christian Specht



Foto: privat

### Philipp Rhensius Was macht mich?

## Viel von Nichts und Skills für Abitreffen wie Kartenzahlung

Zugbistro, 17.34. Ich bestelle Kaffee. Die Verkäuferin hält das Kartenlesegerät hin und sagt, ich habe sicher eine Frau. Ich solle mich hier wie bei ihr verhalten. Wenn ich mache, was sie sage, sei „alles gut“. Lol, was die mir alles unterstellt: Dass ich hetero und verheiratet bin mit ei-

ner Person, die sich so verhält wie ein Kartenlesegerät und dass alles gut sei, solange ich mich ihr unterwerfe.

Ich finde es cute, wie direkt die Mitarbeiterin ist. Und interessant, wie selbstverständlich sie mich in ihre Welt ziehen will, die sie als objektive Wirklichkeit liest.

Das alles könnte mir scheißegal sein, aber ich habe diesen inneren Drang. Will stets wissen, was mich macht. Allumfassendes Spüren, bevor der Verstand sich das Erlebte zum Krimi zu recht denkt.

Ich mache, was das Gerät sagt, verberge mein Grübeln hinter einem Lächeln und sage danke. Ambiguitätstoleranz ist voll wichtig. Ein Skill, den ich morgen noch brauche. Ich fahre zum Abitreffen an meinen alten Wohnort. Je näher ich komme, desto größer die Angst vor der Begegnung mit den Ex-Mitschüler\*innen. Ich antizipiere Gespräche über Karrieren, Kapital und

Scham. Ich bin kinder-, beziehungs- und besitzlos, ohne festen Job.

Am Bahnhof holt mich meine Mutter ab. Ich freue mich, sie zu sehen, auch

### Ich fühle mich ironisch gestreichelt von der unsichtbaren Hand des Marktes

weil sie beim Thema Selbstzweifel eine Verbündete ist. Sie sagt, ich sähe unglücklich aus. Dabei lächle ich doch die ganze Zeit, oder nicht? Ich sollte meine Emotionen besser steuern.

Beim Abitreffen haben dann alle viel. Lea hat zwei Kinder, ein Haus, zwei Autos. Stefan hat drei Kinder, ein Auto. Nele hat kein Haus, aber zwei Au-

tos, vier Kinder usw. Und ich? Beantwortete fast alle Fragen mit Nein. Denke, was ein Fuck-up ich doch bin. Ich fühle mich ironisch gestreichelt von der unsichtbaren Hand des Marktes, Hüterin aller Kategorien, die mich, die Zug-Mitarbeiterin und Ex-Mitschüler\*innen regieren.

Aus Trotz schlüpfte ich in mein 16-jähriges Selbst. Damals lebte ich von Bier, Punkrock und Illusionen, ahnte nur wenig vom Kartenlesegerät oder Kategorienzwang. Ich werde, dachte ich damals, sowieso von einer Bierflasche am Kopf, einem getunten Auto oder von Traurigkeit ohne Ventil umgebracht worden sein.

Nichts davon wurde wahr. Heute lebe ich ganz okay außerhalb der Kategorien, bin aber ein Loser, wenn ich mich über sie definieren soll.

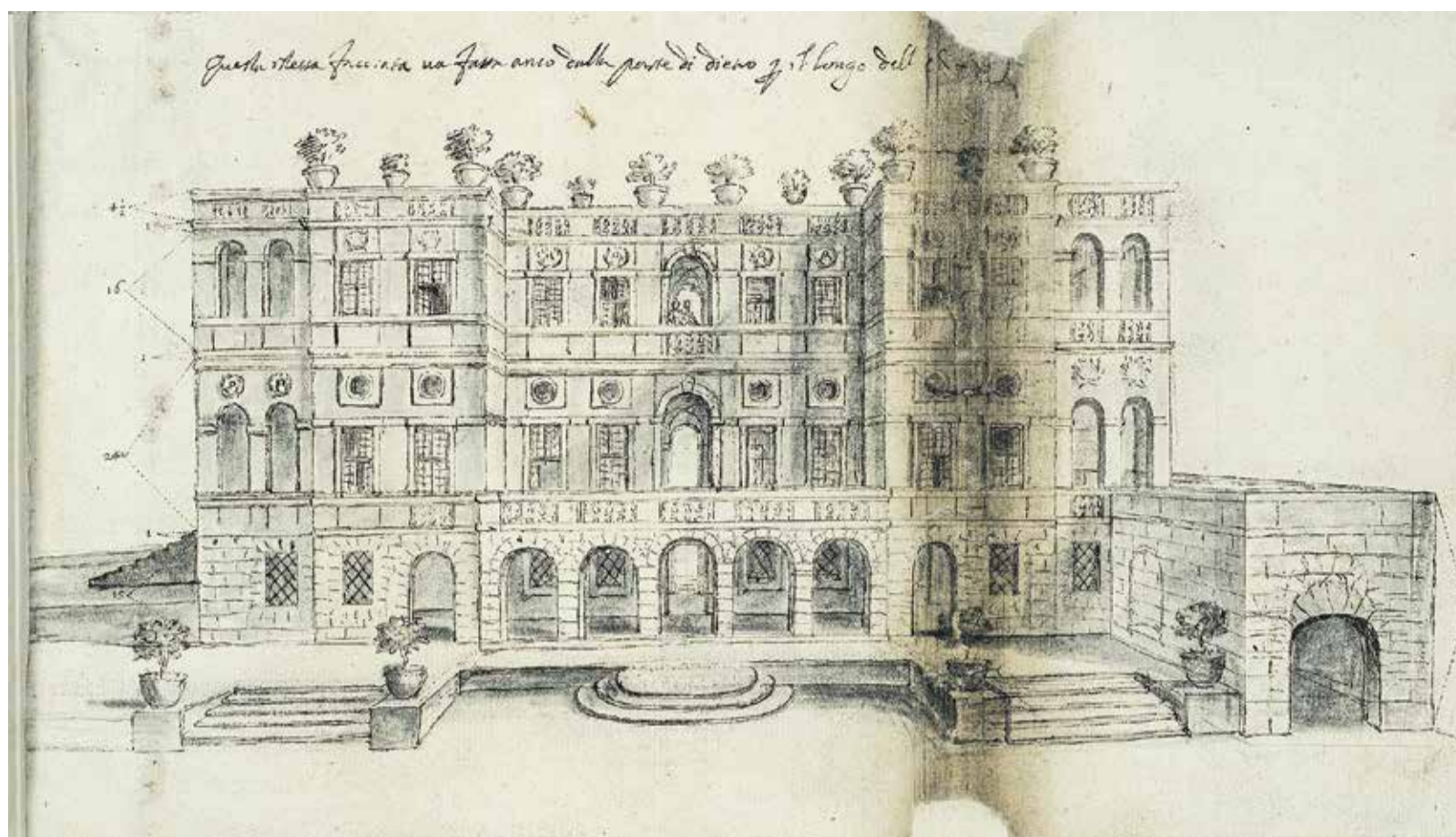
Als ich mit allen anstoße, überlege ich, ob das alles eher ein Problem der Sprache ist, die von Substantiven do-

minierte wird und Verben verdrängt? Dinge haben, Häuser, Kinder, Jobs – statt zu „leben“, zu „lieben“, zu „arbeiten“. Haben statt sein. Da kann ich nicht mithalten.

Eine Sache besitze ich im Überfluss, zumindest im Kopf: Müll. Ich wünschte, ich könnte ihn leeren wie am PC und dieses raschelnde Geräusch erzeugen. Doch er kommt ständig zurück. Ich kann ihn nur loswerden, wenn ich ihn durch neuen Müll ersetze. So wie alles, das eigentlich für sich selbst stehen könnte, stets einen Begriff benötigt, um zu existieren – um dahinter zu verschwinden.

Ich glaube, bevor es Sprache gab, reagierten Menschen nur auf direkte Stimuli, alles war einzigartig. Heute filtern Menschen alles durch Kategorien.

Wie hätte die Verkäuferin sonst das Gerät erklärt? Ich will es gar nicht wissen.



Der Zufall rettete ihre Entwürfe. Plautilla Bricci: Skizze für die Villa Vascello, 1663 Zeichnung: Fine Art Images/Heritage Images/picture alliance

## Rehabilitierung einer Baukünstlerin

Plautilla Bricci war die erste Architektin der Neuzeit. Sie wirkte im barocken Rom der Päpste – dann wurde sie gründlich vergessen. Die Schriftstellerin Melania Mazzucco verleiht der Baumeisterin nun literarisch eine Stimme

Von Tanja Schultz

Von einer Frau, noch dazu auf dem Baugerüst, nahm der *capomastro* Beragiola keine Anweisungen entgegen. Da half nur der Gang zum Notar. Mit einem sechsseitigen Leistungsverzeichnis erzwang Plautilla Bricci die pünktliche und getreue Ausführung ihres Entwurfs der Villa am westlichen Stadtrand von Rom. Und sie verlangte von dem renitenten Bauleiter die Anrede mit *archittrice*, Architektin: ihre Schöpfung aus der männlichen Berufsbezeichnung *architetto*. Eine Revolution.

Es war ein extravaganter Entwurf. Die 47-jährige Architektin ersann das Landhaus für Abt Benedetti in Gestalt eines auf einem Felsen gestrandeten Segelschiff. Der steil aufragende Schiffsbug mit Galionsreling schien furchtlos auf den Petersdom zu zusteuern. Wie ein Disney-Schloss musste den Zeitgenossen die „Il Vascello“, „Das Schiff“ genannte Villa Suburbana auf dem Gianicolo-Hügel erschienen sein. Keine schlechte Idee, um sich in Szene zu setzen. Benedetti war schließlich Diplomat des mächtigen Sonnenkönigs.

Das war 1663. Für knapp zwei Jahrhunderte als Kuriosität in allen Romführern erwähnt und mehrfach illustriert, setzte Kanonenfeuer während der Revolution von 1849 ihrem Ruhm abrupt ein Ende. Nur der künstliche Felsen mit dem eingemeißelten Wellenspiel, ein von Bernini inspiriertes Motiv, hat überlebt. Die Villa geriet in Vergessenheit – wie ihre geniale Baumeisterin Plautilla Bricci. Die Historiografie hatte noch kein Interesse an Künstlerinnen.

Es bedurfte einer Feministin mit der Passion für Kunstgeschichte wie Melania G. Mazzucco, um die erste Baumeisterin des Barocks aus dem Dunkel der Archive zu befreien. Ihre fiktive Biografie „L'archittrice“ war 2019 eine Sensation in Italien. Mit der Übersetzung versucht nun der Folio Verlag das deutschsprachige Publikum zu erobern: „Die Villa der Architektin“.

Wie konnte die erste Architektin der Neuzeit vergessen werden? Das fragte sich die römische Erfolgsautorin, als sie 2002 zufällig bei einer Recherche zu der Villengeschichte über den Namen Plautilla Bricci stolperte. „Ich entdeckte, dass so gut wie nichts über ihr Leben bekannt war.“ Die Suche nach einer Antwort ließ sie über ein Jahrzehnt Archive und Museumsdepots durchforsten, Nachlässe, Kataster und Skizzenbücher auswerten, um den verborgenen Winkel ihrer Existenz zu ergründen.

Daraus entstand ein historischer Roman von epischer Kraft. Mazzucco lässt die Protagonistin, ein Mädchen aus dem Volk, persönlich ihr Leben erzählen. Dabei schwenkt sie wie mit der Kamera durch das Rom des 17. Jahrhunderts, eine Stadt voller barocker Kunstfreude und archaischer Gewalt, in der Heerscharen von Handwerkern und Künstler um Aufträge und Ruhm am Papsthof buhlen. Den Frauen hingegen scheint nur ein Platz hinter den Mauern zugewiesen zu sein.

Dennoch gelingt es Plautilla, sich den Weg von der Malerei zur sublimen Kunst der Architektur zu erkämpfen – bis etwa 1900 eine absolute Männerdomäne. Als erste Frau entwirft und baut sie eine Villa und eine Kapelle, sie dirigiert Künstler wie Pietro da Cortona, nimmt an öffentlichen Ausschreibungen teil und wird Ehrenmitglied der berühmten Kunstakademie San Luca. Sie unterhält ihre eigene Werkstatt mit einem Gehilfen und kann von ihren Einkünften leben.

Plautilla kommt 1616 als drittes Kind einer mittellosen Künstlerfamilie in Rom zu Welt. Wie bei anderen Malerinnen der Zeit erfolgt ihre erste Ausbildung in der väterlichen Werkstatt. Der gichtkranke Giovanni Briccio, ein erfolgloses Multitalent, gibt seiner Tochter früh eine solide humanistische Bildung und führt sie in die Techniken des Zeichnens und Malens ein, die er bei Federico Zuccari und Cavalier d'Arpino erlernt hat. Da Plautilla das Aktstudium verwerht ist, stürzt sie sich auf religiöse

Themen, auf Andachtsbilder, die leichter Absatz finden und zu ihrem konstruierten Image als „virtuose Jungfrau“ passen. Denn um zukünftig freier arbeiten zu können – Frauen dürfen unbegleitet kaum das Haus verlassen –, legt sie ein Keuschheitsgelübde ab.

Die entscheidende Wende bringt die Bekanntschaft mit dem einflussreichen Abt Elpidio Benedetti. Als Faktotum und Kunstagent von Premierminister Jules Mazarin, später dann auch für Ludwig XIV., pendelt der Geistliche zwischen der römischen Kurie und Paris und vermittelt Künstler wie Bernini für die Neugestaltung des Louvre. Die Förderung einer Frau ist kein Zufall, denn die französischen Zirkel sind aufgeschlossen, nicht zuletzt dank der Mutter des Sonnenkönigs, die die Bewegung der „Femmes fortes“ unterstützt. Elpidio versorgt Plautilla mit Aufträgen und macht sie zu seiner Hausarchitektin.

Erste Bauerfahrung sammelt sie beim komplexen Umbau seines Stadtpalasts in der Via del Monserrato, der heute noch steht. Ihr Hauptwerk wird die besagte Villa del Vascello mit Fresken von Pietro da Cortona und einem Lustgarten. Nunmehr als Architektin respektiert, darf sie die Kapelle des Landheiligen in der französischen Nationalkirche S. Luigi dei Francesi planen und bauen, ein wahres Barockmanifest aus Stuck und polychromen Marmor. Für eine bessere Beleuchtung des Altarblatts mit dem heiligen Ludwig lässt sie sogar die Kirchenmauer durch Glasfenster ersetzen. Die Kapelle wird die letzte Ruhestätte von Elpidio.

Unklar ist, wo sie ihre Architektenausbildung machte, die damals in den Werkstätten der großen Baumeister wie Bernini oder Pietro da Cortona erfolgte. Frauen waren gelegentlich als Arbeiterinnen auf Bauhöfen tätig, zur Unterstützung des Familienbetriebs. Frauen in Führungspositionen waren jedoch undenkbar. Mathematikverständnis und dreidimensionales Denken wurde ihnen ebenso abgesprochen wie die Fähigkeit, eine Mannschaft von Maurern

zu dirigieren. Ihre künstlerische Tätigkeit sollte innerhalb von geschlossenen Räumen stattfinden, sie beschränkte sich folglich zumeist auf Kunstgewerbe und Miniaturen.

Plautillas Karriere verläuft nicht ohne Demütigungen. Zuweilen nutzt Elpidio ihre unterlegene Position, um sich selbst vor dem Arbeitgeber zu profilieren. So präsentiert er ihre Entwurfsentwürfe für das Grabmonument von Kardinal Mazarin als die eigenen. Ein Rätsel, warum er in seinem 1676 publizierten Villenführer nicht Plautilla, sondern ihren mediokren Bruder als alleinigen Architekten zitiert. Basilio hingegen arbeitete unter ihrer Ägide. Fürchtete er, der Nachwelt als zu progressiv zu erscheinen? Als hätte sie es gehaut, lässt sie in den Grundfesten der Villa eine Platte mit ihrem Namen eingravieren. Der Zufall rettete eine Abschrift, das Lastenheft und ihre Entwürfe.

Die Historiografen schrieben später ihre Werke entweder Basilio zu oder ignorierten sie. Auch ihre produktiveren Kolleginnen Artemisia Gentileschi und Lavinia Fontana wurden vergessen. Keines dieser Existenzmodelle hat Schule gemacht, sie blieben Einzelkämpferinnen. Mazzucco hat aber noch eine andere Erklärung: „Plautilla hatte weder Erben noch Schüler. Außerdem waren die Franzosen unter Mazarin und dem Sonnenkönig verhasst in Rom.“ Die „falschen“ Auftraggeber also.

Die im Roman auftauchenden Namen, Fakten, Daten sind historisch, postuliert Mazzucco im Nachwort. „Natürlich können Fakten unterschiedlich interpretiert werden“, räumt die Autorin ein. Zwischen dem Abt und Plautilla spinnt sie eine heimliche Liebesbeziehung, „weil er sie im Testament bedachte, wie es gewöhnlich Prälaten mit ihren Kurtisanen machten: mit einem lebenslangem Wohnrecht“.

Mit der Präzision einer Historikerin verwebt Mazzucco das Leben der Künstlerin mit dem der Stadt. Die Biografie gewann 2020 den Silvia-Dell'Orso-Preis als bestes populärwissenschaftliches

Buch und regte zu einer Ausstellung im Palazzo Corsini an, wo erstmals ihre Werke gezeigt wurden. Auch die Forschung läuft seitdem auf Hochtouren: Weitere Bilder wurden entdeckt, und ihr Todesjahr konnte von 1705 auf November 1692 korrigiert werden.

Inzwischen erhielt ein Weg in der Villa Pamphili ihren Namen. Führungen durch die Altstadt zeigen ihre wenigen erhaltenen Werke und zahlreichen Lebensstationen, die sich zwischen den Gassen des Tridente, Borgo und von Trastevere abspielen. Die Kirche scheint weniger Eile zu haben, die vergessene Künstlerin zu rehabilitieren. Ihr Madonnenbild in Santa Maria in Montesanto hatte bis vor Kurzen nicht einmal eine aktualisierte Beschriftung. „Dabei entdeckte die Restauratorin bereits 2016 die wahre Geschichte des hochverehrten Altarblatts“, erzählt Mazzucco.

Nicht besser sieht es in der Kapelle in San Luigi dei Francesi aus, an der Hunderte von Besuchern täglich vorbeilaufen, um die Caravaggio-Gemälde zu sehen. Hier ist „P. Bricci“ angegeben, „als könne man nicht glauben, dass es sich um eine Frau handelt“. Es ist nicht leicht, Spuren Plautillas in der Ewigen Stadt zu finden. Einen würdigen Platz in der Stadtgeschichte gibt ihr bisher nur der Roman.

**Melania G. Mazzucco:** „Die Villa der Architektin“. Aus dem Italienischen von Karin Fleischanderl. Folio Verlag, Wien/Bozen 2024, 480 Seiten, 28 Euro

### berichtigung

Kompliziert ist es in Dowschenkos Sowjetfilm „Arsenal“, las man in der wochentaz. Kompliziert im Text war das Wort „komplizieren“, so ohne „ver-“. Ersteres zeichnet sich durch Neutralität aus, während ein Präfix eine unnötige Komplikation behauptet.



## Wie steht's, Ha-Neu?

Einst größte Planstadt der DDR, dann um die Hälfte geschrumpft – und jetzt? Halle-Neustadt feiert sein 60. Jubiläum mit einem Festival

18 Stockwerke hoch und 16 Wohnungen breit ragen die fünf „Scheiben“ als Wahrzeichen über Halle-Neustadt. Eines der fünf Hochhäuser ist saniert, dort sitzt die Stadtverwaltung, in einem anderen, etwas heruntergekommenen, das Jobcenter. Die Fassade des mittleren Hochhauses wurde für Umbauarbeiten demontiert, die 300 neuen Wohnungen sollten eigentlich schon 2020 fertig sein. Zwei der Giganten sind ganz verlassen, großflächige Graffiti bedecken die Hauswand. Sie gehören einem Privateigentümer, der nichts mit ihnen anzufangen weiß.

Die fünf Scheiben sind ein Sinnbild für das zwischen Zerfall und Potenzial stagnierende Halle-Neustadt. Die ehemals eigenständige Stadt war nach Berlin-Marzahn das zweitgrößte städtebauliche Projekt der DDR, der Wohnort für Arbeiter:innen der Chemieindustrie zählte mal 90.000 Einwohner:innen.

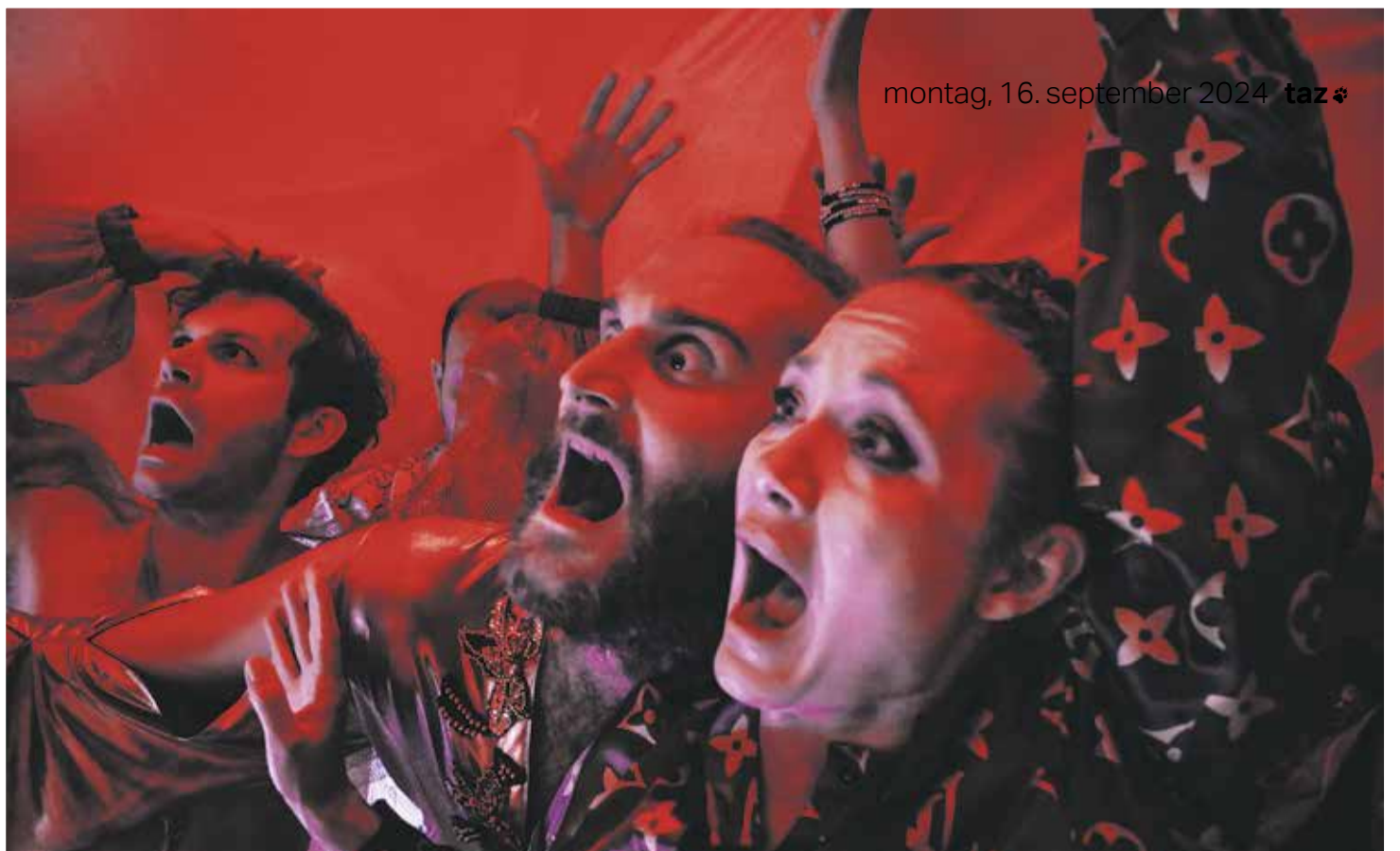
An diesem Wochenende feierte „Ha-Neu“ sein 60-jähriges Bestehen mit dem Festival „wohn\_komplex“. Im Prisma-Kino, in der hintersten Ecke einer dieser Einkaufszentren, die nach 1990 in so vielen Städten Ostdeutschlands aus dem Boden schossen, fand als Auftakt der dreitägigen Veranstaltungsreihe ein erstes Symposium zur Wendezeit in Halle-Neustadt statt. Der Umbau des Stadtteils wurde damals größtenteils aus dem Westen organisiert, zentrale Gebäude wie die Scheiben wurden an Privatinvestoren verkauft. Viele junge, ausgebildete Menschen gingen weg, es blieben die älteren Generationen. Innerhalb weniger Jahre halbierte sich die Einwohnerzahl.

Heute ist Halle eine der Städte mit der stärksten sozialen Segregation in Deutschland. Während die Mieten in der Altstadt mit ihren Gründerzeithäusern stetig steigen, stehen viele Plattenbauten von Halle-Neustadt leer. Trotzdem wohne man gern im Stadtteil, lässt sich auf dem Festival vernehmen, vor allem wegen der günstigen Mieten und der Nähe zum Grün – ein häufig übersehener Vorteil der DDR-Großsiedlungen. Aber es gebe eben zu wenig Möglichkeiten, seine Freizeit zu gestalten, einander zu begegnen, keine Orte für Kultur, heißt es. Die Anonymität des Massenwohnungsbaus, sie verschlimmere sich, je heruntergekommenere sein Zustand ist. Das kennt man doch auch aus den Banlieues von Paris, eigentlich aus jeder Großsiedlung. Man muss sich eben um sie kümmern. Das ist jedoch schwieriger, je mehr vom Stadtteil in privater Hand liegt.

Nicht weit entfernt vom Prisma-Kino befindet sich in einer kleinen Nebenstraße, in einem unscheinbaren Verwaltungsgebäude der Wohnungsgenossenschaft Bauverein, die Geschichtswerkstatt von Halle-Neustadt. Es sind zwei kleine Zimmer am Ende eines schmalen Gangs. Zum Festival quillen ihre Vitrinen über von Exponaten aus der Geschichte von „Ha-Neu“, die Besucher:innen drängen sich aneinander. Dabei mangelt es in Halle-Neustadt zumindest theoretisch nicht an freiem Raum. Eine solche Ausstellung könnte doch auch in einer der leerstehenden Scheiben stattfinden, in einer von den Privateigentümern.

Rosa Budde

Mit Drogen versucht das siebenköpfige Ensemble in „Kleiner Mann – was nun?“ seinen Seelenschmerz zu lindern  
Foto: Just Loomis



## Aus Rot wird Braun

Berlin in den 1930ern: Frank Castorf inszeniert Hans Falladas Roman „Kleiner Mann – was nun?“ am Berliner Ensemble und zieht Parallelen bis in die Jetztzeit

Von Tom Mustroph

Wenn die Verhältnisse zu kompliziert werden, greift der Mensch gern zu Betäubungsmitteln. Die mildern den Seelenschmerz und öffnen Türen zu anderen Welten. So pilgerten denn Scharen von Wegbegleitenden Frank Castorfs am Wochenende ins Berliner Ensemble (BE), um sich dort ihre Dosis des Regisseurs abzuholen.

Der Bühnenapotheker aus Ostberlin lieferte auch, dank eines zu wilder Brillanz gepeitschten Ensembles. Sie schufen einen fünfeinhalbstündigen Parforceritt durch das Leben des Drogenkonsumenten Hans Fallada und dessen literarischen Welthit „Kleiner Mann – was nun?“. Weitere Feuerkraft gaben Einsprengel von Dramatiker Heiner Müller und Lieder etwa aus dem Spanischen Bürgerkrieg.

Den Rahmen bildeten aber die Drogen. Aus einer siebenköpfigen Bande mit Glitzerklamotten heraustratend zerdehnte, zerdrückte und zerkaute zunächst Jonathan Kempf eine expressionistische Beichte Falladas über Suizidfantasien, Entfremdungsgefühle und Rauschzustände. Auch Entwöhnung ist Thema. Im schmissigen Chor

schwören alle sieben Darstellenden mit dem Song „Nie wieder“ dem Kokaingebrauch ab.

Der Schwur hält nicht lange, natürlich nicht. Die Zeiten sind ja auch zum Flüchten. In seiner sprunghaften Lektüre von Falladas „Kleinem Mann“ pickt Castorf sich bald das schrille Pärchen Mutter Pinneberg (Artemis Chalkidou) und deren kleinkriminellen Partner Jachmann (Andreas Döhler) heraus. In einem Keller des BE, malerisch verrumpelt mit dicken Eisenrädern, setzen sich die zwei gegenseitig Spritzen. Kreatur trifft auf Kreatur, balgt um einen Zipfel von Lebensglück, wissend, dass das Glück nur ephemere, das Betrogenwerden aber permanent ist. Beide werden im Großformat auf die Leinwand projiziert, eingefangen von je einem der beiden Live-Kamerateams, mit teils sich überkreuzenden Perspektiven. Dann steigen sie in eine hypermoderne Duschzelle, die mitten im Keller leuchtet. Mit dem Wasser tropft rote Flüssigkeit von oben auf die Körper. Verletzung und Verletzlichkeit zugleich sind auf die Bühne gemalt, wie schon lange nicht mehr gesehen. Man fühlt sich mit diesem Ensemble an Glanzzeiten der alten Volksbühnen-Crew erinnert, und das

nicht nur, weil Kathrin Angerer schräg vor einem im Zuschauerraum sitzt.

Die lädierte Mutter steigt schließlich aus dem Keller nach oben, trifft dort auf Pauline Knof als Lämmchen, die biestig zur Schwiegermama und oberstöß zum jungen Gatten Pinneberg ist. Als Lämmchens Mutter wiederum bringt Knof in einer der Szenen zuvor die geschundene Hellsichtigkeit einer Unterschichtsfrau zum Glühen. Im Hause Mörschel, dem Elternhaus Lämmchens, lässt Castorf das Hohelied proletarischen Widerstands singen. Eine Rote Fahne wird hingebungsvoll geschwungen. Und nachdem Gabriel Schneider als Bruder Karl sein Gesicht in rotes Kunstblut getaucht hat, stimmen alle mit der Unterstützung der volltönenden Stimme des roten Barnden Ernst Busch das Lied der Jarama-Front an – einem Durchhaltelied der Internationalen Brigaden gegen Franco-Faschisten und die deutsche Legion Condor. Ostdeutsche Herzen werden wenig später mit dem Lied „Der kleine Trompeter“ in sentimentale Schwingungen versetzt. Der Song beschrieb den Tod eines kommunistischen Musikers in Straßenkämpfen 1925 und fand weite

Verbreitung in der DDR. Das Lied wurde in den 1930er Jahren auf Horst Wessel umgedichtet, einen Nazi, der von Kommunisten getötet wurde. Diese Pointe, wie mit wenigen Strichen aus roter Folklore braune gemacht werden kann, lässt Castorf allerdings aus.

Mit den kommunistischen Songs wie auch mit Einschüben von Müllers Texten akzentuiert Castorf die von Fallada nur angedeuteten politischen Kämpfe jener Zeit. Er verlängert das in die Gegenwart, lässt unter einem grün angeleuchteten roten Tuch vom Verrat durch Sozialdemokraten und Grüne raunen. Auswege kennt er allerdings keine. Das mächtige Räderwerk der Drehbühne, das tatsächlich aus sowjetischen Panzerteilen besteht, dreht sich am Ende als Decke eines Luftschuttkellers im Berlin des Jahres 1945.

Nach diesem dröhnenden weltgeschichtlichen Exkurs kommen die Drogen zurück. Auf einem zerknautschten roten Teppich, der mit feucht gewordenen Federn bedeckt ist, erzählt Knof als letzte Ehefrau Falladas, wie ein paar Schlafmittel zu viel aus ihrer Hand den Tod des Gatten herbeigeführt hätten. Ein stilles Ende eines großen Abends.

## Tausend Tage in Freiheit

Die argentinische Regisseurin Lola Arias inszeniert „Los días afuera“ mit Ex-Häftlingen am Gorki Theater Berlin. Das Projekt knüpft an ihren jüngsten Film „Reas“ an

Von Eva-Christina Meier

In festlichen Anzügen und langen schwarzen Abendkleidern geben Yoseli, Paulita, Carla, Estefanía, Noelia und Nacho im Prolog zu „Los días afuera / The Days Out There“ knappe Auskunft über ihre Biografien. Für die sechs Akteur:innen aus Argentinien ist es nicht selbstverständlich, an diesem Abend auf der Bühne des Berliner Gorki Theaters zu stehen. Lange Zeit waren sie wegen Drogenhandel, Raub oder Betrug inhaftiert. Nun aber sind sie seit 930, 1.019, 1.172 oder 1.585 Tagen in Freiheit. In der dokumentarisch-musikalischen Inszenierung von Lola Arias geben die Darsteller:innen distanzierte Einblicke in ihr randständiges Leben drinnen und draußen.

Zuvor hatten sie als Protagonist:innen bereits in Arias Film „Reas“ mitgewirkt, der im Februar 2024 seine Premiere auf der Berlinale feierte. Das Musical war aus einem Workshop

auf Grundlage von Interviews mit cis und trans Personen entstanden, die in verschiedenen Frauengefängnissen in Argentinien inhaftiert waren. Die Dreharbeiten fanden in den Gefängnisruinen von Ezeiza am Rand von Buenos Aires statt.

Bei den Mitwirkenden entstand bald der Wunsch, das Projekt auf der Bühne fortzusetzen und im März begannen die Theaterproben in Buenos Aires mit Yoseli Arias, Paulita Asturayme, Carla Canteros, Estefanía Hardcastle, Noelia Pérez und Ignacio (Nacho) Rodríguez. Im Mai wurde „Los días afuera“ in Argentinien uraufgeführt und tourte seitdem in Europa.

Im Gespräch mit der spanischen Tageszeitung *El País* beschrieb die Theatermacherin dieses Projekt als das bisher schwierigste ihrer Karriere, „denn es muss nicht nur funktionieren, das Publikum bewegen und so weiter, sondern ich fühle auch eine Verantwortung für das Leben dieser Menschen.“

Natürlich bin ich nicht für alles verantwortlich, aber ich bin dafür verantwortlich, dass das, was ihnen durch das Stück widerfährt, einen positiven Einfluss auf ihr Leben hat.“

Wenn Nacho, der im Gorki wegen Krankheit von dem trans Mann Natal Delfino ersetzt wurde, auf der Bühne von dem Wassertank berichtet, den er sich nun endlich leisten konnte oder die trans Frau Noelia von der neuen Berühmtheit in der Ballroom-Szene in Buenos Aires schwärmt, thematisieren auch sie, wie sehr die Theaterarbeit ihre Lebenssituation verändert hat, aber auch wie fragil diese neue Existenz erscheint.

Die aktuelle politische Entwicklung in Argentinien kommt erschwerend hinzu. Seit dem Amtsantritt des rechtspopulistischen Präsidenten Javier Milei im Dezember 2023 werden mühsam erkämpfte Rechte von Minderheiten wieder abgeschafft, das Sozialsystem demontiert und die Kultur attackiert. Und so

zeichnen die Erfahrungen nach der Haft, widergespiegelt in den schonungslosen Berichten der Akteur:innen, auch ein aktuelles Bild vom Rand der südamerikanischen Gesellschaft – von Stigmatisierung, Polizeiwilkkür, Ausbeutung, Missbrauch und Abhängigkeit.

Im Frühjahr wurde Arias von der Nachricht überrascht, für ihr Theater 2024 mit dem hoch dotierten internationalen Ibsen-Preis der norwegischen Regierung ausgezeichnet zu werden – als zweite Frau und als erste Lateinamerikanerin. Im Oktober wird Arias der renommierte Preis im Osloer Nationaltheater überreicht.

Im Gorki Theater hat „Los días afuera“ das Berliner Publikum am Samstagabend tief bewegt. Nach spontanem Zwischenapplaus für leidenschaftlich performte Songs und Voguing wurde das sichtlich erschöpfte Ensemble am Ende der Vorstellung mit stehenden Ovationen im Saal belohnt.

bundes talk

## Kamala Harris weiter Weg zum Sieg

Das TV-Duell gegen Donald Trump hat Harris souverän gewonnen. Doch wie wird der Kampf um das Weiße Haus ausgehen? Darüber spricht Stefan Reinecke mit Barbara Junge, Bernd Pickert und Marina Klimchuk.



Podcast hören:  
[www.taz.de/bundestalk](http://www.taz.de/bundestalk)





## leibesübung:innen

## Der einfache Kick wird kompliziert

Die Fußballerinnen vom VfL Wolfsburg stehen nach mühsamem Saisonstart vor einer schweren Prüfung

Mit den einfachen Dingen haben die Fußballerinnen vom VfL Wolfsburg derzeit noch so ihre Schwierigkeiten. Etliche gute Möglichkeiten ließen sie bei ihrem Bundesligaauswärtsspiel in Jena ungenutzt. Eine Standardsituation (Eckball) und ein kleines akrobatisches Kunststück von Alexandra Popp mit der Hacke brauchte es, um den Aufsteiger mit dem geringstmöglichen Unterschied (0:1) zu bezwingen.

Bereits beim Saisonauftakt vor eigenem Publikum hatte Wolfsburg erhebliche Mühe und musste sich mit Werder Bremen die Punkte teilen (3:3). Nach den schmerzlichen Abgängen von Lena Oberdorf (Bayern

München), Ewa Pajor (FC Barcelona) und Dominique Janssen (Manchester United WFC) könnte das Team von Trainer Tommy Stroot vor einer komplizierten Saison stehen.

Vergangenen Mai sah es besonders düster in Wolfsburg aus. Der 35-jährige Stroot kündigte nach dem verloren gegangenen Meisterschaftskampf gegen Bayern München nämlich zudem an, seinen 2025 auslaufenden Vertrag nicht verlängern zu wollen. Ein Trainer auf Abbruch, das schien keine günstige Konstellation, um beim personellen Umbau perspektivisch die Konkurrenzfähigkeit zu den Bayern wiederherzustellen.

Doch just vergangenen Donnerstag kam die Kehrtwende. „Ich bleibe bis 2027“, verkündete Stroot und begründete das mit den deutlich veränderten Rahmenbedingungen. Der neue Aufsichtsratsvorsitzende Sebastian Rudolph und Sport-Geschäftsführer Peter Christiansen hätten „konkrete Vorstellungen“, welche Maßnahmen es bräuchte, um die VfL-Frauen in eine erfolgreiche Zukunft zu führen. Ein Statement, das nachträglich offenbarte, was Stroot zuletzt im Verein fehlte. Der Däne Christiansen war im Sommer vor allem als Experte im Männerfußball verpflichtet worden. Offenbar räumt er gemeinsam mit der Vereinsführ-

ung Ralf Kellermann, dem langjährigen Sportdirektor der Fußballerinnen beim VfL, mehr Spielräume ein, als zu erwarten war.

Nach dem glanzlosen Auftritt gegen Jena beschwichtigte Stroot: „Es sind eben neue Erfahrungswerte mit dieser Gruppe.“ Mit der niederländischen Nationalspielerinnen Lineth Beerensteyn und den deutschen Auswahlspielerinnen Sarai Linder und Janina Minge hat sich der VfL durchaus prominent verstärkt. Doch in den Play-offs gegen den AC Florenz steht bereits mächtig viel auf dem Spiel. Das Hinspiel wird am Mittwoch in Italien angepfiffen.

Johannes Kopp

## Ränke- und andere Spiele

Bayer Leverkusen siegt souverän 4:1 bei der TSG Hoffenheim. Aber dort ist der Klub mehr damit beschäftigt, seinem Trainer Pellegrino Matarazzo das Leben schwer zu machen, als die Voraussetzungen für künftige Erfolge zu schaffen



dabei bemerkenswert anders als in der teilweise rauschhaften Meistersaison: ruhig, abgeklärt und geduldig, und immer auf Spielkontrolle aus, wie eine Ballbesitzquote von 60 Prozent dokumentierte. Zu meckern gab es dennoch etwas. Zumindest fand das Granit Xhaka, der auch gegen ein 7:1 nichts einzuwenden gehabt hätte: „Wir müssen lernen, den Sack zuzumachen.“ Gegen Leipzig habe eine 2:0-Pausenführung nicht zum Sieg gereicht, da sei es ärgerlich, wenn man im darauffolgenden Spiel den Gegner noch mal herankommen lasse – auch im Hinblick auf das Spiel bei Feyenoord Rotterdam am Donnerstag: „In der Champions League kriegst du keine acht hundertprozentigen Chancen.“

Tatsächlich hätte der Leverkusener Sieg gegen eine im zweiten Durchgang stark nachlassende Hoffenheimer Elf höher ausfallen können. Doch auch so reichte es nach

## Hinter Matarazzos Rücken soll die TSG bereits mit Sandro Wagner verhandeln

Toren von Martin Terrier (17.), Victor Boniface (30./75.) und Florian Wirtz (72./Foulelfmeter) zu einem ungefährdeten Dreier. Hoffenheim konnte all dem nur den zwischenzeitlichen Anschlusstreffer durch Mergim Berisha entgegensetzen (37.).

Nun wäre auch eine deutliche Niederlage gegen den deutschen Meister nichts Ehrenrühriges. Zumindest dann nicht, wenn man sich wie Hoffenheim 15 Torschüsse erarbeitet und eine Halbzeit recht gut im Spiel ist. Und dennoch gab es für die TSG mal wieder genug Grund, sich an die eigene Nase zu fassen. Wenn man auf Konter spielt – was gegen einen Gegner wie Leverkusen eine realistische Vorgehensweise sein kann – sollte eine Abseitsfalle mit Vorsicht eingesetzt werden. Da das zweimal anders war, stand es schnell 2:0 für die Gäste.

Die Diskussionen um Trainer Pel-

legrino Matarazzo würden allerdings wohl auch dann nicht abebben, wenn Hoffenheim nur 1:2 verloren hätte. Selbst die Qualifikation zur Europa-League, die unter Matarazzo im Sommer gelang, hat dem ja nicht die Möglichkeit beschert, die Mannschaft in Ruhe weiterentwickeln zu können. In der *Süddeutschen Zeitung* hatte er vor der Partie durchblicken lassen, dass er intern kaum noch Rückhalt verspürt und neue Spieler ohne sein Mittun verpflichtet werden. Auch seither habe er von der Vereinsführung „nichts gehört“, wie er am Samstag erwähnte.

Dabei wusste er um Zeitpunkt des Interviews womöglich noch gar nicht, dass allem Anschein nach hinter seinem Rücken bereits ein potenzieller Nachfolger in Person des derzeitigen Co-Trainers der Nationalmannschaft, Sandro Wagner, kontaktiert worden war, wie der *Kicker* erfahren hat. Und zwar offenbar auch von der Berater-Agentur Rogon. Dass die dem Hoffenheimer Mäzen Dietmar Hopp nahesteht, ist bekannt. Und die ist auch einer der Gründe, warum die Hoffenheimer Ultras im Dauerclinch mit dem Verein liegen, dem sie Intransparenz und Cliquenwirtschaft vorwerfen: „Keine Deals mehr mit Rogon“ stand dann auch auf einem Sticker, der auf die Laternenmasten im Stadionumfeld geklebt worden war und das durchgestrichene Konterfei des Agenturgründers Roger Wittmann zeigt. Dass eine Spielerberatungsagentur so prominent vertreten ist, wie Rogon es seit vielen Jahren bei der TSG ist, ist in der Branche schon etwas Besonderes. Zumal die *Kicker*-Meldung aus der vergangenen Woche nun nahelegt, dass die Agentur mittlerweile auch Teile des operativen Geschäfts der TSG betreibt. Dem bedauernswerten Matarazzo blieb da nur zu betonen, dass er sich „ruhiges Arbeiten“ wünsche. Das könnte ihm der Klub leicht ermöglichen – etwa, indem er die Meldung empört zurückweist oder sich zu einem halbwegs glaubwürdigen Bekenntnis zum Coach herablässt. Beides blieb am Samstag auch auf Nachfrage aus.

Am Spielfeldrand der TSG Hoffenheim: Noch-Cheftrainer Pellegrino Matarazzo  
Foto: imago/eibner

## Aus Sinsheim Christoph Ruf

Nach dem entspannten 4:1-Sieg von Bayer Leverkusen in Sinsheim machten 3.500 Gästefans jede Menge Lärm. Von den 28.000 Heimfans hingegen war ebenso wenig zu hören wie in den 90 Minuten zuvor. Sehr zum Ärger der Hoffenheimer Spieler, die sich wenigstens die sonst übliche Unterstützung gewünscht hätten. Der nun schon im zweiten Heimspiel anhaltende

Stimmungsboykott der aktiven Fanszene sei „ein Thema zwischen Fans und Verein, aber wir als Spieler sind die Leidtragenden“, befand Florian Grillitsch. Und Kapitän Oliver Baumann ergänzte gemeinerweise, dass „wir eh nicht das lautstärkste Publikum haben“. Aus gegebenem Anlass wunderte er sich zudem, dass gleich das ganze Stadion still bleibt, weil 100 Ultras ihren Job als Stimmungskanonen verweigern: „Es gibt drei andere Tribü-

nen, die auch noch dürfen. Es gibt ja kein Verbot.“

Dass Leverkusen wohl auch gewonnen hätte, wenn sich der eigene Anhang die Seele aus dem Leib gebürllt hätte, wollten aber auch Baumann und Grillitsch nicht bestreiten. Leverkusen, das ja am vergangenen Wochenende nach 35 Spielen ohne Niederlage erstmals gegen RB Leipzig wieder verloren hatte, zeigte sich jedenfalls gut erholt von dem traumatischen Ereignis und spielte

## das detail

## Bescheidenheit und Karriere

Er kann's noch, der Günter Netzer. Mit lässiger Arroganz lässt er anlässlich seines 80. Geburtstags nicht nur alle wissen, dass er der Beste ist, sondern zugleich kann er dies noch als Akt der Bescheidenheit verkaufen. „Ich hätte sicher die Klasse von Pelé erreicht“, vertraute der Europameister von 1972 dem *Kicker* an, aber: „Ich war nicht so besessen vom absoluten Erfolg.“

Wer weiß, wo der Mann heute sonst stünde! Vielleicht wäre der Mittelfeldregisseur nicht nur zehn Jahre lang in Mönchengladbach versauert, son-

dern hätte sogar bei, sagen wir: Real Madrid gespielt. Und danach hätte er doch irgendwas mit Medien machen können, etwa mit Fernsehrechten handeln. Bei etwas Ehrgeiz hätte er in einer Sportrechteagentur Karriere gemacht.

Auch Profivereine hätten von einem wie Netzer profitiert. Es hätte ja gar nicht Gladbach sein müssen, wo er schon als Profi das *Fohlenecho* verlegte. Auch einem Traditionsklub wie, sagen wir: dem Hamburger SV hätte von ihm profitiert. Insider vermuten, dass drei Deutsche-Meister-Titel oder

gar ein Europapokal der Landesmeister möglich gewesen wären.

Wenigstens als TV-Plauderer hätte Netzer reüssieren können. Wenn ihm ein erfahrener Moderator, sagen wir: Gerhard Delling zur Seite gestellt worden wäre, hätte das vielleicht klappen können.

Nur wenige wissen, dass dieser bescheidene Kerl Eingang in die Kommentare der Fußballregeln gefunden hat. „Abseits ist“, definierte Netzers früherer Trainer Hennes Weisweiler, „wenn das blonde Arschloch wieder zu spät abgespielt hat.“ (mak)



Günter Netzer  
Foto: dpa/gollnow



Es muss nicht immer Weltrekord sein: Duplantis springt über 6,11 Meter Foto: Yves Herman/dpa

## In verrückten Sphären

Stabhochspringer Armand Duplantis macht beim Diamond-League-Finale in Brüssel nur das Nötigste. Für einen Meeting-Rekord reicht es trotzdem

Von **Susanne Rohlfing**

Drei Sprünge, ein Sieg und ein Meetingrekord – zu mehr war Armand „Mondo“ Duplantis nicht mehr in der Lage im letzten Wettkampf der Saison. „Meine Beine haben sich furchtbar angefühlt heute, ich bin einfach richtig müde“, teilte der Superstar der Leichtathletik am Freitagabend in Brüssel mit. Dort hatten sich zum Abschluss der Olympiasaison noch einmal die Besten der Besten getroffen, in 32 Disziplinen traten am Freitag und Samstag die jeweiligen Topstars der Welt beim Diamond-League-Finale gegeneinander an.

Duplantis hielt den eigenen Aufwand auf ein Minimum begrenzt. Er stieg bei 5,62 Meter ein, holte sich mit seinem zweiten blitzsauberen Sprung des Abends über 5,92 Meter den Sieg und ließ die Latte schließlich auf 6,11 Meter legen, einen Zentimeter höher als bei seinem Meetingrekord vor einem Jahr. Auch der Sprung saß, und dann machte der 24 Jahre alte Schwede Feierabend. Der Weltrekord sei nicht drin gewesen an diesem Tag, sagte Duplantis, er habe „ein paar verrückte Wochen“ hinter sich.

Es ist wohl eher eine ganze verrückte Saison gewesen, in der dieser schwedisch-amerikanische Modelathlet seinen Ausnahmestatus untermauerte. Dreimal verbesserte er seinen Weltrekord, er steht nun bei 6,26 Meter. Zehnmal hat er die Marke in den vergangenen viereinhalb Jahren immer weiter in Sphären geschoben, in die aktuell kein anderer Sprin-

ger vordringen kann. In diesem Jahr holte sich Duplantis außerdem seinen dritten EM-Sieg und zum zweiten Mal olympisches Gold.

Und er verschaffte der Leichtathletik einen schillernden Moment abseits der klassischen, von einigen als veraltet und langweilig verschrienen Wettkampfstruktur: Der Stabhochsprung-Weltrekordler Armand Duplantis trat gegen den 400-Meter-Hürden-Weltrekordler Karsten Warholm aus Norwegen an. Die Überflieger trafen sich auf der für sie beide ungewohnten 100-Meter-Distanz.

### Brimborium in Zürich

Möglich war das, weil das Schuhwerk der beiden derselben Marke nutzen und vom selben Sponsor aus der Getränkebranche unterstützt werden. Der betitelte den Vergleich dann auch gleich mal als „Duell der Titanen“ und ließ die Kontrahenten am Vorabend des Diamond League Meetings in Zürich im Stile zweier Boxer ins Stadion einmarschieren. Es gab viel Brimborium um einen sportlich, aber in der Tat auch spannenden Vergleich: Warholm, der Spezialist auf der Laufbahn, versiert im Start aus den Blöcken, gegen Duplantis, der oberflächlich betrachtet nicht viel vorzuweisen hat für ein Duell über 100 Meter, nach Ansicht seines Vaters und Trainers aber den Sprinter, Weitspringer und Turner in sich vereint.

Tatsächlich überquerte dann der vermeintliche Außenseiter Duplantis einen Schritt vor Warholm die Ziellinie, bei für Fachfremde beachtlichen

10,37 und 10,47 Sekunden stoppte die Uhr. Anderthalb Wochen später in Brüssel gestand Duplantis nun: „Das hat meinen Körper mehr mitgenommen, als ich erwartet hatte.“

Derweil dürfte der Leichtathletik-Weltverband World Athletics aus dem erfolgreichen Duell zwischen Duplantis und Warholm Mut schöpfen, sich weiter an neuen Formaten zu versuchen, um die Traditionssportart auch in der modernen Welt für junge Menschen interessant zu halten. So ist etwa eine alle zwei Jahre stattfindende zusätzliche WM geplant, bei der an drei Tagen Weltmeister, Olympiasieger, Diamond-League-Gewinner und die leistungsstärksten Athletinnen und Athleten der jeweiligen Saison gegeneinander antreten sollen. Und im Weitsprung wird über die Abschaffung des Balkens zugunsten einer Absprungzone nachgedacht, um die Zahl der Fehlversuche zu verringern.

Die Deutschen werden sich strecken müssen, um mitmischen zu können. An Weltstars mangelt es ihnen aktuell. Vier Medaillen wurden bei den Olympischen Spielen in Paris gewonnen, lediglich jene von Kugelstoßerin Yemisi Ogunleye war golden. Die Mannheimerin war als eine von sechs Deutschen auch in Brüssel dabei und beendete ihre hervorragende Saison mit Platz drei. Ihr sportlicher Erfolg, gepaart mit ihrer herzerfrischenden Offenheit und ihrem mit Stolz präsentierten Glauben an Gott dürfte sie zur heißesten Anwärterin auf die Auszeichnung zur deutschen Sportlerin des Jahres machen.

## Trauer in Uganda



Trauerzug für Rebecca Cheptegei Foto: imago/Zuma Wire

In Uganda haben Freunde, Freundinnen, Sportkollegen und -kolleginnen und ihre Familie Abschied von der nach einer Brandattacke ihres Lebensgefährten gestorbenen Olympia-Teilnehmerin Rebecca Cheptegei genommen. Im Heimatort ihrer Familie, dem Dorf Bukwo im Osten Ugandas, fanden sich am Samstagmorgen Nachbarn, Angehörige und Offizielle ein, um der Athletin die letzte Ehre zu erweisen. Am Tag zuvor hat ein Demonstrationzug von Aktivistinnen, Sportlern und Sportlerinnen stattgefunden, die im Gedenken an Cheptegei für ein Ende von Gewalt gegen Frauen protestierten. Nach der Trauerzeremonie wurde Cheptegeis Leichnam zu einem nahegelegenen Stadion transportiert werden, wo die Öffentlichkeit von ihr Abschied nehmen könne. Danach werde Cheptegei, die auch Feldwibel in der ugandischen Armee war, beerdigt.

## Niederlande auf dem Rad



Lorena Wiebes Foto: dpa/maeterlinck

Lorena Wiebes hat die niederländische Dominanz bei der Rad-EM im Straßenrennen der Frauen fortgesetzt. Die 25 Jahre alte Topsprinterin siegte erwartungsgemäß auf dem Rundkurs über 162 Kilometer von Heusden-Zolder nach Hasselt im Massensprint vor der Italienerin Elisa Balsamo und der Polin Daria Pikulik. Es war bereits der achte Oranje-Erfolg bei der neunten EM-Auflage und der zweite Titelgewinn für Wiebes nach 2022. Das deutsche Team spielte bei der Entscheidung keine Rolle.

Beste Deutsche war die nationale Meisterin Franziska Koch auf Rang 13. Das deutsche Team hat bislang bei der EM fünf Medaillen eingefahren. Höhepunkt ist am Sonntag das Straßenrennen der Männer (nach Redaktionsschluss). Nächste Woche finden in Zürich die Weltmeisterschaften teil. Das deutsche Frauenteam wird dort von den Olympia-Starterinnen Liane Lippert, Franziska Koch und Antonia Niedermaier angeführt. Das Männerteam wird Anfang der Woche bekanntgegeben.

## Tennis: Hoffen auf Zverev



Kevin Krawietz (r.) und Tim Pütz Foto: Reuters/siu

Für den angestrebten ersten deutschen Davis-Cup-Titel seit 1993 hofft der Deutsche Tennis Bund auf eine Rückkehr von Topspieler Alexander Zverev ins Team. „Ich glaube, um wirklich diese Salatschüssel mal hochzuhalten, muss alles zusammenpassen – von den Spielern, von A bis Z im Endeffekt“, sagte Teamchef Michael Kohlmann (50). Im chinesischen Zhuhai hatte die deutsche Auswahl stark ersatzgeschwächt die Qualifikation für die Endrunde im spanischen Malaga vom 19. bis 24. November geschafft. Nicht nur der Weltranglisten-Zweite Zverev fehlte, sondern auch die verletzten Jan-Lennard Struff und Dominik Koepfer. Nach den zwei Auftaktsiegen gegen die Slowakei und Chile (jeweils 3:0) verlor das deutsche Team zum Abschluss der Gruppenphase 1:2 gegen die USA und holte nur durch das Doppel Kevin Krawietz und Tim Pütz einen Punkt. Das Team schloss die Gruppe als Zweiter hinter den USA ab und wird im Viertelfinale in Malaga auf einen Gruppensieger treffen.

### press-schlag

## Nach der Morgenröte

Der Auftakt der Männer-Bundesliga lädt zu einem anderen Blick ein. Aber allzu viel Versöhnlichkeit wäre unangebracht



Die ersten Spieltage einer Saison sind, filmisch gesprochen, *Before Sunrise*-Momente: Ein frischer Beginn, viel Zauber liegt im Kleinen und Unscheinbaren. Noch haben Großklubs und Titelrennen nicht den öffentlichen Diskurs an sich gerissen. Noch ist Raum da, um die herausragende Arbeit in Heidenheim anzuerkennen – nicht nur, weil sie sich gerade für jeden Trottel erkennbar tabellarisch zeigt. Noch ist Raum da, um anzuerkennen, was für ein interessanter Streich-Nach-

folger Julian Schuster beim SC Freiburg ist, und wie mutig und spielfreudig Holstein Kiel (entgegen des für jeden Trottel erkennbaren Tabellenplatzes) in den ersten beiden Partien agierte. Selbst gegenüber dem FC Bayern München, der mit Vincent Kompany seit Langem mal wieder einen sympathisch bescheidenen Coach mit origineller Spielidee hat, waren viele ungewohnt neugierig.

Aber dieser Moment der Morgenröte ist kurz, und er scheint verfliegen mit dem 6:1, mit dem

Bayern an die Tabellenspitze pflügte und Holstein Kiel zerlegte. Vieles wird wie immer jetzt, und noch mehr vom selben. Die nun startende Champions League erinnert freundlich daran, dass sie jetzt quasi eine Dauerliga ist. Alle streiten wieder über die Handspielregel, Spieler hüpfen durch den Strafraum wie ein Reh auf der Flucht vor Jägers Kugel. Und wie gewohnt seit dem VAR wird ständig Elfer gepfiffen.

An diese Auffälligkeit lohnt es, zu erinnern: 13 Elfmeter gab es bis Redaktionsschluss an drei Spieltagen, sechs davon allein an diesem. Es könnte ein Allzeit-Startrekord werden. Rund 77 Prozent werden üblicherweise verwandelt, oft ohne nennenswerte Torchance vorab; jedes zweite Spiel wird also mittlerweile durch ein (fast) geschenktes Tor mitentschieden. Was für ein Unsinn. Über

diesen Unsinn wird wohl bald wieder laut gestritten werden. Aber bemerkenswert ist auch, über welchen Unsinn kaum mehr gestritten wird. Superreiche, Dauermeister, aufgeblähte Champions League und Multi-Club-Ownership waren lange Empörungsthemen.

Das Schweigen der Unioner Kurve gegen Red Bull am Wochenende aber fällt eher unter Ritual, die neue Erhöhung von Haalands 375.000 Pfund pro Woche rührte wenige, und die Champions League erhält ihren ernsthaftesten Widerstand von erschöpften Profis. Der Glaube an strukturelle Neuausrichtung wurde vorläufig erfolgreich ausgehungert. Wenn sich das Morgenrot verzogen hat, sieht man, dass die Verhältnisse fortbestehen wie am Vorabend. Das ist ermüthend. Aber immerhin: Klares Sehen soll ja auch helfen. Alina Schwermer

genossenschaft



Felix Bouché taz Blogs und aus der taz Seite

MEHR ALS NUR EINE  
**KONTO-  
BEWEGUNG**

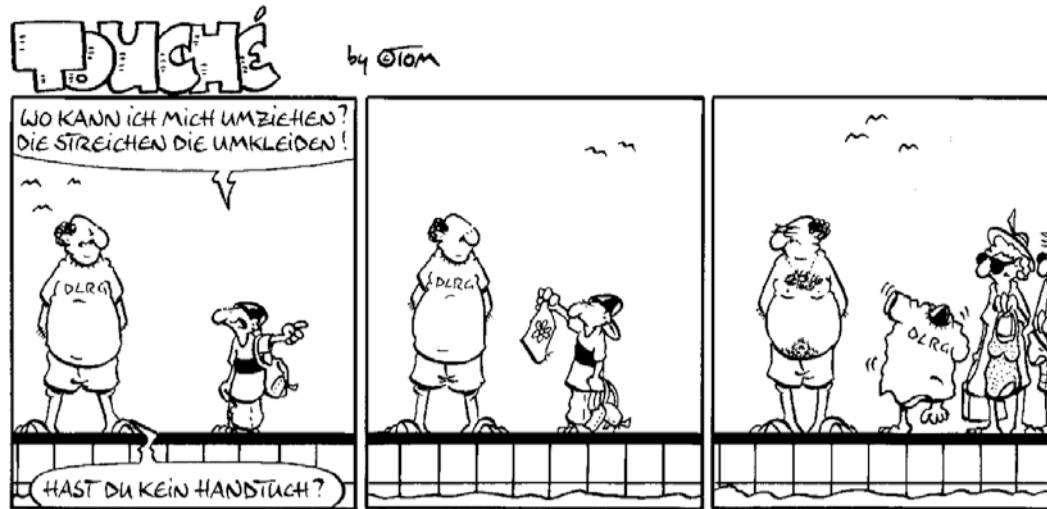
Runter von der Bank, rein ins Geschehen!

In der taz Genossenschaft bewegt dein Geld etwas – gegen Rechtsruck und für eine stabile Demokratie. Keine 2,5% Zinsen, dafür 100% Einsatz für unabhängigen Journalismus und eine offene Gesellschaft.

Bereits ab 500 Euro gehört dir so ein Teil der taz und du wirst Miteigentümer\*in. Alle Infos auf [taz.de/genossenschaft](https://taz.de/genossenschaft)

## gurke für die woche

Es gibt sie noch! Die gute Nachricht. Hallo, ist da jemand da draußen, der sie lesen will? Also: „Polizei bringt Brautpaar nach Unfall zur Hochzeitsfeier“, fanfarte die bayerische dpa aus dem idyllischen, aber derzeit komplett verregneten Murnau am Staffelsee. Demnach landeten die frisch Vermählten nach einer schuldlosen Vollbremsung im Autobahngrünstreifen. Dafür gab's dann zu guter Letzt auch noch „einen Piccolo Sekt“ von der Bullerei. Die Polizei: dein Freund und Helfer! Hicks!



## das wetter

## Praxis

Einer von uns – einer der besten, wenn wir ehrlich sind – ist telefonisch nur sehr schlecht zu erreichen. Das liegt daran, dass er durch das Klingeln des Apparats jedes Mal so hochschreckt, dass er sich erst mal ein Glas Wasser einlaufen lassen und sich kurz hinsetzen muss, dreimal tief durchatmen, und wenn er dann soweit ist, dass er an den Hörer gehen könnte, hat der Anrufer zumeist schon aufgegeben und wieder aufgelegt. Einen Anruf-

beantworter hat unser bester Mann nicht, wozu auch, er ist ja die meiste Zeit zu Hause. Er ist eigentlich immer zu Hause. Denn er wartet darauf, dass wir anrufen, aber wir rufen nicht mehr an. Wir gehen jetzt vorbei, um unsern allerbesten Mann abzuholen. Wir schleichen die Treppe hoch, klopfen sacht, streicheln die Tür, und wenn wir von drinnen ein angstvolles Lauschen hören, flüsternd: „Komm mit!“ Und los geht's.

## Au Backe, lass nach, au, au!

Alles hätte so schön sein können früher, alles außer dem fiesen Ohrenarzt. Und heute? Angst all überall und Aua, viel Aua

Von Uli Hannemann

Seit ein paar Jahren schwillt mir alle paar Monate innerhalb weniger Stunden zwischen Ohr und Hals extrem die Backe an. Im Spiegel sehe ich dann jedes Mal aus wie ein Feldhamster, der sich für den Winterschlaf preppt, und das Kauen ist eine Tortur. Es geht praktisch nicht. So hatte ich einmal gerade fett für mich gekocht und totalen Hunger. Ich saß vor meinem Teller, und plärrte wütend und frustriert in meiner Wohnung rum wie so ein Kranker, der ich ja irgendwo auch war.

Als das Phänomen zum ersten Mal auftrat, schob ich noch mords die Panik, und recherchierte online nach dem Symptom. Wie bei Dr. Google üblich hatte ich ziemlich sicher Krebs, mit Metastasen und allem Klimbim, drei Saucen und Salat komplett. Oben auf der Seite mit den Ergebnissen erschienen Anzeigen von Wangenamputateuren und Bestattungsinstituten. Darunter stieß ich bei „netquacksalber.de“ jedoch als mögliche Ursache auf Steine, die die Ohrspeicheldrüse verstopfen und dadurch die Schwellung verursachen können.

Dabei hatte ich doch gar keine Steine gegessen, aber in der Not griff ich wie ein Ertrinkender nach dem dürren Strohalm der Netzdiagnostik, die sogar einen Therapievorschlag bereithielt: Um den Speichelfluss anzuregen, der den Stein daraufhin aus dem Gang schwemmt, muss man einfach nur den ganzen Tag Zitronenbonbons lutschen. Und in der Tat: Nach ein paar Stunden ist die Hamsterbacke wirklich bereits deutlich kleiner.



Ob Meerschweinchen oder Hamsterbacke: Doc Angst regiert Foto: ap

Aber weil sich die Anfälle in letzter Zeit häufen, lasse ich jetzt doch lieber mal nachschauen. Eben wegen dem Krebs – die ersten tausend Autovervollständigungen bei der Google-Suche können nicht irren.

Der Empfangstresen bei der zufällig auf Doctolib gecasteten HNO-Ärztin bietet schon mal einen Vorgeschmack. Die Mitarbeiterin dort verabscheut Patienten augenscheinlich über alle Maßen, und presst jede Silbe mit der ultimativen Feindseligkeit eines in die Enge getriebenen Wiesels heraus. Ein Wunder, dass ich hier nicht meine

Schnürsenkel abgeben muss. Seit meiner Kindheit war ich nicht mehr beim HNO-Arzt gewesen, und sofort weiß ich auch wieder, warum.

Und zwar nicht wegen der Sprechstundenhilfe, sondern wegen der Erstversorgung meiner damals ebenfalls häufiger aufgetretenen Mittelohrentzündungen. Offenbar gab es zu jener Zeit noch keine Medikamente, nur Garten-, Kriegs-, oder Haushaltswerkzeuge, wenig Know-how, und keinerlei besondere Empathie für kindliche Patienten. Nach heutigen Maßstäben war es wie im Not-

lazarett. In meiner Erinnerung hielten mich mehrere Erwachsene fest, und der Schlimmste, eine Art Satan im weißen Kittel, rammte mir eine grobe Stricknadel oder so volle Pulle in das entzündete Trommelfell, sodass der Eiter in heißen Fontänen gegen die ohnehin schon gelben Wände des Behandlungszimmers spritzte. Ich schrie, bis mir mit dem „Twäng!“ gefatzter Gitarrenseiten die Stimmbänder rissen. Danach fiel ich in eine Ohnmacht, aus der mich erst ein Eimer kaltes Wasser und mehrere Backpfeifen weckten. Im Nachhinein denke ich, dass

alles nur geschah, um mir so wehzutun wie irgend möglich, was ihnen auf jeden Fall gelang. Wenngleich ich überbordende Gewalt ja schon zur Genüge von Zahnärzten, Sportlehrern, Hund- und Bademeistern kannte, wusste ich, dass ich die zwölfte Dimension gesehen hatte: den roten Schmerz. Dann machte ich erneut alles falsch: Ich weinte.

Das war ein Riesenfehler. Sogenannte „Anstellerei“ im Sinne der Anklage. Als Anstellerei galt früher praktisch alles: ein nervöses Augenzucken am Marterpfahl; ein verzärteltes Prusten, nur weil man im Winter auf dem zugefrorenen See ins Eis einbrach; ein memmenhaftes Stöhnen, wenn die Kunststoffklammotten mal wieder lichterloh in Flammen standen. Man wies mich scharf zurecht, ich könne ja noch froh sein. Worüber weiß ich nicht; womöglich ja darüber, dass ich für mein würdeloses Verhalten nicht obendrein noch ein paar weitere Breitseiten geschauert bekam, da ich das in meinem todesähnlichen Zustand kaum noch mitbekommen hätte. So wäre das ja überhaupt kein Sport mehr gewesen, und hätte entsprechend keinen Spaß gemacht.

Jedenfalls habe ich seitdem vor Ohrenärzten nichts als nackte Angst. Im Grunde habe ich heute vor allem Angst. Vor der Wahrheit. Vor Tag und Nacht. Vor Nadeln. Vor Stühlen und weißen Kitteln. Vor Worten. Vor Geräuschen. Vor der Zeit. Vor dem Leben. Bewahrt habe ich mir auch den unstillbaren Hass auf sämtliche Erwachsenen, den Argwohn, die Enttäuschung, die Bitterkeit. Und da nun auch ich erwachsen bin, hasse ich mich selbst noch mehr als alle an-

deren. Wenigstens die alberne Heulerei habe ich mir komplett abgewöhnt, stattdessen stottere ich im Schlaf.

Schade, dabei war das doch eigentlich eine großartige Zeit. Die Leute machten Kassettenaufnahmen von Radiomusiksendungen, im Winter gab es Schnee, und die BRD gewann 3:1 in Wembley mit einem überras-

### Als Anstellerei galt früher praktisch alles, auch ein kleines nervöses Augenzucken am Marterpfahl

genden Günter Netzer, der aus der Tiefe des Raumes kam. Regierungen kopierten noch keine Politik von Rechtsradikalen, sondern machten sie selbst. Alles hätte so schön sein können.

Das sind so meine Gedanken, während ich darauf warte, ins Sprechzimmer gerufen zu werden, damit mir die Ärztin die Instrumente zeigt. Zum Glück dürften die Stricknadeln inzwischen viel feiner geworden sein. Oder sie geben uns Lachgas und Morphium, anstatt uns festzuhalten, wenn sie uns die Backen aufstechen, um die Steine mit einer Schnabelzange aus der Ohrspeicheldrüse zu pulen.

Doch zunächst rufen sie bloß irgendwelche anderen Patienten auf, aber die hören oft nichts, deshalb sind sie schließlich hier. Das kann dann wohl noch dauern, aber für mich ist das okay. Einen lasse ich vor, der „irgendwie zur Arbeit“ muss. Ich habe wirklich keine Eile.

Ralf Sotscheck

## Nichts ist vergleichbar mit ihr

Nothing Compares 2 U“ war Sinéad O'Connors großer Hit. Nichts ist vergleichbar mit dir – schon gar nicht die Wachsfigur der Sängerin, die im Dubliner Wachsmuseum an ihrem ersten Todestag Ende Juli enthüllt wurde. Sie sieht aus wie der russische Schauspieler Yul Brynner in dem Science-Fiction-Western „Westworld“ aus dem Jahr 1973. Brynner spielt darin einen Androiden, der durch eine Fehlfunktion ein Blutbad im Vergnügungspark anrichtet. Sinéad O'Connors Bruder, der Schriftsteller John O'Connor, fühlt sich dagegen an einen anderen Science-Fiction-Film erinnern: Die Wachsfigur seiner Schwester sehe aus wie „eine Mischung aus einer ausgerangierten Schaufensterpuppe aus einem ost-

deutschen Kaufhaus und etwas aus den „Thunderbirds“, sagte er. Diese Serie spielt im Jahr 2065: Von einem Satelliten aus wird die Erde beobachtet, und sobald irgendwelche Gefahren drohen, wird der Rettungsdienst alarmiert, und die Thunderbirds schwärmen aus, um aufregende Abenteuer zu erleben.

Sinéad O'Connor befindet sich in einer Art Gruselkabinett in direkter Nachbarschaft von U2 und Darth Vader. Wachsfiguren sind immer etwas unheimlich. Das liegt daran, dass man im Mittelalter die Leichen toter Könige vor den Untertanen zur Schau gestellt hat. Da diese Praxis bei warmen Temperaturen ziemlich unangenehm war, fertigte man stattdessen ein Abbild aus Wachs an. Im 18. Jahrhundert waren Wachsfiguren-

kabinette recht beliebt, und irgendwie haben sie sich als Nischenattraktion für Touristen gehalten. Aber „der Geruch des Todes“ hänge immer noch über ihnen, schreibt der Reisebuchautor Joscha Remus.

Der Dubliner Museumsbesitzer Paddy Dunning behauptet, dass die Wachsfigur O'Connors Auftritt im Video zu „Nothing Compares 2 U“ nachempfunden sei. Das wäre jedoch misslungen, meinte er, wusch seine Hände aber in Unschuld: „Ich schaue mir Statuen immer vor der Enthüllung an. Diesmal war ich nicht in Dublin“, sagte er. „Ich sah die Statue Minuten vor der Enthüllung, und sie gefiel mir nicht. Wir wissen nicht, was wir mit der Statue machen sollen.“ Vielleicht einen Docht in der Sängerins Glatze stecken?

Jedenfalls ist die Wachsfigur kurz nach ihrer Enthüllung wieder entfernt worden. „Wir haben uns die Reaktionen genau angehört und sind uns einig, dass die Figur Sinéads einzigartige Essenz nicht so wiedergibt, wie wir es beabsichtigt hatten“, sagte Dunning. „Wir freuen uns darauf, demnächst eine neue Figur zu enthüllen, die Sinéad O'Connor wirklich ehrt.“

Vermutlich erhält jemand anderes den Auftrag als der Wachs-künstler PJ Heraghty, der für das Fiasko verantwortlich ist. „Man muss die Form und die Proportionen richtig hinbekommen“, sagte er entschuldigend. „Das ist nicht einfach, vor allem bei Frauen, denn sie sind viel subtiler in ihren Formen.“ Deshalb hat er offenbar lieber Yul Brynner als Vorbild genommen.

## taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

**Hausanschrift:**  
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin  
**Postanschrift:** Postf. 610229, 10923 Berlin  
**Telefon:** 030 | 25 902-0 | www.taz.de  
**Chefredaktion:** Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)  
**Chefreporter:** Peter Unfried

**Lokalredaktionen:**  
**Nord-Hamburg:** Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0  
**Bremen:** Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0  
**Berlin:** Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0

**Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:** Barbara Junge  
**LeserInnenbriefseite:** Gaby Sohl  
**Anzeigen:** Sönke Tümmeler  
**Berliner Lokalteil:** Marie Frank | alle Berlin  
**Regionalteil Nord:** Jan Kahleke | Hamburg  
**LeserInnenbriefe E-Mail:** briefe@taz.de  
**Fax:** 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

**taz Shop:** 030 | 25 902 138

**Anzeigenverkauf:**  
taz-Anzeigenabteilung,  
Friedrichstraße 21  
**Tel.:** 030 | 25 902 314  
**E-Mail:** anzeigen@taz.de

**Verlag:** taz Verlags- und Vertriebs GmbH  
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin  
**Geschäftsführer:innen:**  
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf  
**Gesellschafter:**  
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

**Vorstand:**  
Pascal Beucker, Redakteur |  
Anne Fromm, Redakteurin |  
Aline Lüllmann, Kauffrau |  
Andreas Marggraf, Kaufmann |  
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

**Aufsichtsrat:**  
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/  
Steuerberater, Bielefeld |  
Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin |  
Nina Schoenian, Kauffrau, Berlin

**Druck:** auf PALM Recyclingpapier: A. Beig  
Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421  
Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord  
GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg | MDV GmbH  
& Co. KG, 35390 Gießen  
**Abo-Service:** 030 | 25 902 590  
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.  
**Fax:** 030 | 25 902 680  
**E-Mail:** abo@taz.de  
Abonummer nicht vergessen!  
Mtl. Mindestpreis regulär 42,80 €



bundes **talk** 



**bundestalk**

# Kamala Harris weiter Weg zum Sieg

Das TV-Duell gegen Donald Trump hat Harris souverän gewonnen. Doch wie wird der Kampf um das Weiße Haus ausgehen? Darüber spricht **Stefan Reinecke** mit **Barbara Junge, Bernd Pickert** und **Marina Klimchuk**.

**Jetzt hören!**



Auffällige Musterung, aggressives Stechverhalten: Die Tigermücke breitet sich zunehmend aus  
Foto: Carsten Koall/picture alliance

# Gekommen, um zu stechen

Nach neuen Funden von Tigermücken wird klar: Auf Dauer ist die Art nicht mehr aus Berlin wegzudenken. Die Risiken durch den aggressiven Blutsauger sind groß, kann er doch gefährliche Viruskrankheiten wie das Denguefieber übertragen

Von **Claudius Prößer**

Kennen Sie die sicherste Methode, eine Mücke zu erlegen, die sich bluthungrig auf Ihrem Körper niedergelassen hat? Sie dürfen nicht sofort zuschlagen, sondern müssen warten, bis das Tier zur Ruhe gekommen ist und seine Stechwerkzeuge gerade eben in Ihre Haut versenkt. Das hindert sie am schnellen Auffliegen und macht sie zur sicheren Beute. Wenn Sie nicht zu lange gewartet haben, konnte der kleine Sauger seinen gerinnungshemmenden Speichel noch nicht injizieren, und die juckende Quaddel bleibt Ihnen erspart.

In nicht allzu ferner Zukunft könnte dieses Vorgehen vielleicht schon zu riskant sein. Denn mit den höheren Temperaturen, die der Klimawandel mit sich bringt, breiten sich tropische Mückenarten in Mitteleuropa aus, die gefährliche Krankheiten übertragen können – namentlich *Aedes albopictus*, die Asiatische Tigermücke. In Berlin gibt es laut ExpertInnen schon einige fest etablierte Populationen, in einer Kleingartenanlage in Treptow-Köpenick wurde das Auftreten der Art nach ersten Funden 2021 über mehrere Jahre in Folge belegt.

Ende vergangener Woche bestätigte die Senatsgesundheitsverwaltung nun einen ersten Nachweis in Pankow.

Dort wurden auf einem Friedhof sowohl ausgewachsene Mücken als auch deren Larven entdeckt. Dass es sich um Tigermücken handelt, hat das Projekt „Mückenatlas“ bestätigt, eine Initiative des Friedrich-Loeffler-Instituts und des Leibniz-Zentrums für Agrarlandschaftsforschung (Zalf) e. V. Die ruft die Bevölkerung auf, Mücken im Verdachtsfall – auffällige Musterung, aggressives Stechverhalten vor allem morgens und nachmittags – zu fangen und möglichst intakt einzusenden, etwa in einer Streichholzschachtel.

Mittlerweile hat der „Mückenatlas“ als Adressat solcher Päckchen Konkurrenz bekommen: Das Land Berlin hat im Juli das Gesundheitsamt Mitte mit dem Tigermücken-Monitoring in der Hauptstadt betraut. Dabei untersucht die Behörde unter der Leitung von Amtsarzt Lukas Murajda nicht nur Hinweise aus der Bevölkerung, sondern hat selbst schon Dutzende Spezialfallen aufgestellt, die Mücken mit stinkender Pflanzenbrühe oder Kohlendioxid anlocken und in Netzen fangen.

Allerdings war unter den mehr als 2.000 in diesem Sommer untersuchten Mücken kein einziges Exemplar von *Aedes albopictus*. Auch wenn die Art schon ihre Fühler nach Berlin ausstreckt, kann von flächendeckendem Auftreten noch keine Rede sein. Aber Mücken, die sich in tropischen und subtropischen Zonen wohlfühlen, profitieren von zunehmend wärmeren Wetterlagen. Lässt sich

## Bei der Eindämmung steht der Entzug von Brutstätten an erster Stelle

der Vormarsch der Tigermücke überhaupt noch stoppen?

„Die lokale Ausbreitung können wir verhindern“, sagt Amtsarzt Murajda der taz. „Die Ausbreitung in Berlin nicht prinzipiell.“ Es geht also nur noch um die Verlangsamung und Eindämmung einer ökologischen Entwicklung, die nicht mehr aufzuhalten ist. Dabei sind die Risiken, die Tigermücken mit sich bringen, ausgesprochen hoch: „Ich kann Ihnen versichern, dass keiner von uns die Asiatische Tigermücke haben

möchte“, hatte Mückenexpertin Doreen Werner vom Zalf vor zwei Jahren im taz-Interview gesagt. Sie sei kein Freund von Panikmache, aber wolle „nicht diejenige sein, die Dengue oder Chikungunya bekommt oder einen Todesfall in der Familie zu beklagen hat“.

Die Verbreitung des Denguevirus ist tatsächlich die größte Gefahr, die die Tigermücke mit sich bringt. Der Erreger, der das wegen der großen Schmerzen auch „Knochenbrecherfieber“ genannte Denguefieber auslösen kann, ist weltweit auf dem Vormarsch. Nach Schätzungen der WHO erkranken jährlich 50 bis 100 Millionen Personen daran, eine halbe Million erleidet einen schweren Krankheitsverlauf, 22.000 Personen, besonders Kinder, sterben. Vor allem in Indien sind die Zahlen in den vergangenen Jahren explodiert.

In Deutschland ist dagegen bisher kein einziger Fall einer lokalen Dengue-Übertragung bekannt. Voraussetzung dafür ist das gleichzeitige Vorhandensein von infizierten Personen und Mücken, die den Erreger in sich aufnehmen und beim erneuten Stechen abgeben können. Dass eine infizierte Mücke nach Deutschland eingeschleppt wird, ist nicht beson-

ders wahrscheinlich, aber wenn asymptomatisch an Dengue erkrankte Menschen einreisen und hier von Tigermücken gestochen werden, wäre eine Epidemie nicht ausgeschlossen.

Die Forschungsinstitute und die Senatsgesundheitsverwaltung setzen deshalb auf Aufklärung der Bevölkerung – und auf deren Mitwirkung bei der Eindämmung. Dabei steht der Entzug von Biotopen, in denen die Tigermücke ihre Eier ablegt, an erster Stelle. Das tut sie am liebsten in kleinen stehenden Wasseransammlungen in der Nähe von Menschen, von denen es freilich unzählige gibt: von der verstopften Regenrinne der Kleingartendatsche bis zur verwaisten Gießkanne auf dem Friedhof.

Aber auch wenn alle Brutstätten minimiert werden, bleibt es kompliziert: Eine Untersuchung in Schanghai im Jahr 2018 ergab, dass Tigermücken ihre Eiablage gerne in Gullys tätigen, wo sie stehendes Restwasser finden und gleichzeitig vor vielen Fressfeinden geschützt sind. Die AutorInnen schreiben, dass der Aufwand, diese Infrastruktur in einer Großstadt mückensicher zu machen, praktisch nicht zu leisten ist. Auch für Berlin dürfte das gelten – allen Bemühungen,

lokale Regenversickerung zu fördern, zum Trotz.

Und selbst wenn alle menschengemachten Wasseransammlungen verschwinden: Die Tigermücke findet auch noch im Astloch eines Straßensaums einen geeigneten Ort für ihren Nachwuchs. Zumal die Eier in der Lage sind, Trockenzeiten zu überstehen, um nach dem nächsten Regen aktiviert zu werden. Auch die Ränder langsam fließender Gewässer sind eine potenzielle Ablagestelle.

Dass das Denguefieber oder andere gefährliche Viruskrankheiten in Berlin endemisch werden, ist dennoch unwahrscheinlich. Zwar ist mittlerweile klar, dass Tigermückengelege hiesige Winter überstehen können. Das ändert aber nichts daran, dass ausgewachsene Mücken bei Kälte ihre Aktivitäten einstellen und schon bei leichtem Frost sterben. Eine ganzjährige Übertragungskette wie in den Tropen und Subtropen, wo die Populationen nie komplett einbrechen, ist somit nicht gegeben.

Es sei denn, die Viren könnten in den Geleichen überwintern. Diese Vermutung gibt es, wobei der Forschungsstand dazu noch sehr dünn ist. So oder so, als Art ist die Tigermücke nach Berlin gekommen, um zu bleiben.

Die Wochenvorschau von **Luisa Faust**

## Kalter Wind und Landtagswahlen

Der Herbst ist da und macht sich mit einem kalten Wind, der durch die Straßen zieht, bemerkbar. Zum Frösteln bringen kann einen in dieser Woche aber noch mehr, etwa der Blick auf die aktuellen Umfragen zur Landtagswahl in Brandenburg am Sonntag: Die AfD könnte vor der SPD auf dem ersten Platz landen und sogar eine Sperrminorität erreichen. Die Grünen bangen um ihren Einzug ins Landesparlament, die Linke scheint ihn nicht zu schaffen. Welche Koalition in Brandenburg nach dem 22. September regieren wird, ist völlig offen.

Keine heiteren Aussichten also, aber dafür gibt es jede Menge Gelegenheiten, sich zu informieren, zu vernetzen und gegen rechts zu demonstrieren. Am Dienstag treffen die Spitzenkandidat\*innen in einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung im Potsdamer Biosphäre Reservat aufeinander. Der RBB hat geladen und überträgt die Runde live. Dabei sind Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), Jan Redmann (CDU), Antje Töpfer (Grüne), Sebastian Walter (Linke), Hans-Christoph Berndt (AfD), Péter Vida (BVB/Freie Wähler) und Robert Crumbach (BSW).

Ab Mitte der Woche zeigt sich der Herbst dann von seiner goldenen Seite. Am Mittwoch soll die Sonne scheinen, pünktlich zum Beginn des fünftägigen Festivals Antifa.Weiter.Machen im Techno-Club about blank in Friedrichshain. Es gibt Diskussionen über die Rückkehr der Baseballschlägerjahre Anfang der 90er, den neuen Antifa-Film des Kollektivs Leftvision, Solipartys und einen Abend zur Wahl am Sonntag. Zum Auftakt laden die Veranstalter\*innen zum antifaschistischen Sektgarten. Wer eher praktische Hilfe zum Argumentieren gegen rechts

sucht, kann am Donnerstag beim ersten Termin des Demokratiefestivals Lankwitz im Nachbarschaftsladen Leonie fündig werden. Die Stammtischkämpfer\*innen geben hier in Steglitz einen Workshop mit Handlungsempfehlungen, die im Alltag gegen rechte Parolen helfen sollen. Anschließend gibt es Zeit und Raum für Austausch.

Zusammenkommen kann man auch hier: Unter dem Motto „Stabil bleiben gegen den Rechtsruck“ wird am kommenden Samstag in Potsdam demonstriert. Auf dem Luisenplatz findet eine Kundgebung der Kampagne „Kein Bock

auf Nazis“ mit Musik von Bands wie Madsen und Sportfreunde Stiller statt. Dazu gibt es Foodtrucks und sogar eine Hüpfburg.

Wer in diesen Zeiten nach einer anderen Art von Beistand sucht, dem hilft vielleicht ein bisschen Messias. Die Komische Oper Berlin zeigt im September und Oktober Georg Friedrich Händels berühmtestes Werk als szenische Aufführung mit Hunderten Amateursänger\*innen aus Berliner Chören im ehemaligen Flughafen Tempelhof. Am Samstag ist Premiere, ein paar Karten gibt es noch. Halleluja!

Schüler **Jim Murjahn** wünscht sich einen neuen Caterer für sein Schulessen

## Milchnudeln und Zitronensoße

Es ist 12.15 Uhr, und es sind nur halb so viele Kinder in der Schulkantine wie sonst. Denn es ist Freitag und freitags gibt es Fisch mit gekochtem Weizen und Zitronensoße. Ein paar Schüler\*innen gehen in Richtung Kantine, entscheiden sich beim Anblick und dem abstoßendem Geruch dieser Kuriosität dann aber doch anders.

Und die meisten von denen, die sich für die farblose Mahlzeit entschieden haben, essen nur ein paar Löffel, bis sie aufstehen und schnurstracks zur Geschirrablage gehen, wo sie den großen Rest des Essens von ihrem Teller in den Mülleimer schieben.

Nun kann man sagen: Anders als an vielen anderen Berliner Schulen gibt es an meiner Schule derzeit immerhin keine Lieferprobleme. Das stimmt, das Mittagessen kommt verlässlich, jeden Tag. Für uns Schüler\*innen ist das aber kein Trost.

Der letzte Schultag der Woche ist besonders gefürchtet, denn in meiner Schule gibt es einen katholischen Caterer, der jeden Freitag Fisch liefert. Aber auch montags bis donnerstags ist es nicht viel besser: Da müssen wir uns oft mit Gerichten wie Milchnudeln oder versalzten Pfannkuchen herumschlagen.

### Viele Schüler\*innen gehen lieber in den Supermarkt

In meiner Schule weiß niemand im Voraus, was es zu essen gibt. Also werden wir meistens negativ überrascht. Es gibt auch nie ein gutes vegetarisches oder vegetarisches Gericht, weil der Caterer diese Gerichte so zubereitet, wie man das vielleicht vor 15 Jahren noch normal fand: Es ist meistens eine Grünkern-Boulette, die dann etwa statt des Fisches neben gekochtem Weizen und Zitronensoße auf dem Teller liegt.

Der Caterer liefert auch nur einen Gang, so dass wir nicht mal auf Suppe oder Salat ausweichen können. Ganz selten gibt es mal einen Blechkuchen oder einen Pudding zum Nachtisch. Der fleischlose Ersatz wiederum schmeckt wirklich widerlich – fad und mehlig.

In meiner Schulkantine kommt das Essen außerdem nicht sehr appetitlich an. Zum Beispiel landet es als verkochte Nudelsuppe, als labbriges Schnitzel oder kalter Kuchen auf dem Teller. Deswegen essen viele Kinder einfach nichts in der Schule, sondern gehen in den Supermarkt, um sich dort ein Kakaohörnchen oder eine Laugenstange zu kaufen.

Vor zwei Jahren haben sich viele Schüler\*innen noch regelmäßig Yum-Yum-Nudeln gekauft und in der Schulküche zubereitet. Das wurde dann von der Schule verboten, weil die bei der Zubereitung entstandenen Gerüche angeblich gestört haben. Was meiner Meinung nach mit Blick auf den Geruch der gelieferten Speisen in der Schulkantine einfach nur absurd ist. Jetzt essen meine Mitschüler\*innen die Instantnudeln einfach roh.

### Günstig, aber leider nicht gut

Das Schulmittagessen kostet 50 Euro im Monat. Das sind 1,60 Euro pro Mahlzeit. Für Kinder aus Familien, die etwa Bürgergeld bekommen, ist es ebenso kostenlos wie generell für alle Berliner Schüler\*innen der Klassen 1 bis 6. Das klingt erst mal günstig, ist es auch. Trotzdem denke ich, dass die Schule von dem Geld besseres Essen besorgen könnte. Niemand in meiner Schule – außer vielleicht den Lehrer\*innen, die die DDR noch selbst erlebt haben – kann dieses Essen ertragen.

Wir bitten die Schulleitung schon seit Jahren, den Caterer zu wechseln, aber es geschieht nichts. Und inzwischen haben wir uns mit gekochtem Weizen und Zitronensoße abgefunden. Denn ganz ohne Essen können wir uns auch nicht konzentrieren.

**Jim Murjahn** ist Schülerpraktikant in der Berlin-Redaktion. Er besucht die 8. Klasse einer Gesamtschule in Pankow.

## Leinen los gegen das Ankerverbot



Mit rund drei Dutzend Booten und Flößen hat das Kollektiv Spree:publik am Sonntagmittag gegen das seit Juni geltende Ankerverbot protestiert. Die Boatsdemo startete in der Rummelsburger Bucht Richtung

Innenstadt und machte auf die Verdrängung von Subkultur auf dem Wasser aufmerksam. Eine neue Verordnung verbietet unbemanntes Ankern und Stillliegen entlang von 35 Kilometern der innerstädtischen

Spree. Ankern ist damit nur noch in Nebengewässern möglich, durch eine neue Anwesenheitspflicht auf den Booten droht Hausbootbewohner:innen und Kulturflößen das Ende. (taz) Foto: Florian Boillot

# Dreifache Miete oder Kündigung

Am Wannsee soll ein Zweifamilienhaus in Landesbesitz verkauft werden. Doch Kündigungsschutz soll für die Mieter teuer werden

Von **Yannic Walther**

Ralf Möller war 20 Jahre lang für das Land tätig, erst für die Berliner Forste, später für die Instandhaltung der landeseigenen Immobilien. Doch als Mieter einer landeseigenen Wohnung erfahren er und seine Frau, beide Ende 60, keine Wertschätzung. „Wir werden vor die Entscheidung gestellt, rausgeschmissen zu werden oder das Dreifache der Miete zu bezahlen“, sagt Möller.

Seit über 30 Jahren wohnt er im Stölpchenweg 41, idyllisch gelegen in der Nähe des Wannsees. Es ist eine ehemalige Werkmiete-Wohnung in einem Zweifamilienhaus, in die er als Beschäftigter der Forsten eingezogen ist. Dort blieb er auch wohnen, als das Haus 2014 in den Bestand der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) überging. Doch die BIM, die Grundstücke im Eigentum des Landes verwaltet, will das Haus verkaufen. Den Möllers droht die Eigenbedarfskündigung durch den Käufer.

Es entspreche nicht der Aufgabe der BIM und ihres Sondervermögens für Daseinsvorsorge, ein zu Wohnzwecken vermietetes Zweifamilienhaus ohne kostendeckende Miete im Bestand zu halten, begründet die Senatsfinanzverwaltung, Gesellschafter der BIM, die Verkaufsabsicht. Für die etwas über 100 Quadratmeter zahlt Möller 436 Euro kalt. Dafür habe die BIM aber auch nur einen geringen Verwaltungsaufwand mit dem abgelegenen Haus, meint er. „Wir kümmern uns hier um alles selbst, von Kleinreparaturen über den Winterdienst auf dem Grundstück bis zum Rasenmähen und der Gebäudereinigung.“

Dennoch habe er der BIM mehrfach selbst angeboten, die Miete zu erhöhen. Nie hat diese das Angebot angenommen. Auch mit der Erhöhung

wäre die Vermietung nicht kostendeckend gewesen, heißt es. Für Möller ist das unbegreiflich: „Wäre sie darauf eingegangen und hätte normal alle drei Jahre die Miete erhöht, hätte sie seit 2017 schon 10.000 Euro mehr Mietinnahmen von uns bekommen können“, rechnet er vor.

Auf Druck von Mieterverein und Opposition wurde das Bieterverfahren für das Haus vorerst verschoben. Wenn es schon verkauft wird, dann soll zumindest in den Vertrag ein Ausschluss von Eigenbedarfs- und Verwertungskündigungen aufgenommen werden, fordert der Berliner Mieterverein. Ein Käufer könnte die Möllers dann nicht einfach vor die Tür setzen. Doch die BIM will sich diesen Schutz einiges kosten lassen. Möller soll einer Verdreifachung seiner Miete auf 1.100 Euro zustimmen, damit sich der Erlös für die BIM nicht mindert, wenn ein Kündigungsschutz aufgenommen wird.

### Land als Miethai

„Es kann nicht sein, dass das Land Berlin beziehungsweise die BIM sich wie ein Miethai verhält“, kritisiert Katrin Schmidberger, Mietenpolitikerin der Grünen. Eine moderate Mieterhöhung wäre ein gangbarer Weg. Auch hätte das Land jahrelang Zeit gehabt, für die Möllers angemessenen Ersatzwohnraum zu finden. Auch Sebastian Bartels, Geschäftsführer des Mietervereins, der die Möllers vertritt, hält den Vorschlag für „nicht akzeptabel“. Kritisch sei auch, dass die BIM in dem Nachtrag lediglich Eigenbedarfskündigungen ausschließen will. Es fehle ein Schutz vor Verwertungskündigungen, die ausgesprochen werden können, wenn ein Eigentümer das Haus abreißen will. „Das Haus steht nicht unter Denkmalschutz und ge-

rade in der Seelage ist denkbar, dass ein Käufer das Haus abreißt und dort neu baut“, so Bartels.

Möller hat nicht nur Angst davor, dass er durch Eigenbedarf oder Abriss sein Zuhause verlieren könnte. Im Nachtrag zum Mietvertrag sei auch die Möglichkeit vorgesehen, Kosten für einen bisher nicht existenten Spielplatz, Sicherheitsdienst und Concierge-Service auf die Mieter umzulegen. „Die BIM will sich und dem potenziellen Käufer alle Möglichkeiten offenhalten“, sagt er.

Ende des Monats wollen sich die Parteien zusammensetzen. Klar ist, dass am Ende die BIM am längeren Hebel sitzt: Entweder Möller unterschreibt die Bedingungen, die ihm vorgesetzt werden, oder die BIM wirft das Gebäude ohne Mieterschutz auf den Markt. Dass den Mietern die Pistole auf die Brust gesetzt wird, entweder einen Verkauf ohne ausreichenden Schutz oder eine „exorbitante Mieterhöhung“ zu akzeptieren, werde „dem Anspruch des Landes Berlin als fairer Vermieter nicht gerecht“, meint Schmidberger.

Am Stölpchenweg geht es am Ende auch um die Frage, ob das Land unter dem Eindruck eines angespannten Haushalts wieder anfängt, Grundstücke und Immobilien im Landesbesitz zu verkaufen, für die es gleichzeitig einen sozialen oder kulturellen Bedarf in der Stadt gibt. Möller sagt selbst mit Blick auf sein Alter: „Das Problem hier erledigt sich doch bald von selbst.“ Langfristig gebe es dann genug Verwendungen für das Haus, sagt Bartels. Das Haus müsse ja nicht auf ewig als Wohnhaus vermietet werden. „Das ist Fantasielosigkeit, wenn die BIM sagt, dass das Objekt nicht in ihr Portfolio passt.“ Grundsätzlich ist er überzeugt: „Die Privatisierung von landeseigenen Immobilien ist falsch, egal ob groß oder klein.“

Caterer 40 Seconds

## Taskforce für Schulessen

Wegen anhaltender Probleme bei der Auslieferung des Schulessens hat die Senatsverwaltung für Bildung eine Taskforce gegründet. Seit Beginn des neuen Schuljahrs hat es im Zusammenhang mit einem Großcaterer immer wieder Beschwerden über ausbleibende oder deutlich verspätete Essensanlieferungen, kalte Mahlzeiten oder zu kleine Mengen gegeben. Die Taskforce soll nun „schnellstmögliche Maßnahmen zur Versorgung der betroffenen Schulstandorte dauerhaft sicherstellen“, so ein Sprecher der Bildungsverwaltung. Zur besseren Koordination soll es einen täglichen Jour fixe zwischen der Bildungsverwaltung und den Bezirken geben, der laut der vertraglichen Vereinbarung mit den Bezirken mehr als 100 Schulen beliefert. Grüne und Linke machen Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) mitverantwortlich für das „Chaos“. (dpa)

Landeswahlleiter

## Warnung vor Wahlfälschungen

Berlins Landeswahlleiter Stephan Bröchler warnt vor einem zunehmenden Risiko von Wahlmanipulationen. Versuche, Stimmzettel wie bei der Landtagswahl in Sachsen zu fälschen, seien unbedingt ernst zu nehmen. „Das ist auch eine akute Gefährdung für Berlin.“ In Dresden waren mehr als 100 Briefwahlzettel zugunsten der rechtsextremen Kleinstpartei Freie Sachsen manipuliert worden. Unbekannte hatten das bereits gesetzte Kreuz überklebt und stattdessen die Rechtsextremen angekreuzt. „Das ist noch mal eine andere Qualität, als es sie früher gegeben hat“, sagte Bröchler. Er kündigte mit Blick auf die Bundestagswahl 2025 an, Wahlvorstände und Wahlhelfende in Schulen dafür zu sensibilisieren. (dpa)

Badegewässer

## Lageso beendet Überprüfung

Mit dem offiziellen Ende der Badesaison am Sonntag stellt das Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) seine regelmäßige Überwachung der Badegewässerqualität ein. In diesem Sommer wurden an allen 39 offiziellen Badestellen regelmäßig Proben entnommen. Starkregenfälle hatten zum Überlaufen der Mischwasserkanalisation geführt, wodurch die Wasserqualität der Badestellen an der Unterhavel zwischenzeitlich beeinträchtigt gewesen sei, so die Behörde. An vielen Badestellen an der Unterhavel und der Dahme gab es zudem Blaualgenwachstum. Derzeit gebe es noch Warnhinweise für die Badestellen Schmöckwitz, Kleine Badewiese, Grunewaldturm und Breitehorn. (dpa)

Anzeige

**Resounding Archives: The Politics of Listening to the Moving Image**

Films, Listening Sessions, Archive Projects, Symposium

17.–22.9.2024

Exhibition 17.–29.9.2024

arsenal



# Umgebracht, einfach so

Der Kameruner William Chedjou wird in Gesundbrunnen erstochen und stirbt. War der Angriff rassistisch motiviert? Die afrikanische Diaspora gedenkt ihres Freundes, fordert Gerechtigkeit und plant Gedenkaktionen, während die Ermittlungen noch laufen

Von **Nora Noll**

Cyrille Tasah Fotio spricht leise, fast schon behutsam, als würde eine zu laute Stimme seine Erinnerungen übertönen. Er sitzt in einem karg eingerichteten Zimmer in einer Neubauwohnung in Pankow, durch die weißen Gardinen fällt milchiges Licht. Fotio erinnert sich an seinen Freund William – einen echten Freund, wie er mehrmals betont, und der jetzt einfach tot ist.

Am Nachmittag des 11. Juli stach ein fremder Mann William Chedjou mit einem Messer in den Bauch. Mitten am Tag, auf offener Straße am Gesundbrunnen im Wedding. Chedjou starb kurz darauf an seinen Verletzungen. Die Polizeimeldung vom 12. Juli spricht von einem „Tötungsdelikt“ und davon, dass der „Hintergrund der Auseinandersetzung offenbar ein Streit um eine Parklücke war“.

Was sie nicht erwähnt: Chedjou war Schwarz und stammte aus Kamerun. Der mutmaßliche Täter ist ein Deutscher mit türkischem Migrationshintergrund. Und der „Streit“ war eher eine plötzliche Eskalation. So erzählt es zumindest Cyrille Tasah Fotio, Augenzeuge und Mitbetroffener des Angriffs. Er und viele andere Kameruner\*innen in Berlin sind sich einig: William Chedjou starb wegen Anti-Schwarzem Rassismus. Sie sehen die Tat als einen Angriff auf die afrikanische und Schwarze Community.

Wer war William Chedjou? Fotio ist 20 Jahre alt, Chedjou 30, als sie sich 2017 in Wunstorf begegnen, einer kleinen Stadt in Niedersachsen. Chedjou lebt zu dem Zeitpunkt in einer Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete. Fotio wohnt schon nicht mehr dort, er wurde bereits nach Brandenburg an der Havel umverteilt. Doch er besucht seine alten Bekannten in Wunstorf, die ihn mit Chedjou bekannt machen. Bald muss Chedjous Freundin, eine Geflüchtete aus Kenia, ebenfalls nach Brandenburg an der Havel umziehen. Wenn Chedjou sie dort besucht, darf er nicht bei ihr im Heim übernachten und

schläft deshalb bei Fotio. „Dadurch haben wir uns dann so richtig angefreundet“, erinnert er sich.

Fotio und Chedjou unterstützen sich gegenseitig, wenn das Asylsystem mal wieder Probleme macht. „Im Asylverfahren musst du als Afrikaner den vier- oder fünffachen Aufwand betreiben für einen Aufenthaltstitel. Wir haben viel über dieses kafkaeske System geredet.“ Chedjou hält durch, heiratet, zieht nach Berlin, bekommt zwei Kinder – und erhält Ende vergangenen Jahres einen Aufenthaltstitel. Das bedeutet: endlich Arbeitserlaubnis, endlich eine Bleibeperspektive, endlich keine Angst mehr vor Abschiebung. Und endlich wieder Reisen.

Am Tag der Ermordung kommt Fotio gerade von einer Autowerkstatt in Gesundbrunnen, als er dort zufällig Chedjou trifft. Der hat eben ein neues Auto gekauft, Fotio hatte ihm zuvor bei der Suche geholfen, deshalb wollen sie sich die Anschaffung zusammen anschauen. Sie gehen die Böttgerstraße entlang, und als sie sich Chedjous Auto nähern, fordert ein Mann sie auf, den Parkplatz frei zu machen. „Er hatte auf der anderen Straßenseite in zweiter Reihe geparkt“, erinnert sich Fotio. Sie ignorieren den Mann, der ruft jedoch immer lauter. „Ich habe dann zu William gesagt: ‚Schauen wir uns das Auto lieber ein anderes Mal an‘.“

Sie wollen gerade umdrehen, da hält ein anderes Auto an. „Der Fahrer wollte wissen, was los ist, und ich habe gesagt: ‚Nichts‘.“ Doch die zwei Männer steigen aus und kommen gemeinsam mit dem ersten Mann auf Fotio und Chedjou zu. Einer der Männer sei aggressiv gewesen, habe sie bedroht, wütend geschliffen und Fotio ins Gesicht geschlagen. „Ich habe mich gefragt, was ist denn los mit dem Mann?“ Fotio läuft ein paar Meter weg, dreht sich wieder um und sieht niemanden mehr. „Dann habe ich die Schreie gehört: ‚Er liegt am Boden, er liegt am Boden!‘“

Fast eine halbe Stunde lang presst Fotio ein T-Shirt auf Chedjous Stichwunde am Bauch, bis Polizei und Krankenwagen eintreffen. Andere Zeug\*innen hindern den mutmaßlichen Täter und sei-

nen Begleiter am Weiterfahren. Zwei unterschiedliche Handyvideos, die von Passant\*innen stammen und später im Netz die Runde machen, zeigen Chedjou in einer Blutlache, Fotio über ihn gebeugt. Man sieht einen roten Lieferwagen, der sich quer über die Straße stellt, und die Festnahme des mutmaßlichen Täters. Ob vor der Tat alles genau so geschehen ist, wie Fotio es erzählt, lässt sich kaum nachprüfen – ganz abgesehen davon, dass seine Erinnerungen durch Schock und Traumatisierung geprägt sind. Die Berliner Staatsanwaltschaft, die nun wegen Mordes ermittelt, kann wegen laufender Ermittlungen nichts zum Tatverlauf sagen.

Fotio ist es wichtig zu betonen, dass Chedjou und er ruhig blieben und sich nicht provozieren ließen. Doch selbst wenn sich Chedjou auf einen Streit ein-

## „Wir brauchen ein breites Verständnis von Anti-Schwarzem Rassismus“

Tahir Della, Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland

gelassen haben sollte, ändert das nichts an der Unverhältnismäßigkeit der Tat. Genau hierin sieht Tahir Della die rassistische Dimension. Della arbeitet für die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD) und beobachtet seit einiger Zeit, dass körperliche Angriffe auf Schwarze zunehmen.

„Was motiviert Menschen, so gewalttätig aufzutreten, wenn es um so etwas Geringfügiges geht wie einen Parkplatz?“, fragt er und gibt selbst die Antwort: Die Hemmschwelle, Schwarzen Menschen und Menschen afrikanischer Herkunft Gewalt anzutun, sinke immer weiter. Anschläge auf Geflüchtetenunterkünfte, spontane Attacken auf offener Straße, Polizeigewalt – „es wird immer von Einzelfällen gesprochen, doch dadurch wird nicht deutlich, dass es offensichtlich ein systemisches Problem in Deutschland gibt.“

Della hält es für zweitrangig, was genau im Kopf des Täters vor sich ging. „Wir brauchen ein breites Verständnis von Anti-Schwarzem Rassismus“, sagt er. „Man muss kein Nazi oder bekennender Rassist sein, es reichen die Bilder im Kopf und die Haltungen, die wir von Kindesbeinen an vermittelt bekommen und die dazu führen, dass Menschen glauben, mit Schwarzen Menschen alles Mögliche machen zu können ohne Konsequenzen.“ Eines dieser rassistischen Bilder stellt insbesondere Schwarze und geflüchtete Männer als eine Bedrohung dar. „Diese Erzählung wird von der Gesamtgesellschaft mitgetragen und rechtfertigt Gewalt gegen junge Schwarze Männer, weil sie sozusagen als Gefahr für die Gesellschaft gelten“, sagt Della.

Auch der Kameruner Geraud Podago von der Gruppe „Collective William Chedjou“ hält die Tat für klar rassistisch – und erwartet von dem Strafprozess eine politische Einordnung. „Das wird vor Gericht sicherlich eine Rolle spielen und das Urteil wird alle Afrikaner in Deutschland betreffen.“ Um eine antirassistische Perspektive im Verfahren einzubringen, sucht das Kollektiv nach engagierten afrodeutschen Anwält\*innen, die Chedjous Witwe als Nebenklägerin vertreten. Wann der Prozess beginnt, steht laut Staatsanwaltschaft noch nicht fest. Sofern nach Abschluss der Ermittlungen Anklage erhoben wird, sollte die Hauptverhandlung aber spätestens Mitte Januar nächstes Jahr beginnen. Der mutmaßliche Täter sitzt zurzeit in Untersuchungshaft.

Das Kollektiv kämpft für Gerechtigkeit, auch außerhalb des Gerichtssaals. Es fordert die Umbenennung der Böttgerstraße in William-Chedjou-Straße und möchte den Parkplatz, wo Chedjou starb, zu einem Gedenkort umgestalten. „Es soll eine Erinnerung an William sein und eine Mahnung, denn wir dürfen nie vergessen, was passiert ist“, sagt Geraud. Eine Straßenumbenennung hält die Bezirksbürgermeisterin von Mitte, Stefanie Remlinger, für unwahrscheinlich. Dafür benötige es stichhaltige Gründe, warum der ak-

tuelle Name nicht mehr tragbar sei. Für eine Gedenktafel, an einer Hauswand oder in den Boden eingelassen, sei Remlinger aber „sehr offen“. „Der Vorfall ragt sehr stark heraus. Dass so ein lächerlicher Anlass in Kombination mit Rassismus reicht, das hat mich total schockiert“, sagt die Grünen-Politikerin zur taz.

Zehn Tage nach der Tat nehmen zwischen 3.000 bis 4.000 Menschen an einer Demonstration teil, um für Gerechtigkeit für William Chedjou und gegen Anti-Schwarzen Rassismus zu protestieren. „Ich gehe oft auf Demos, aber zum ersten Mal haben wir etwas wirklich Unglaubliches erlebt“, erzählt der Kameruner Hilaire Djoko. Er gehört ebenfalls zum „Collective William Chedjou“ und wohnt selbst mit seiner Familie in Wedding. „Es waren so viele Leute da, die davor noch nie auf einer Demo waren, so viele Afrikaner.“

Für ihn ist der Fall klar rassistisch: „Als Schwarzer bist du von Rassismus betroffen. Wir müssen auch traurigerweise feststellen, dass sich keine deutsch-türkischen antirassistischen Organisationen öffentlich zum Tod von William geäußert haben.“ Djoko hofft, dass die afrikanischen Communitys enger zusammenarbeiten und sich ihrer Handlungsmacht bewusst werden. „Wir haben diese Demo mit unseren Mitteln finanziert, unabhängig vom Staat und von Vereinen.“

Fotio fühlt sich hingegen allein. Nachts plagen ihn Alpträume, den Wedding meidet er, obwohl er dort viele Freund\*innen hat. Natürlich seien Kameruner\*innen auf ihn zugekommen, um ihn zu unterstützen. „Aber ich fühle mich nicht mehr sicher, selbst in meiner eigenen Community nicht mehr.“ Zu sehr hätten ihn die vielen Kommentare unter den Handyvideos verletzt, wo Unbeteiligte in den sozialen Medien sein Verhalten bewerteten. „Da hieß es, ich hätte stärker auf die Wunde pressen müssen, ich hätte mich ausziehen und meine Kleidung auflegen müssen. Aber ich habe alles gemacht, was ich konnte.“ Die Videos hat er mittlerweile von seinem Handy gelöscht. Doch die Bilder im Kopf bleiben.



Das Kollektiv erinnert am Tatort mit Blumen und Fotos an William Chedjou Foto: Nora Noll

## berliner szenen

## Die Schmerzen der anderen

Schmerz ohne Ende, ohne Ende“, sagt der Taxifahrer. Er bewegt sein rechtes Handgelenk. „Da“, sagt er. Am Anfang bereue ich es, ein Taxi genommen zu haben und vor allem vorne zu sitzen. Der Mann ist groß, es ist eng, und er redet zu viel dafür, dass es 7.30 Uhr ist. Wenn meine Gehstützen nicht zwischen uns als Grenze dienen würden, würde er mir auf die Schulter klopfen. Das bilde ich mir ein, als er von einem Straßenfest im Reuterkiez erzählt und sagt: „Kommen Sie, es wird schön! Musik, Essen ...“ Weil ich nicht antworte, zeigt er auf die Schiene, die ich um mein rechtes Bein trage, und fragt, was passiert sei.

„Vom Rad gefallen“, antworte ich. „Uh“, sagt er und beginnt, von seinen Schmerzen zu erzählen. Damals arbeitete er auf dem Bau mit schweren Maschinen und hatte auf einmal diesen Stich im Handgelenk. Tagsüber habe er sich eine Salbe geholt und gut war's. Aber abends: „Schmerz ohne Ende.“ Wir sind fast an unserem Ziel am Potsdamer Platz, wo ich meinen MRT-Termin habe. „Und jetzt?“, frage ich. „Auto fahren, nie wieder Baustelle“, lautet die Antwort.

Da ich noch Zeit habe, fährt er mich bis zu einem Café in der Nähe. Danach irre ich durch die Alte Potsdamer Straße und merke, dass ich nie dort bin, außer zur Berlinale, wenn die Bäume noch mit Lichterketten dekoriert sind und ich von Kino zu Kino eile. Gerade ist alles anders: Die Gegend ist leer, und ich komme nur langsam voran. Vier Tage nach dem Unfall kann ich mit den Krücken nur schwer laufen. Bei meinen häufigen Pausen sprechen mich immer wieder Leute an. Sie wünschen mir gute Besserung oder, wie der Taxifahrer, berichten von ihren eigenen Unfällen. So tut es ebenso ein Security-Mann, der mich bis zum Radiologie-Zentrum begleitet. Ich seufze. „Alles wird gut“, sagt er und hält die Tür für mich auf.

Luciana Ferrando

## verweis

## Schuster und Mansour

Wie gestaltet sich das Leben von Juden und Muslimen in Deutschland? Antisemitische Vorfälle und Ausschreitungen aus dem islamistischen Milieu prägen den Alltag seit dem 7. Oktober 2023. Wie können Staat und Gesellschaft reagieren? Gibt es Wege, sich von Stereotypen zu befreien und die Perspektiven der anderen Seite differenziert zu betrachten? In einem Gespräch wollen Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden, und Ahmad Mansour, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentrum für demokratische Kultur Berlin, heute um 20 Uhr im Pfefferberg diese Fragen erörtern. Soeben ist ihr gemeinsames Buch dazu erschienen. Shelly Kupferberg moderiert.



Die seltsamste Musik des Festivals: Ensemble Exaudi Foto: Jon Bungard

## Hörner und Posaunen bratzen

Beim Musikfest Berlin wird des jüngst verstorbenen Komponisten Wolfgang Rihm gedacht und der 200. Geburtstag Anton Bruckners gefeiert. Kirill Petrenko steuerte die Philharmoniker sicher hindurch

Von Tim Caspar Boehme

Gut anderthalb Monate ist es her, dass der Komponist Wolfgang Rihm im Alter von 72 Jahren starb. Er war 2020 an Krebs erkrankt, hatte aber noch bis zuletzt gearbeitet. Für die Saison 2024/25 war er als Composer in Residence der Berliner Philharmoniker angekündigt. Stattdessen verabschiedete sich das Orchester unter Leitung seines Chefdirigenten Kirill Petrenko jetzt beim Musikfest Berlin an drei Abenden von Rihm mit einem Werk, in dem nur Teile des Ensembles überhaupt zum Einsatz kamen.

„In-Schrift“ von 1995 war ein Auftragswerk für die Musikbiennale von Venedig, geschrieben für die Basilika von San Marco. Das zwanzigminütige Stück huldigt den räumlichen Gegebenheiten des Kirchengebäudes, lässt den einzelnen Stimmen viel Raum. Vor allem Bläser sind in dieser Besetzung stark vertreten, dazu die tiefen Streicher von Cello und Bass, eine Harfe und fünf Schlagzeuger. Besonders die Bläser treten immer wieder mit einzelnen melodieartigen Linien hervor, manchmal bratzen die Hörner und Posaunen sogar kräftigst.

Rihm war zu Beginn seiner Karriere für seinen in der Nachkriegsmoderne untypischen Expressionismus gefürchtet, zur Zeit von „In-Schrift“ hatten übergeordnete Strukturprinzipien bei ihm stärkere Bedeutung erlangt. Den Titel berücksichtigte Rihm in diesem Fall mit einer erstaunlich lautmalend-herausgehensweise: In der Mitte des Stücks hämmern die Holzblöcke des Schlagzeugs vernehmlich, so wie Meißel, die Lettern in Stein hauen.

Das Hämmern, wenngleich eher im übertragenen Sinn, beherrschte auch Anton Bruckner auf meisterliche Art. Der am 4. September 1824 geborene Komponist, dessen 200. Geburtstag dieses Jahr auf dem Musikfest mit einem Schwerpunkt gedacht wird, schuf vor allem in seinen Symphonien dramatisch monumentale Formen des Insistierens, die beim Zuhören schon mal Schwindel verursachen können.

So wuchtet seine Musik daher kommt, so unsicher war Bruckner als Person und als Künstler. Seine 5. Symphonie, die die Berliner Philharmoniker zusammen mit Rihms „In-Schrift“ aufführten, nahm er in

Angriff, nachdem er zum dritten Mal erfolglos versucht hatte, Professor an der Universität Wien zu werden. Zum Anlass passend, wählte er eine möglichst „akademische“ Kompositionstechnik, die Polyphonie. Im Ausdruck ist das Ergebnis jedoch alles andere als akademisch nüchtern, sondern typisch Bruckner. Er steigert sich in immer heftiger anbrandende

Die Musik steigert sich in anbrandende Wellen, wird an Stellen zum ohrenbetäubenden Tosen und Toben

Wellen, die endlos weiter anschwellen zu können scheinen. Überhaupt gerät diese konsequente Mehrstimmigkeit bei Bruckner zur perfekten Meeresmusik, ein unüberschaubarer Ozean aus sich gegenseitig überlappenden Wellen öffnet sich, reißt einen mit, wird an Stellen zum ohrenbetäubenden Tosen. Petrenko steuerte die Berliner Philharmoniker sicher durch diese unruhige See,

tosender Applaus hinterher dafür. Anton Bruckner war nicht bloß ein Komponist, der die Extreme der symphonischen Form auslotete, sondern vor allem ein sehr religiöser Katholik.

Sein geistliches Schaffen schließt dabei den Willen zur großen Form nicht aus, doch gibt es bei ihm in seinem frühen Schaffen auch kleiner dimensionierte liturgische Musik. Der RIAS Kammerchor und die Akademie für Alte Musik unter der Leitung von Łukasz Borowicz werden diese am Mittwoch zum Abschluss des Musikfests in der Philharmonie vorstellen. Nicht fehlen darf gleichwohl Bruckners große Messe Nr. 1 in d-Moll von 1864. Zwei Jahre vor seiner ersten offiziellen Symphonie entstanden, bedeutete die Messe für den Komponisten den Durchbruch.

Gegen Ende hin beschließt das Musikfest zudem sein übergeordnetes Thema „Amérique“, aber nicht mit Musik eines amerikanischen Komponisten, gleich von welchem Kontinent, sondern vom Franzosen Olivier Messiaen. Dieser schrieb seine umfangreichste Orchestermusik, „Des Canyons aux étoiles ...“ (1974), inspiriert von einer Reise durch den US-Staat Utah

und seine Nationalparks. Und im Auftrag der Mäzenin Alice Tully, gedacht für die Zweihundertjahrfeier der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten. Am Dienstag spielt die Karajan-Akademie der Berliner Philharmoniker, erneut in der Philharmonie, unter Sir Simon Rattle das Werk, in dem Messiaen Vogelstimmen aus Utah ebenso wie Farbeindrücke vom Bryce Canyon verarbeitet – er war sowohl Ornithologe als auch Synästhetiker.

Apropos Eigenartiges: Die wohl seltsamste Musik führte bei diesem Musikfest das Ensemble Exaudi am Sonntagabend in der St.-Matthäus-Kirche auf. Obwohl in der Renaissance komponiert, war das Programm des Konzerts höchst gegenwärtig. Und das dank des Außenseiters Nicola Vicentino, der seinerzeit einen neuen Zugang zur Musik der Antike versprach, mit „enharmonischer“ Musik. Heute würde man das Ergebnis „mikrotonal“ nennen, mit einer in kleinste Schritte unterteilten Tonleiter. Die Sänger klangen dabei, als würden sie sich während der Aufführung einstimmen. Echt schräg.

Bis 18. 9., Philharmonie

## Die westliche Dominanz auffressen

Bei dem brasilianischen Choreografen Ricardo de Paula und seinem Kollektiv Grupo Oito wird Essen zum Politikum. Ihre Performance „Carne“ in den Uferstudios macht zudem Schwarze Körper sichtbar

Von Greta Haberer

Essen ist politisch. Was wir essen und wie wir dies tun, kann ein politischer Akt sein. Aber auch wer isst, kann politische Fragen nach Identität und Machtverhältnissen in den Raum stellen. Mit diesen Fragen beschäftigen sich der brasilianische Choreograf Ricardo de Paula zusammen mit dem Kollektiv Grupo Oito in ihrem neuen Stück „Carne“ (deutsch: Fleisch). Fleisch ist hier ein abstrakter Begriff: Fleisch ist Körperlichkeit, Körper und damit Teil der Natur.

Grundlage der Performance ist die brasilianische Antropophagie-Bewegung, eine künstlerische wie sozialkritische Bewegung der Moderne, die zum kulturellen Kannibalismus aufrief und die rassistische, dominante europäische Kultur ver-

schlingen wollte. Essen ist in diesem Sinne ein Akt der Befreiung, Fleisch wird zu einem Symbol des Widerstands. Das Fleisch hier sind Schwarze Körper, die von der westlichen und weißen Vorherrschaft aufgefressen werden und sich nun aufbäumen.

Entgegen der gewaltvollen Vorstellung von Kannibalismus beginnt die Performance im Uferstudio 14 dagegen sanft und zärtlich. Vier Performer\*innen, jeweils zu zweit, liegen eng umschlungen in der Mitte des in dunkles Rot getauchten Bühnenraums. Sie erkunden ihre Körper, rollen übereinander, schieben und ziehen sich, ohne je voneinander loszukommen. Sie ziehen einander an der Haut, kneifen und beißen sich in die Muskeln. Mit verspielter Sinnlichkeit bewegen sie sich so durch den Raum, während ein\*e

weitere Performer\*in sich mithilfe der japanischen Kinbaku-Technik in einem Quader aus Metallstreben so verknötet, bis sie\* frei darin schwingen kann – wie ein Stück Fleisch im Schlachthof.

Von hier an entwickelt sich „Carne“ immer mehr zu einer Collage aus Symbolen des Widerstands, der Heilung und Veränderung Schwarzer Körper. Ein Solo von Martina Garbelli stellt den Mund in den Vordergrund. Animalisch wirbelt sie über den Bühnenboden, krabbelt und springt energetisch umher, den Mund dabei immer wieder weit aufgerissen, Zunge rausgestreckt. Der Mund, der isst, der Mund, der ausspricht, wer Macht und wer Besitz hat. Doch der Mund kann auch lächeln. Er kann Schmerz weglächeln und Wut überspielen. Es ist eine der

eindrücklichsten Szenen der Performance, wenn die Tänzer\*innen ruckartig wie Aufzuehpuppen auf der Stelle tanzen, die Gesichter krampfhaft zu einem Lächeln verzerrt.

Es ist eine kleine Tour de Force, durch die Ricardo de Paula mit Grupo Oito das Publikum jagen. Jede Szene katapultiert das Publikum in ein neues Setting. Thiago Rosa erzählt manisch von einem Traum, in dem sich am Ende alle Menschen gegessen haben, Cintia Rangel tanzt auf einem rollenden Podest à la Josephine Baker mit Bananen an den Hüften, an einem erhöhten Tisch werden knackige Äpfel so voller Genuss verschlungen, als wäre es das erste Mal und Popcorn wird vom Körper eines Tänzers gegessen – oder wird auch sein Körper dabei verzehrt? Der Begriff des Fleisches wird in

„Carne“ in politisch Abstrakte gehoben. Die Arbeit wirkt wie ein Netz aus Assoziationen, das im Laufe des Abends immer weitergesponnen wird. Leider fehlt hier manchmal der rote Faden und die Performance hangelt sich so von Szene zu Szene, wobei die Übergänge manchmal nicht eindeutig scheinen. Über knapp zwei Stunden zieht dies in die Länge, zwei oder drei Szenen weniger hätten der Performance gut getan.

Langweilig wird es trotzdem nie, zu viel passiert auf der Bühne, immer neue Bilder und Emotionen werden auch dank des atmosphärischen Bühnenbilds und Sounddesigns kreiert. „Carne“ ist wie eine in Rot getauchte Collage, voller Symbole und Botschaften, die Schwarze Perspektiven und Körperlichkeit sichtbar macht.

Abo 030 - 259 02 - 590 | Anzeigen 030 - 259 02 - 314 anzeigen@taz.de | Redaktion 040 - 38 90 17 - 0 redaktion@taz-nord.de

## Mit politischen Parolen beschmiert

Politiker\*innen verurteilen „Free Gaza“-Schriftzug an der Fassade des niedersächsischen Parlaments

An die Fassade des Landtags in Hannover ist Samstagabend mit roter Farbe großformatig der Schriftzug „Free Gaza“ angebracht worden. Auch weitere Teile des Gebäudes seien „mit politischen Parolen und Symbolen einer radikal-islamistischen Terrororganisation beschmiert“ worden, erklärte Landtagspräsidentin Hanna Naber (SPD). „Ich verurteile diese Tat auf das Schärfste.“ Die Polizei habe Spuren gesichert und Ermittlungen aufgenommen. Auch interne Untersuchungen des Landtags seien angelaufen.

Außer der Fassade wurden Säulen der Eingangshalle markiert. Zudem haben die Täter\*innen Farbe auf den Treppen im Eingangsbereich des Parlaments verteilt. Auch eine Gedenktafel für den Dichter der deutschen Nationalhymne, August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798–1874), mit der Aufschrift „Einigkeit, Recht, Freiheit“ wurde mit Farbe beschmutzt.

Laut Polizei ereignete sich die Tat in der Nacht zum Samstag, direkt vor dem Tag der offenen Tür im Landtag. Landtagspräsidentin Hanna Naber (SPD) sowie die Fraktionen von SPD, CDU und Grünen verurteilten die Tat scharf. Nach Angaben des Landtags deuten die Parolen auf eine radikal-islamistische Terrororganisation hin. „Wir werden alles daran setzen, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden“, sagte Naber. Der Landtag stehe für die demokratische Debatte und bei allem Streit in der Sache für einen fairen Umgang miteinander.

### Kein Kavaliersdelikt

SPD-Fraktionschef Grant Hendrik Tonne sagte: „Das Beschmieren des Landtags ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat.“ Der Landtag sei ein Ort des offenen, fairen und angstfreien Austauschs von Meinungen und Argumenten. Diese Prinzipien seien durch die Tat fundamental angegriffen worden. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Anne Kura, sprach von einer „Riesensauerei“. Wer Erkennungszeichen terroristischer Organisationen auf die Gebäude demokratischer Institutionen schmiere, „greift auch die Demokratie selbst an“.

Ihr Co-Vorsitzender Detlev Schulz-Hendel fügte hinzu: „Wir lassen uns von solchen Angriffen das Konzept eines grundsätzlich offenen Hauses nicht kaputt machen.“ Die CDU erklärte, solche illegalen Handlungen missachteten den Respekt, den das Parlament verdiene: „Vandalismus ist nicht nur strafbar, sondern ein Angriff auf unsere Demokratie.“ Politische Meinungsäußerungen, auch zum Gaza-Konflikt, müssten friedlich und im Rahmen des Gesetzes erfolgen. Zugleich plädierte die Fraktion für einen stärkeren Schutz des Parlamentsgebäudes etwa durch eine Bannmeile oder Videoüberwachung.

Beim Tag der offenen Tür haben sich am Samstag dann rund 12.000 Besucher\*innen Einblicke in die Landespolitik verschafft. Unter anderem präsentierten sich Parteien, Medien und die Landtagsverwaltung. (epd/dpa)

### südwest

## Schützt die Panzer!

Am heutigen Montag beginnt das Manöver „Northern Coast“. Dafür kommen rund 1.500 Soldat\*innen aus neun Nationen an die Ostsee, die dann mit Schiffen und einem U-Boot in der Kieler Bucht kreuzen: „Ein anspruchsvolles Programm“ hat Kapitän zur See Kurt Leonards für sie zusammengestellt. Die Übung soll dieses Jahr auch das gerade beendete russische Ostsee-Manöver Okean 2024 mit einer Demonstration der Stärke der Nato beantworten. Damit die auch wirklich gelingt, hat der südwest eine dringende Empfehlung an den Generalstab. Sie betrifft die Truppentransporte auf dem Landweg in die Kieler Bucht: Angesichts ihres Erhaltungszustands scheint nämlich absolut geboten, alle Brücken Norddeutschlands weiträumig zu umfahren.



Rechte Bedrohung ist real: Wie hier am Rande einer Kundgebung der Querdenker in Düsseldorf im Dezember 2020. Foto: Markus Matzel/imagoo

# Niedersachsen spart sich Kampf für Demokratie

Nisten sich rechte Gruppierung vor Ort ein oder wehen Reichsbürger-Fahnen in Nachbars Garten hilft die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus weiter. Doch die Finanzierung für 2025 wackelt. Dabei ist die Nachfrage in Niedersachsen höher denn je

Von **Andreas Speit**

Die Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus (MBT) steht möglicherweise vor dem Aus. Die Mitarbeiter\*innen erwarten die Kündigung bis Ende des Monats. Grund: Weder der Bund noch das Land Niedersachsen haben dem Trägerverein „Weser Aller Bündnis: Engagiert für Zivilcourage und Demokratie“ (Wabe) bisher die Finanzierung der Arbeit im kommenden Jahr verbindlich zugesagt. Die MBT informiert über die Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen und gibt Beistand bei der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten. „Statt nach den Wahlerfolgen der AfD die Beratungen zu stärken, werden sie geschwächt“, sagt Gunda Schmidtke, Ehrenvorsitzende von Wabe. „Ich bin wirklich erzürnt und aufgebracht.“

Am 22. August hatte der Trägerverein in einem Offenen Brief an die Landesregierung auf die Situation hingewiesen. 75 Kooperationspartner\*innen unterschrieben eine Unterstützungserklärung. Die Reaktion der rot-grünen Landesregierung auf den Brief? Gab es nicht, zumindest „keine offizielle“, wie Schmidtke sagt. Weder habe ein Telefonat stattgefunden noch sei ein Gesprächstermin vereinbart worden.

Der Verein mit Sitz in Verden ist nun genötigt, zum Ende des Jahres die 16 Mitarbeiter\*innen zu entlassen. Elf von ihnen sind

landesweit in der Beratung tätig. Der Verein plant, die Regionalbüros in Oldenburg und Hildesheim aufzulösen und auch die Räumlichkeiten in Verden abzugeben. Miet- und Leasingverträge müssen gekündigt werden: Ohne staatliche Mittel kann der Verein die Arbeit nicht finanzieren. Sie befürchte hochprofessionelle und kompetente Mitarbeiter\*innen zu verlieren, so Schmidtke zur taz. Diese hätten an ihren Einsatzorten „Kon-

viele Anfragen und Betreuung wie im ganzen vergangenen Jahr, sagt Kristin Harney, Projektleiterin der MBT. Die Situation habe sich verschärft. Zugleich bemerkt sie eine gewachsene Sensibilisierung.

Auch die Nachrichten über das Treffen von Neonazis, AfD-Funktionären und rechten CDU-Angehörigen am 10. Januar in Potsdam dürfte dazu beigetragen haben. Die Enthüllungen des Recherche-Kollektivs Cor-

In ihrem Koalitionsvertrag haben SPD und Grüne versprochen, eine „dauerhafte Finanzierung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus“ sicherzustellen. In Hannover scheinen die Entscheidungsträger jedoch auf Berlin zu warten – auf das Ergebnis der dortigen Haushaltsberatungen.

So versichert auf Nachfrage der taz Michael Lühmann, innenpolitischer Sprecher der Landtags-Grünen, die Arbeit der MBT sei „von unschätzbarem Wert“ gerade angesichts der Angriffe von Rechtsaußen auf die Demokratie. Doch sei der Bund in der Pflicht, das „Demokratie leben“-Folgeprogramm auszustatten, um eine lückenlose Finanzierung auch im Jahr 2025 zu gewährleisten. Man gehe davon aus, dass die Gelder auch im kommenden Jahr bewilligt würden und dies auch „sehr zeitnah kommuniziert“ werde.

Auf Landesebene sei man bereit, seinen Teil beizutragen und mit einem niedersächsischen Demokratiefördergesetz die Unterstützung zu verstetigen. Allen Absichtsbekundungen zum Trotz: Sollten die Mittel zu spät bereitgestellt werden, könnten die bisherigen Projekte bereits aufgelöst sein. Dann müssten erst wieder neue Strukturen aufgebaut werden, befürchtet der Trägerverein. Das wäre im Sinne nur der AfD-Landtagsfraktion: Der ist die Förderung der MBT schon lange ein Dorn im Auge.

„Statt nach den Wahlerfolgen der AfD die Beratungsstellen gegen die Extrem Rechte zu stärken, wird durch die Unklarheit der weiteren finanzielle Unterstützung die Tätigkeit geschwächt“

Gunda Schmidtke, Wabe e.V.

takte und Vertrauen nach und nach aufgebaut.“

Die MBT unterstützt Personen und Projekte bei deren Engagement gegen Rassismus oder Antisemitismus, und sie hilft dabei, sinnvoll auf unterschiedlichste Formen von Rechtsextremismus zu reagieren. Hängt der Nachbar beispielsweise eine Reichskriegsflagge im Garten auf, entwickeln die MBT-Teams auf Anfrage orts- und situationsbezogene Strategien gegen eine drohende Dominanz rechtsextremer Gruppierungen.

Die Nachfrage ist groß: In diesem Jahr gebe es schon jetzt so

aktiv über dieses Geheimtreffen hatten Anfang des Jahres eine Welle von Demonstrationen gegen rechts und für Vielfalt ausgelöst.

In der Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ von 2020 bis 2024 hat der Verein Wabe die MBT-Strukturen aufgebaut. Die Arbeit wird größtenteils vom Bundesfamilienministerium finanziert. Der Verein ist Partner des Demokratiezentrums beim Landespräventionsrat Niedersachsen. Im Jahr 2024 wurde ein Beitrag zur Finanzierung erstmals über die sogenannte „politische Liste“ im Landeshaushalt bereitgestellt.

## das portrait



Johannes Bitter: Der „alte Mann“ zwischen den Pfosten wird gerade jetzt beim HSV Hamburg gebraucht  
Foto: Frank Molter/dpa

## Keeper Johannes Bitter hält fast ewig für den HSV

Torhüter im Profi-Handball haben es besser. Zwar wird ihnen von den gegnerischen Spielern der Ball schon mal mit bis zu 130 Stundenkilometern ins Gesicht geknallt, und ja doch, auch Johannes Bitter vom Handball Sport Verein Hamburg hat das schon erlebt. Aber dafür bekommen die dann immerhin eine Rote Karte. Ihr eigentlicher Vorteil aber ist: Sie können für gewöhnlich das Karriereende weiter hinausdehnen als Feldspieler. Bei denen ist mit Mitte 30 meist Schluss.

Bei Torhütern laufen die Uhren etwas anders. Es hat schon so einige gegeben, die mit mehr als 40 Jahren noch in der Bundesliga im Tor gestanden haben. Der frühere THW-Schlussmann Henning Fritz etwa half im Mai 2021 beim Kieler Rivalen SG Flensburg-Handewitt aus, als dem Team die Keeper ausgingen – im Alter von 46 Jahren.

So gesehen kann Johannes Bitter für sich im Profi-Handball noch gut vorausplanen. Zumal er am 2. September ja gerade erst 42 Jahre alt geworden ist. Es ist aber auch so, dass sich der gebürtige Oldenburger seit einigen Jahren schon für den Tag X wappnet, wenn die Profikarriere endet.

Vor viereinhalb Jahren etwa trat Bitter als Jungunternehmer bei der TV-Show „Die Höhle der Löwen“ auf, um Geld für ein Nahrungsergänzungsmittel-Start-up zu generieren. Dies gelang – die Investoren stellten 300.000 Euro zur Verfügung.

Vor wenigen Wochen gab es nun einen deutlichen Hinweis darauf, dass Bitter auch über seine Profikarriere hinaus dem Spitzenhandball verbunden bleiben möchte. Der Routinier zwischen den Pfosten übernahm beim HSV Hamburg noch eine weitere Aufgabe: Er gehört nun auch dem neuen Vorstand des Clubs an. Der ist wegen großer finanzieller Schwierigkeiten im Frühjahr von einem erneuten Lizenzverlust wie im Januar 2016 bedroht.

Bitter war damals nach Stuttgart gewechselt, steht aber, seit der HSV 2021 in die Bundesliga zurückgekehrt ist, wieder in der Barclays Arena zwischen den Pfosten. Neuerdings hat er jetzt aber auch einen Schreibtisch in der Geschäftsstelle am Hellgrundweg – als einer der Vizepräsidenten im von Kay Spanger geführten Vorstand.

„Ich habe mich schon seit meiner Rückkehr nach Hamburg immer außerhalb des Spielfelds engagiert, um den Verein nach vorne zu bringen“, so Bitter. Er freut sich auf die offizielle Funktion, die er parallel zur Spielertätigkeit ausüben will. „Wir alle sehen, wie viel Potenzial in diesem Verein noch steckt. Darum habe ich große Lust, den Club im nächsten Schritt als Präsidiumsmitglied weiterzuentwickeln.“

Der Familienvater ist durch diesen Schritt praktisch Nachfolger seines früheren Trainers Martin Schwalb, der genauso wie der bisherige Präsident Marc Evermann knapp drei Monate nach der Ausstellung der Bundesliga-Lizenz sein Amt zur Verfügung gestellt hatte. Bitters Hauptaufgabe wird aber weiterhin in der Abwehr gegnerischer Würfe liegen. Schließlich hat der 2,05 große Mann schon vor einiger Zeit erklärt, seinen Profivertrag gerne erfüllen zu wollen. Der läuft noch bis zum 30. Juni 2026.

Dass der „alte Mann“ zwischen den Pfosten gerade jetzt beim HSV Hamburg dringend gebraucht wird, liegt vor allem daran, dass die verpflichteten Torhüter Robin Haug und Mohamed El-Tayar derzeit verletzt fehlen. Auch beim Heimspiel am gestrigen Sonntag gegen den deutschen Meister SC Magdeburg musste zunächst Bitter ran, bis Haug ihn für die letzten zehn Minuten ablösen konnte. Die 26:32-Niederlage konnte keiner von beiden verhindern.

Christian Görtzen

Da staunste: Beim Fußball geht's immer auch ums große Geld. Und sei es um den 100 Rubel-Schein zur WM 2018 in Russland  
Foto: ЦБ РФ/wikimedia Commons

# „Niemand kann dem Darknet einfach den Stecker ziehen“

Laut Hamburger Morgenpost gibt es Anzeichen, dass seit November 2022 der Ausgang von mindestens 17 Fußballspielen manipuliert worden sein könnte. Darunter sollen auch Spiele aus der Oberliga Hamburg sein. Verbandschef Christian Okun überrascht das wenig

Interview Alina Götz

**taz:** Wie haben Sie die Nachricht aufgenommen, dass offenbar vorsätzlich Fußballspiele manipuliert worden sind?

**Christian Okun:** Besonders überrascht hat mich das nicht. Es ist schon so, dass wir uns nach Erscheinen der ARD-Doku zu dem Thema vor einem Monat mit der Thematik beschäftigt haben. Allerdings stellt der Artikel das alles sehr nebulös dar. Mir konnte die Redaktion auch nicht sagen, um welche Spiele es in Hamburg genau gehen soll.

**taz:** Was wissen Sie denn derzeit über die Vorwürfe?

**Okun:** Es gibt Anhaltspunkte, dass in ganz Deutschland, also auch in Hamburg, irgendwelche Datenscouts rumlaufen. Das gibt es immer wieder mal. Über Wetten oder etwaige Spielmanipulationen wissen wir der Zeit nichts gesichert.

**taz:** Datenscouts?

**Okun:** Das sind Menschen, die auf die Anlagen kommen und über ihr Handy – verbal oder schriftlich – Daten an Dritte weitergeben. Nicht nur den Spielstand, sondern auch, wer den Ball hat, in welche Richtung es gerade geht, wer gleich einen Elfmeter schießt. Am vorletzten Wochenende wurden auch in Hamburg Leute aufgegriffen, unter anderem bei Altona 93.

**taz:** Was ist der Unterschied zu den Livestreams, die Sie anbieten?

**Okun:** Wir übertragen in dieser Saison alle Spiele der Gamesight Oberliga. Jeder kann sich die Spiele auf dem Streaming-Portal des HFV angucken. Es gibt aber einen großen Unterschied zu der Datenübertragung durch Datenscouts, denn wenn ich mir den Stream anschau, ist der Zeitverzug zwischen dem Tor und der Übertragung der Szene zu groß. Die Datenscouts hingegen vermitteln die Fakten sekundenschnell an die Wettanbieter. Die Datenmenge von Audio oder Text ist geringer als bei Video. Das bedeutet konkret, dass wir unser Streaming-Angebot als unproblematisch für diesen Zusammenhang sehen können.

**taz:** Was können die Vereine tun, wenn sie solche Datenscouts bemerken?

**Okun:** Sicher erkennen kann man die Personen nicht. Aber wenn einem Verein das auffällt, sollten sie die Personen der Anlage verweisen, zur Not mithilfe der Polizei. Wir haben am Montag vergangener Woche die Vereine auch darüber informiert. Die wissen Bescheid, wir sind in Kontakt und lassen die Vereine nicht allein. Denn das, was die Datenscouts tun, ist verboten. Genauso, wie es verboten ist, auf deutsche Amateurspiele zu wetten.

**taz:** Es passiert trotzdem.

**Okun:** Wenn Sie die Internetseite eines Wettanbieters in Deutschland aufrufen, gibt es dort keine Amateurspiele, auf die gewettet werden kann. Aber wie bei nahezu allen Dingen: Wenn man die Spiele finden will, findet man die auch im Internet. Dieses Problem kön-

nen aber weder der HFV noch der DFB lösen. Ich kann dem Darknet nicht einfach den Stecker ziehen.

**taz:** Wie untersuchen Sie die Vorwürfe jetzt?

**Okun:** Es gibt derzeit eine Datenanalyse in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Fußballbund (DFB). Sollte es Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten geben, würde der DFB grundsätzlich immer die betreffenden Landesverbände über entsprechende Auffälligkeiten informieren. In diesem Fall würden wir Gespräche mit den Vereinen suchen und uns die Details genauer anschauen: Welche Spieler stehen zum Beispiel auf dem Spielbericht, welcher Schiri hat gepfiffen oder welche Einflüsse auf die Tabellsituation hat ein Ergebnis?

„Es gibt Anhaltspunkte, dass in ganz Deutschland, also auch in Hamburg, irgendwelche Datenscouts rumlaufen“

**taz:** Was hat das Wetten mit Spielmanipulation zu tun?

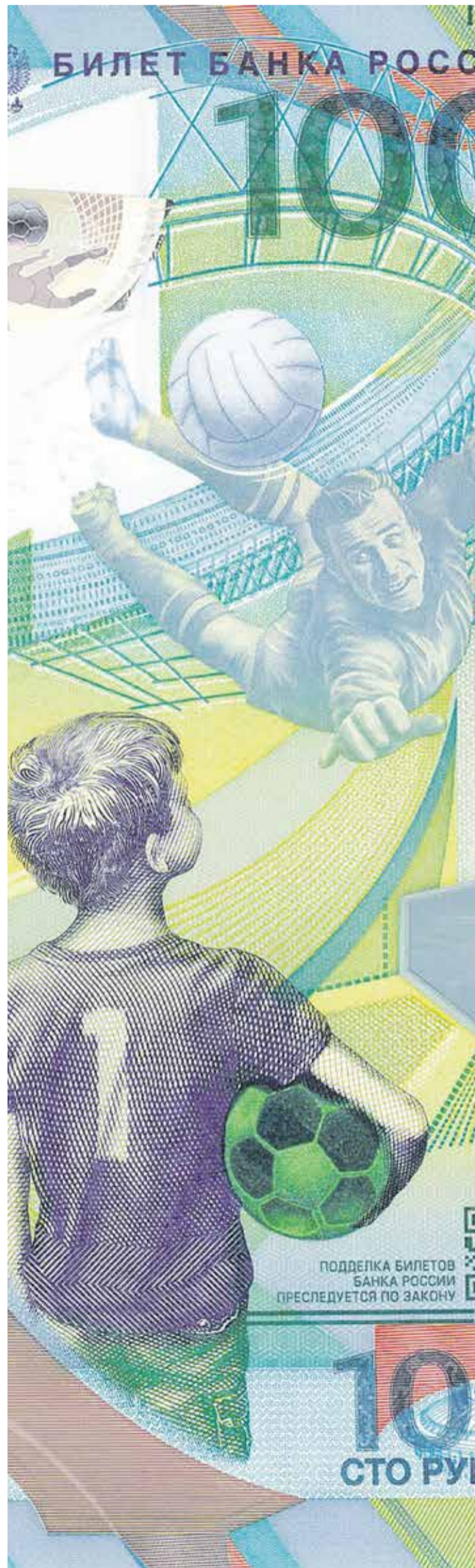
**Okun:** Nicht zwangsläufig etwas. Die Wette auf ein Spiel ist nicht immer verbunden mit einer Manipulation. Im Moment habe ich keine gesicherte Erkenntnis darüber, dass in Hamburg oder anderswo Spiele tatsächlich manipuliert worden sind. Indizien darauf sind sehr hohe Wetteinsätze auf Spiele, bei denen man solche Summen normalerweise nicht hat, oder viele kleine Wetten auf ein Spiel. Das haben wir aber bisher nicht vermittelt bekommen. Der DFB hat dazu noch nichts rausgefunden.

**taz:** Wie geht es jetzt weiter?

**Okun:** Wir gehen der Sache nach, analysieren das. Die Analyse ist nicht trivial. Wenn sich Beweise auf Wetten oder Spielmanipulationen finden, werden wir das zur Anzeige bringen. Ende September steht ohnehin eine Konferenz von Landesverbänden und DFB an. Da werden wir das besprechen. Außerdem werden wir uns mit den Verantwortlichen der Oberliga-Mannschaften zusammensetzen und für das Thema sensibilisieren. Ob daraus weitere Maßnahmen entstehen, werden wir noch beraten. Wir haben keinerlei Interesse, das schleifen zu lassen.



**Christian Okun** 46, ist Präsident des Hamburger Fußball-Verbandes (HFV). War früher als Fußballer aktiv und begann seine Laufbahn als Schiedsrichter 1994 beim Bahrenfelder SV.



## Autoimmune Schläfer Auch Zellen, die krank machen, machen manchmal Pause



Eine neue Methode, um Immunzellen gezielt zu vermehren, haben die Kieler Immunologie-Profis Petra Bache und Alexander Scheffold entwickelt. Die brachte jetzt einen Durchbruch bei der Erforschung von Autoimmunerkrankungen: Ein Team aus Kiel, Lübeck und Berlin hat herausgefunden, dass die CD4+T oder auf Deutsch T-Helferzellen, die infolge eines Defekts die Strukturen ihres eigenen Organismus angreifen, manchmal jahrelang in einen Ruhezustand verfallen. „Bisher wurde angenommen, dass diese Zellen

bei Autoimmunerkrankungen chronisch aktiviert sind“, erklärt die Kieler Wissenschaftlerin Carina Saggau die Bedeutung der nun unter ihrem Namen im Fachblatt *Immunology* veröffentlichten Forschungsergebnisse. Wichtig ist diese Erkenntnis, weil die bisherigen Therapie-Ansätze ausschließlich aktive Immunzellen erreichen, nicht aber den Teil von ihnen, der sich „in einem ruhenden Zustand“ befindet und laut Saggau mitunter „jahrelang im Blut zirkuliert“. Foto: S. Klahn / Exzellenzcluster PMI/Uni Kiel

# „Man kann ganz klar von einem rassistischen Sortieren sprechen“

Der Osnabrücker Historiker Jochen Oltmer hat die Begriffe erforscht, mit denen in Deutschland Migration thematisiert wird. Er empfiehlt, auf Nebenbedeutungen zu achten

Interview **Selma Hornbacher-Schönheber**

**taz:** Herr Oltmer, Sie forschen zur Geschichte des Begriffs „Flüchtling“. Wieso ist es relevant, wie sich dieser Begriff entwickelt hat?

**Jochen Oltmer:** In Diskussionen über Migration – und dazu gehört der Begriff „Flüchtling“ – merkt man schnell, dass Begriffe nie bloße Buchstabenreihen sind: Es geht immer um ihre Konnotation und die Aufladung mit Bedeutung. Die Geschichte eines Begriffs zu erforschen, bedeutet eine Langzeitbeobachtung von Gesellschaften. Prozesse des permanenten Diskutierens und Aushandelns werden anhand des Bedeutungswandels eines Begriffes fassbar.

**taz:** Wie hat sich die Bedeutung des Begriffs „Flüchtling“ verändert?

**Oltmer:** Als Alltagsbegriff setzte er sich erst nach dem Ersten Weltkrieg durch. Er meinte meistens Deutsche und war positiv konnotiert. Das bleibt auch nach dem Zweiten Weltkrieg so. Auf sogenannte „internationale Flüchtlinge“ findet sich bis in die 1950er-Jahre kaum ein Bezug.

**taz:** Wann hat sich das geändert?

**Oltmer:** In den 1970er-Jahren wird die Bundesrepublik zunehmend das Ziel von Schutzsuchenden aus Osteuropa und dem Globalen Süden. 1980 wurden in der BRD erstmals über 100.000 Asylanträge gestellt. Es herrschte große Aufregung um eine vermeintliche Überlastung. Interessant ist, dass der Begriff „Flüchtling“ weiterhin po-

sitiv konnotiert blieb. Meistens wurde er für Personen aus Osteuropa verwendet, deren Flucht man als Beweis der Überlegenheit des Westens gegenüber der Sowjetunion sah.

**taz:** Die positive Konnotation blieb trotz der Debatte um Überlastung?

**Oltmer:** Es gibt einen zweiten zentralen Begriff in der bundesdeutschen Debatte ab den 1970ern: Der extrem negativ konnotierte Begriff des „Asylanten“, der sich auf Menschen aus dem Globalen Süden bezieht. Man kann ganz klar von einem rassistischen Sortieren

„Es geht um Fragen der Bedrohung. Und es geht immer auch um die Frage der Nützlichkeit für die bundesdeutsche Gesellschaft“

sprechen: Die guten Schutzsuchenden aus Osteuropa, die man „Flüchtlinge“ nennt und die unerwünschten aus dem Globalen Süden, die als „Asylanten“ bezeichnet werden. Der Begriff des „Asylanten“ hat ermöglicht, dass der Begriff des „Flüchtlings“ positiv konnotiert bleiben konnte – trotz der Überlastungsdebatte.

**taz:** Welche Fragen wurden in dieser rassistischen Abgrenzung von „Flüchtlingen“ versus „Asylanten“ verhandelt?

**Oltmer:** Es geht um Zugehörigkeit, die „Flüchtlingen“ zugesprochen wird, während die so bezeichneten „Asylanten“ als nicht zugehörig gelten. Und es geht um Fragen der Be-

drohung: Beispielsweise in der Bildberichterstattung in den Zeitungen sehen Sie: „Flüchtlinge“ werden als individuelle Menschen dargestellt. „Asylanten“ erscheinen als Masse, die als solche eine Bedrohung zu bilden scheint. Und es geht immer auch um die Frage der Nützlichkeit für die bundesdeutsche Gesellschaft.

**taz:** Mittlerweile ist der Begriff „Asylant“ nicht mehr geläufig.

**Oltmer:** Es gibt natürlich andere Möglichkeiten, rassistisch zu sortieren. Zum Beispiel der Begriff des Wirtschaftsflücht-

lings: Er deutet an, dass diese Menschen unerwünscht und nicht „nützlich“ für die bundesdeutsche Gesellschaft seien.

**taz:** Auch der Begriff „Flüchtling“ wird heute kritisiert. Wieso?

**Oltmer:** Ab den späten 2000ern wird kritisiert, dass das Suffix „-ling“ in der Tendenz abwertend sei. Sprachwissenschaftlich ist das übrigens nicht so eindeutig. Außerdem lasse der Begriff nicht die Bildung einer weiblichen Form zu, heißt es. Das verbreite den Eindruck, dass ein Flüchtling immer ein Mann sei. Heute wird oft von „Geflüchteten“ gesprochen. Anders als „Flüchtling“ impliziert dieser Begriff aber,

dass die Flucht schon vorbei sei. Dabei sehen wir: Fluchtbewegungen finden sehr oft kein Ende. Da scheint der Begriff des „Geflüchteten“ dysfunktional. Ich spreche meist von „Schutzsuchenden“.

**taz:** Ist der Begriff „Flüchtling“ also einfach überholt?

**Oltmer:** „Flüchtling“ ist auch ein Rechtsbegriff und explizit mit einem Rechtsanspruch verbunden. Wenn man diesen Begriff aus der öffentlichen Debatte wischt, macht man unsichtbar, dass es diese Schutzrechte gibt. Allgemein denke ich, dass viele sich zu wenige Gedanken machen, welche Botschaften sie mit Begriffen transportieren.

**taz:** Wo zum Beispiel?

**Oltmer:** Etwa in der Diskussion zu „illegaler“ Migration. Hier werden Menschen, die mit Verweis auf das Asylrecht Grenzen überschreiten, aber kein Visum oder entsprechende Legitimationspapiere haben, als illegal bezeichnet. Dabei wissen alle, die mit diesen Verfahren zu tun haben, dass schon mit dem Hinweis auf das Asylrecht ihr Aufenthalt legalisiert wird. Aber verschiedene Seiten sprechen bewusst von illegaler Migration, um sie als kriminell zu labeln. Damit werden diese Begriffe zum Gegenstand oder sogar zu Waffen im politischen Kampf um die Zuweisung von Rechten und die Auseinandersetzung um Zugehörigkeiten. Da werden Lebensmöglichkeiten zugewiesen oder auch genommen. Das sind alles Aspekte, die eine Migrationsgesellschaft sehr intensiv in den Blick nehmen sollte.



Foto: Hermann Pentemann

**Jochen Oltmer** Professor für Neueste Geschichte und Migrationsgeschichte am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Gemeinsam mit Isabella Löhr (Potsdam) hat er ein kritisches Inventar der Migrationsbegriffe erstellt.

### orte des wissens

## Ein tierisch kommunikatives Institut

Im Spagat zwischen Hamburgs Museum der Natur und dem Museum Alexander Koenig in Bonn erforscht ein Leibniz-Institut den Biodiversitätswandel

Das Leibniz-Institut zur Analyse des Biodiversitätswandels ist zugänglicher als andere Forschungseinrichtungen. In zwei Museen in Bonn und Hamburg versucht es der Öffentlichkeit anschaulich zu vermitteln, was Forscher\*innen über die Veränderung der Vielfalt herausfinden.

Das Museum der Natur in Hamburg möchte die Besuchenden auch auf emotionaler Ebene ansprechen. Die Tierpräparate im Teilbereich Zoologie sind dafür bestens geeignet. In der Kinderausstellung zum Beispiel lernen die jungen Besucher\*innen, wo und wie Schneeleoparden leben, können spielerisch verschiedene Themen bearbeiten.

Florian Steinkröger betont aber auch einen anderen Aspekt, den sie hier im Museum vortreiben wollen. Er ist Medienredakteur und präsentiert einen Ausstellungsbereich, in dem Forschende ihre aktuellen Projekte vorstellen. „Das wollen wir zukünftig noch viel stärker machen, denn die meisten Besucher\*innen wissen gar nicht, dass hier über uns die Forschenden ihre Büros und Labore haben.“ Die Räumlichkeiten oben lassen erkennen, dass es sich um alte Ungebäude handelt: viel Beton und lange Flure, alles wirkt in die Jahre gekommen.

In einem der Räume sitzt Nicholas Ryan Friedman. Der Amerikaner forscht zur Kommunikation und Lebensräumen von Vögeln. In Japan hat er Boxen im Regenwald aufgehängt, um herauszufinden, wie Tiere miteinander kommunizieren, wenn keine Menschen in der Nähe sind. „Es gibt uns enorme Einblicke in das ökologische System“, berichtet Friedman begeistert. „So viele Daten, Hunderte Terrabytes“, strahlt er. In den USA fanden sie zum Beispiel heraus, wie nach Hurrikans die Populationen zurückgingen, in andere

Neu seit Corona ist eine Wand, auf der Zoonosen erklärt werden

Regionen flüchteten und erst langsam wieder zurückkamen.

Bis 2021 war das Museum an die Universität Hamburg angegliedert. Dann ging man, gemeinsam mit dem Museum in Bonn, im Leibniz-Institut auf, um Geld aus zwei Bundesländern einwerben zu können. Das mittelfristige Ziel ist ein neues Naturkundemuseum in der Hafencity, dann wären die drei Ausstellungen in Hamburg nicht mehr räumlich getrennt.

Doch bis dahin gibt es auch am jetzigen Standort noch einiges zu tun, erklärt Steinkröger: „Das Design der Ausstellung ist teilweise nicht mehr zeitgemäß, und viele Erklärtexte sind nicht auf Englisch verfügbar.“ Und der Ansatz, Menschen über positive Emotionen für die Natur und ihren Erhalt zu begeistern, sei auch noch nicht überall zu sehen. „In dieser Vitrine zeigen wir zum Beispiel, wie menschliches Handeln auf die Natur einwirkt.“

Neu seit Corona ist eine Wand, auf der Zoonosen erklärt werden, bei denen Tiere im Übertragungsweg involviert sind. Auch hier die Nachricht: Gebt der Natur ihren Platz. In Bonn gebe es jedoch auch ein Projekt, bei dem nicht das individuelle Verhalten im Mittelpunkt steht. Vielmehr entwickelten Branchenunternehmer des Gips- und Steinbaus zusammen mit Forscherinnen und Umweltschutzverbänden Handlungsempfehlungen für die Politik.

Menschen für Themen zu sensibilisieren sei aber zweifelsohne wichtig, im besten Fall führen positive Emotionen im Sinne von „wir wollen auch dabei mithelfen, etwas Positives zu bewirken“ dazu, dass sich Menschen aktiv an Forschung beteiligen. Citizen-Science-Projekte nennen sie das hier, Friedman erklärt, welche Dynamiken sein Projekt annahm: „Auch in Hamburg haben wir zwölf von diesen Boxen aufgehängt, und als Menschen das herausfanden, haben wir viele Anfragen bekommen, die auch so eine Box bei sich aufhängen wollen“, im „Kleingarten“. Das sei toll, denn es schaffe genau das, was eines der Ziele des Museum sei: stärker auf die Verbindung von Forschung und Bildungsarbeit aufmerksam zu machen, und Bürger\*innen einzubeziehen. *Mika Backhaus*

## das wird

## „Pflanzen sind nicht nur zu verwertende Objekte“

Zwischen Tanz und Botanik: Die Performance „Der Kongress der Pflanzen“

Interview **Fanny Schuster**

taz: Frau Cohn, wie tanzt man einen Farn?

**Dominika Cohn:** Es geht nicht darum, den Farn zu tanzen, sondern die Spezifika der Pflanze auf die Bühne zu bringen und in ihrer Unterschiedlichkeit zu performen. Im Fokus steht das Hinterfragen des Zusammenseins von Mensch und Pflanze. Was hätte der Farn uns zu sagen, wenn er sprechen könnte?

taz: Wie findet man das denn heraus?

**Cohn:** Das ist die große Frage und Kern der Recherche. Da gibt es unterschiedliche Ansätze, sich einer Antwort anzunähern. Die Tänzer\*innen haben im ersten Probenblock gegärtnert, der Choreograf hat Interviews, etwa mit einer Schamanen und einem Waldbiologen, geführt und ich habe posthumanistischen Input geliefert.

taz: Was geben die für Antworten?

**Cohn:** Natürlich haben sie unterschiedliche Herangehensweisen und vor allem eine andere Sprache. Die Schamanin spricht von Energien und Karma, der Biologe bezieht sich auf die Naturwissenschaften. Aber die Schlüsse, die sie ziehen, sind ähnlich.

taz: Und zwar?

**Cohn:** Es geht weniger darum, Stimmen eins zu eins zu übersetzen. Wir möchten sensibilisieren, dass Pflanzen nicht nur auszubeutende und zu verwertende Objekte sind. Mit der Performance schaffen wir einen zarten, zuweilen auch fraprierenden, poetischen Raum, eine fiktive Welt, die die Menschen im Publikum veranlasst, weiterzudenken. Wir sind keine politische Zusammenkunft, aber das Stück lässt sich sehr politisch lesen.

taz: Sind die Tanzenden so etwas wie Dolmetscher\*innen?

**Cohn:** In einem posthumanen Sinne sind sie es; auf eine verkörpernde und spürbare Weise. Der Tanz als Ausdrucksform bietet sich für diese Annäherung jenseits des sprachlichen Verstandes an. Aber das Sein der Pflanzen, auch wenn man es als Sprachlichkeit verstehen möchte, driftet sehr weit auseinander. Mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, wollen wir dem Publikum etwas nahebringen.

taz: Liegt das Problem nur beim Menschen oder gibt es auch Probleme zwischen Pflanzen?

**Cohn:** Natürlich gibt es Probleme zwischen Pflanzen. Invasive Pflanzen können sich entweder klimawandelbedingt breit machen oder wurden eingeschleppt und zerstören andere Arten. Aber fast alle Probleme sind menschlichen Ursprungs.

taz: Hilft es denn, wenn ich am Morgen nach dem Stück auf dem Weg zur Arbeit eine sterbende Pflanze gieße?

**Cohn:** Ja, vielleicht schon, wir versuchen Hoffnung mitzugeben und nicht das Publikum zu frustrieren. Sicher ist es toll, wenn man sich danach weitreichende Gedanken macht – sich vielleicht sogar mit dem Rechtsstatus der Pflanzen beschäftigt –, aber es wäre ein erster Schritt, wenn man z. B. die Pflanzen auf dem Arbeitsweg ein kleines bisschen mehr wahrnimmt, wertschätzt und vielleicht auch Sorge trägt.

## Performance

„Der Kongress der Pflanzen“:  
Di, 17. 9., bis  
Do, 19. 9., 19  
Uhr, Braun-  
schweig,  
Theater  
Fadenschein;  
24. 10. bis  
26. 10., 19.30  
Uhr, Theater-  
haus Hildes-  
heim; 7. 11. bis  
9. 11., 19.30  
Uhr, Werkraum  
Göttingen;  
14. 11. bis  
16. 11., Pavillon  
Hannover;  
Infos: yetcom-  
pany.de



**Dominika Cohn**

ist Tanzwissenschaftlerin, Choreografin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Medien, Theater und Populäre Kultur der Universität Hildesheim. 2010 gründete sie mit Fabian Cohn die YET Company für zeitgenössische Tanzproduktionen.



Wunderbar wandlungsfähig: Das Ensemble spielt alle möglichen Stereotypen  
Foto: G2 Baraniak

Karsten Dusses Spaß-Krimi-Reihe „Achtsam morden“ ist ein Bestseller. Das Altonaer Theater in Hamburg bringt den zweiten Teil auf die Bühne. Die lässige Inszenierung funktioniert. Aber inhaltlich bleibt es dünn

## Ein schlichter Spaß

Von **Jens Fischer**

Seine Existenz unter den Hamburger Bühnen hat sich das Altonaer Theater mit einem einfachen Konzept gesichert: „Wir spielen Bücher.“ Und wenn schon ausschließlich auf Prosa gesetzt wird, dann dem Publikumszuspruch zu Liebe natürlich auf Bestseller: Die hat Karsten Duss mit der launigen „Achtsam morden“-Reihe seit 2018 schon im Fünferpack produziert. Teil 2, „Das Kind in mir will achtsam morden“, bringt Intendant Axel Schneider nun zur Erstaufführung in einer höchstselbst von 480 auf völlig ausreichende 100 Seiten komprimierten Fassung.

Er setzt dabei auf die schlichteste Form des Literaturtheaters: Der Ich-Erzähler der Vorlage bietet die Geschichte frontal zum Publikum dar. Jeder Satz, jede Figur wird nur aus dieser gnadenlos subjektiven Perspektive lebendig. Die Sidschicks Chantal Hallfeldt und Georg Münzel lockern als Darsteller der Romanfiguren mit kurzen Einwüfen oder auch längeren dialogischen Interaktionen den Monolog auf. Ein Ankleider unterstützt bei den rasanten Rollen-, Kostüm- und Requisitenwechseln.

Auch das Setting ist angenehm schlicht. Gespielt wird bei geschlossenem Vorhang auf der Vorderbühne. Nur ein paar Sitzmöbel werden mal benötigt – rechts und

links stehen die Kostümwagen mit den Umkleideutensilien.

Protagonist Björn Diemel, gespielt von Dirk Hoener, hat die große Wandlung schon hinter sich. Als gestresster Anwalt zwischen Eheproblemen, Zukunftsängsten, Vaterpflichten, anstrengenden Klienten – Mafia-Clans – hat er dank Therapeut Joschka Breitner die Achtsamkeit für sich entdeckt. Fortan also achtet er rücksichtslos auf seine Interessen – und schafft ein lebendiges Problem auch mal schnell mit einem Mord aus der Welt. So ist Diemel inzwischen Gangsterboss, Kindergartenleiter und lebt von seiner Frau getrennt.

Dusses Krimiliteratur ist keine, in der es um Leichenfinden, Mördersuchen sowie psychosoziales Aufdröseln von Tätermotiven und ihrer gesellschaftlichen Ursachen geht. Der Autor will Spaß mit Thriller-Versatzstücken bereiten und dementsprechend versucht die Regie vor allem komisch sein – mit Dusses Sprachwitz, aber auch szenischen Extra-Gags und dezentem Aus-der-Rolle-Treten.

Wenn sich Hoener auf offener Bühne umzieht, bekommt Münzel Angst, eine Unterhose könnte ins Blickfeld geraten, und verdeckt ihn schnell mit zwei Riesenhodensäcken. Wenn Hoener den Kollegen als Kellner anspielt und sagt, dieser sei Ende 20, schauen sich beide amüsiert an, das Publikum

lacht, denn Münzel ist über 50. Und wenn sich der Kellner dank Diemel das Genick bricht, singt Hallfeldt: „Über den Wolken“ ...

Hinzu kommt die Textebene. Hatte sich der Kellner eben noch die Umwelt als plastikfreie Zone gewünscht, schnoddert ihm Diemel entgegen: „Plastikfreie Zone hatte dein Vater ja offensichtlich schon untenrum bei deiner Zeugung.“ Auf Diemels Anmerkung,

Das ist die Art Humor, wegen der viele Menschen Comedy-Formate auf Sat1 oder RTL nicht gucken, für die Duss jahrelang gearbeitet hat

er habe mit einer Frau zusammen gekocht, reagiert sein unterweltlicher Compagnon mit „inklusive Nachtsch“ und illustriert das mit sexualisierten Hüftbewegungen. Das ist die Art Humor, wegen der viele Menschen etwa Comedy-Formate auf Sat1 oder RTL nicht gucken, für die Duss jahrelang gearbeitet hat.

Aber er hat auch Feindbilder, deren Parodien amüsieren. Etwa wenn Diemel einem Unternehmer die Marketing-Aussage zer-

pflückt, das E-Roller-Business sei klimaneutral. Oder wie herrlich Hallfeldt auf einem Elternabend gleich alle ideologisch verbitterten Mütter spielt, die etwa aus Datenschutzgründen die Aufnahme eines Kitagruppenfotos verhindern wollen.

Münzel genießt es, in der Rolle des Achtsamkeitscoaches die Phrasendrescherei der esoterischen Ratgeber-Literatur bloßzustellen. Er karikiert diese Figur mit priesterlich weihelichem Tonfall, traniger Sanftmutsshow und einer Klangschaale im Anschlag. Alle Figuren sind Stereotypen, was stets persiflierend überbetont, also grelllustig ausgestellt, manchmal auch fratzenhaft ins Grotteske getrieben wird. Bei einer Sexszene geht's schnurstracks Richtung Klamotte.

Georg Münzel und Chantal Hallfeldt sind wunderbar wandlungsfähig. Dirk Hoener ist in seiner entspannten Dauerironie eine sympathische Identifikationsfigur und hat mit charmanter Eloquenz den Abend im Griff. Die gekonnt lässige Inszenierung funktioniert kurzweilig. Nur inhaltlich kommt das gespielte Buch doch arg dünne daher.

**Schauspiel** „Das Kind in mir will achtsam morden“: So, 22. 9., 18 Uhr, Hamburg, Altonaer Theater, altonaer-theater.de; weitere Vorstellungen bis 31. 12.

## der gut-versteckte-talente-glamour

Man werde in Hamburg in Ruhe gelassen, „die Menschen sind vornehm höflich“ und man finde „einen Grad an Zivilisation“, den es in Berlin nicht mehr gebe, lobt der Schauspieler Burghard Klaußner im Gespräch mit der dpa zum 75sten seine Wahlheimatstadt. Erst jetzt aber habe er die „versteckten guten Eigenschaften“ der Bewohner\*innen entdeckt – nach **rund 40 Jahren**.